NR.75 22. Jahrgang 2/2002 4 €

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Naher Osten – Ferner Westen

mit Beiträgen von Noam Chomsky, Reuven Kaminer, Tobias Pflüger, A. Schiffmann, Wolf Wetzel ...

Inhalt Nr. 75



Wir glauben Euch noch nicht

Kurzeinschätzung der neuen deutschen Diskussion zum kommenden Irakkrieg

von Tobias Pflüger

Gerhard Schröder und Joschka Fischer haben sich in den letzten Tagen eindeutig gegen einen neuen Irak-Krieg ausgesprochen. Dies ist eine neue Positionierung. Aufgrund der Vorgeschichte (frühe Kriegszusage im März 2002) und der Bilanz von rot-grüner Kriegspolitik ist dieser »Antikriegskurs« von Schröder und Fischer wenig glaubwürdig. Im folgenden wird analysiert, was notwendig wäre, um die Absage der rot-grünen Bundesregierung an einen Krieg gegen den Irak glaubwürdiger zu machen. Mit diesen Positionen – so meinen wir – sollten Friedens-, Antikriegs- und Anti-Globalisierungsbewegung in die jetzige Auseinsandersetzung um eine Verhinderung eines Krieges gegen den Irak gehen.

Die deutsche Kriegszusage

Wir wissen, daß es schon im März (2002) von Gerhard Schröder eine interne Zusage an die US-Regierung für eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak gegeben hatte. Die damaligen Bedingungen waren: Erstens, der Krieg solle nach den Wahlen in Deutschland stattfinden und zweitens der Angriff müsse mit einem UN-Mandat versehen werden. (Diese Information ist inzwischen von Karl Lamers (CDU) auch öffentlich bestätigt worden (vgl. Reuters, 06.08.2002) Eine der wichtigsten Fragen derzeit ist, ob diese Kriegszusage heute noch gilt. Notwendig ist eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung, daß es keine Zusagen mehr gegenüber der US-Regierung für eine Unterstützung oder Teilnahme bei einem Krieg gegen den Irak gibt oder daß die frühere Zusage für die Bundesregierung zurückgenommen wurde oder nicht mehr bindend ist.

Bundeswehrsoldaten in Kuwait

Derzeit sind im Rahmen von Enduring Freedom in Kuwait noch 52 ABC-Abwehrkräfte der Bundeswehr mit 6 Spürpanzer Fuchs stationiert. Das Gerät wurde zurückgelassen vor einem Manöver in Kuwait, an dem 250 Bundeswehrsoldaten teilnahmen. Die ABC-Abwehrsoldaten sollen sich nach einer Übung im März nun wieder an einem weiteren Manöver beteiligen. Die genaue »Aufgabenstellung« sei noch offen. Verstärkte Manöver in Kuwait sind, da sind sich alle Militärexperten einig, ein wichtiges Anzeichen für einen bevorstehenden Angriff auf den Irak. Bei den ersten Kriegsplanungen gegen den Irak im Dezember 2001, die dann aufgrund der Absagen der westorientierten arabischen Regierungen an Vize-Präsident Dick Cheney wieder verschoben wurden, gab es ebenfalls verstärkte Manöver in Kuwait. Der neue »Verteidigungsministers« Dr. Peter Struck hat entschieden, daß die ABC-Abwehrkräfte auf Wunsch der US-Regierung in Kuwait bleiben. Die Erklärung Strucks, die ABC-Abwehrkräfte hätten eine andere Aufgabe, als bei einem Irakkrieg mit dabei zu sein, ist völlig unglaubwürdig. Es wurden gezielt ABC-Abwehrkräfte in Kuwait stationiert, um bei einem Angriff auf den Irak angreifenden Truppen zur Hilfe zu kommen. F. Merz (CDU) sieht das klarer: »Alles ABC-Abwehrmaterial ist in Kuwait geblieben, wenn es dort in der Region zu einem Konflikt kommt, ist Deutschland natürlich dabei.« (Financial Times 24.5.02) Unsere Forderung ist: Sofortiger Abzug aller Bundeswehr-Soldaten aus Kuwait!

Die Bevölkerung ist gegen den Krieg

Die Parteiendiskussion zum Irakkrieg zeigt viel Wahlkampfkalkül. Die Parteien-Debatte ist allerdings wenig hilfreich: CDU-Schäuble und SPD-Klose für den Krieg, CDU-Lamers, Schröder und Fischer öffentlich dagegen. CDU-Pflüger wünscht ein UN-Mandat, hält es aber nicht für zwingend ... Die FDP kritisiert das »Hineinziehen der Außenpolitik in den Wahlkampf« (sic!) und Alt-Außenminister Hans-Dietrich Genscher will eine Bundestagsaussprache zum geplanten Irakkrieg. Der Kanzlerkandidat von CDU/CSU will sich offenbar nicht zum Thema äußern. Die Nachrichten-Agentur AFP spricht davon, er spiele »Verstecken«. Stoiber weiß, daß eine Pro-Kriegs-Position nicht populär ist. Entscheidend ist, die bundesdeutsche Bevölkerung ist je nach Umfrage zwischen 73 % (n-tv/Emnid) und 91 % (Spiegel) gegen den Irakkrieg. Diese Werte waren im übrigen schon so vor dem oberflächlichen Schwenk der rot-grünen Bundesregierung in der Irakfrage. Eine oberflächliche Ablehnung des Krieges wird aber SPD und Grünen kaum Stimmen einbringen. Der neue »Antikriegskurs« von Schröder und Fischer ist wenig glaubwürdig: Die rot-grüne Regierung hat sich bisher zweimal an Angriffskriegen beteiligt (Jugoslawien und Afghanistan). Außerdem hat rot-grün die Bundeswehr durch die Strukturveränderungen (genannt »Reform«) – bei allen Unzulänglichkeiten – entscheidend kriegsführungsfähig gemacht

Gegen »deutschen Weg«

Die SPD will nun auf Aussenpolitik im Wahlkampf setzen, soweit so gut. Doch die Begründungen lassen schaudern. Zitate Gerhard Schröder: »Wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg. Aber wir haben nicht alles geschafft. Deshalb brauchen wir ein Mandat, diesen Weg bis zum Ende zu gehen.« »Ich denke, wir haben nach dem 11. September letzten Jahres bewiesen, dass wir besonnen, und im Interesse der Sicherheit unserer Menschen handeln, mit der Staatengemeinschaft, mit den Freunden in den Vereinigten Staaten, dass wir aber für Abenteuer nicht zur Verfügung

stehen und dabei bleibt es.« Von Besonnenheit kann bekanntlich beim Krieg in Afghanistan nicht die Rede sein. Das Interessanteste ist aber die Formel vom »deutschen Weg«, die sich die SPD-Wahlkämpfer da einfallen lassen haben. Die Reden von Gerhard Schröder und Franz Müntefering beim Wahlkampfauftakt in Hannover sind nur so gespickt mit Formulierungen eines »deutschen Weges«. Die Kriegsablehnung der Friedensbewegung hat mit dieser Position, die Anleihen bei nationalistischem Gedankengut macht, nichts zu tun.

Den Krieg als solches zu verunmöglichen

Nicht nur gegen eine deutsche Kriegsteilnahme sondern gegen den Krieg an sich Ziel muß für die Friedensbewegung natürlich nicht nur sein, eine deutsche Kriegsteilnahme zu verhindern, sondern auch den Krieg als solches zu verunmöglichen. Die militärische Infrastruktur in Deutschland ist für die Kriegsführungsfähigkeit der US-Truppen von wichtiger Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit Friedens-, Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegungen über den gesamten Globus ist sehr wichtig. Wir müssen mit den Kriegsgegner/innen in den USA und den anderen europäischen Ländern gemeinsam gegen den Kriegskurs der jeweiligen Regierungen kämpfen.

Situation im Irak selbst

Der ausscheidende CDU-Außenexprte Karl Lamers hat auf einen weiteren entscheidenen Punkt verwiesen: »Niemand hat eine Vorstellung, was nach einer möglichen Entmachtung Saddam Husseins passiert und wie das Land dann noch zusammengehalten werden kann.« (AFP, 04.08.2002) Schon nach dem zweiten Golfkrieg lies die damalige Kriegskoalition kurdische und schiitische Bevölkerung schrecklich ins Messer laufen, Saddam Hussein blieb an der Macht. Die Bevölkerung des Irak, nicht das in aller Schärfe zu kritisierende Regime von Saddam Hussein, leiden schwer unter dem Embargo, das gegen das Land verhängt wurde. Das Embargo ist ein Krieg gegen die irakische Zivilbevölkerung. Eine Antikriegsposition ist nur dann glaubwürdig, wenn es ihr auch um die irakische Bevölkerung geht. Deshalb muß das Ziel ganz klar die Aufhebung des Embargos gegen den Irak sein. Die Bundesregierung muß sich also, ist sie tatsächlich gegen einen Krieg, dringend für eine Aufhebung des Embargos einsetzen, sie sollte das Embargo selbst nicht mehr beachten und sie muß Hilfe für die notleidende irakische Bevölkerung organisieren.

UNO - Irak-Verhandlungen

Wenn die deutsche Regierung einen Krieg gegen den Irak ablehnt, muß sie sich innerhalb der UN für eine zielgerichtetes Verhandeln mit der irakischen Regierung einsetzen. Ziel könnte sein, die frisch ausgesprochnenen Einladungen der irakischen Regierung anzunehmen und ernsthaft zu verhandeln. Die derzeitigen Verhandlungen der UN-Vertreter machen nämlich den Eindruck, daß – aus Rücksicht gegenüber der US-Regierung – dem Irak keine reale Chance gegeben werden soll, die Bedingungen für die UN-Inspekteure tatsächlich zu erfüllen. Es wurde nun ja auch offiziell – durch den damaligen Leiter der UNSCOM-Mission Rolf Ekéus (1991 bis 1997) – bestätigt, daß bei den UNSCOM-Inspekteuren US-Agenten mit dabei waren, die UNSCOM für Spionagezwecke nutzten. Ziel sei die Installation von Abhöreinrichtungen gewesen. Unter klarer Mißachtung des UN-Mandats hätten sich die Agenten auch für Einrichtungen des irakischen Geheimdienstes und der irakischen Armee interessiert. Nach seiner Ablösung durch den Australier Richard Butler habe es seines Wissen nach eine Reihe »zweifelhafter Inspektionen« gegeben. Ekéus erklärte weiter, daß auch andere Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Druck in Richtung provokative UNSCOM-Forderungen an den Irak ausgeübt hätten, um so den Vorwand für ein militärisches Vorgehen gegen das Regime um Saddam Hussein zu bekommen. Ein Mißtrauen gegenüber den UN-Inspekteuren ist also durchaus auch berechtigt.

NATO-Treffen direkt nach der Wahl

Am 24./25. September findet in Warschau das sogenannte »informelle Treffen der Verteidigungsminster der NATO« statt. Es ist damit zu rechnen, daß die einzelnen NATO-Staaten dort erklären müssen, wie sie sich an einem Irak-Krieg beteiligen. Wenn die Bundesregierung tatsächlich gegen den Irakkrieg ist, muß sie schon heute erklären, daß Peter Struck dort mitteilen wird, daß weder Truppen noch Infrastruktur für einen Krieg gegen den Irak zur Verfügung gestellt werden. Die Wahrscheinlichkeit eines Krieg fällt im übrigen ziemlich stark ab, wenn die europäischen NATO-Staaten sich konsequent, entschlossen und geschlossen gegen eine Irak-Invasion aussprechen würden. In der »International Herald Tribune« (IHT) vom 25.07. heißt es z.B., daß die europäischen NATO-Staaten durchaus den Krieg gegen den Irak verhindern oder doch zumindest um Monate hinauszögern könnten. Außerdem muß die Bundesregierung darauf drängen, daß die diversen konkreten Kriegspläne, die George W. Bush vorgelegt wurden, öffentlich gemacht werden. Der Oberbefehlshaber der am Golf stationierten US-Truppen, der General Tommy Franks, hatte am 06.08. US-Präsident George W. Bush einen neuen Angriffsplan gegen den Irak vorgelegt. In diesem Kriegsszenario wird von einer Invasion im Irak mit 50.000 bis 80.000 Soldaten ausgegangen, die massiv von der Luftwaffe unterstützt werden sollen. Ein anderer Kriegsplan spricht von ca. 250.000 Soldaten, mit den die Irak-Invasion durchgeführt werden soll.

Kriegsführungsfähigkeit des Militärs verhindern

Um keine Kriege führen zu können, ist es notwendig die Kriegsführungsfähigkeit von Armeen abzubauen. Dazu gibt es das Konzept der »qualitativen Abrüstung«, was bedeutet, die Truppen als erstes abzubauen, mit denen Kriege geführt werden können, in Deutschland sind dies die Einsatzkräfte der Bundeswehr. Solange die kriegsführungsfähigen Truppen zur Verfügung stehen, werden sie erfahrungsgemäß auch eingesetzt. Diese Bundeswehr-Einsatzkräfte, früher Krisenreaktionskräfte, müssen aufgelöst werden!

Terror ist das, was die anderen uns antun



Vortrag von Noam Chomsky

gehalten in Dyyarbakir/Türkei am 25.3.2002

Ich würde gerne mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Es ist eine sehr bewegende Erfahrung für mich hier zu sein. Ich habe die noble und tragische Geschichte der Kurden in der Türkei in den letzten Jahren mit allem was ich finden konnte so gut wie möglich verfolgt, besonders in den letzten zehn Jahren. Aber es ist etwas ganz anderes die eigentlichen Gesichter der Menschen zu sehen, welche Widerstand leisten und um Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Ich bin oft gebeten worden meine Meinung über die Rechte von Menschen ihre Muttersprache zu sprechen zu äußern. Das Recht die eigene Muttersprache in jeder Hinsicht frei nach belieben zu verwenden – in der Literatur, auf öffentlichen Versammlungen, in jeder anderen Form – ist ein grundlegendes und essentielles Menschenrecht. Es gibt nichts weiter dazu zu sagen.

Die Kampagne der letzten Wochen, geführt von Studenten, Müttern und Vätern, das Recht Wahlfächer in der eigenen Sprache abhalten zu können zu verlangen, bestätigt wiederum einfach ein elementares Menschenrecht, welches nicht zur Diskussion stehen sollte. Man kann die Courage der Menschen, welche die Kampagne unterstützen nur bewundern, wenn man die Repression und Feindseligkeit betrachtet. Jenseits der kulturellen Rechte, welche außer Diskussion stehen, liegt die Welt der schwierigen, verwickelten Fragen der politischen Rechte.

Die nächste Frage, die aufkommt, hat mit den anzuwendenden Methoden zu tun um solche Ziele zu erreichen. Hier ist die Hauptfrage, ob diese Methoden gewaltvoll oder gewaltfrei sein sollten. Dabei haben wir zwei Arten von Fragen zu unterscheiden: Moralische Fragen und taktische Fragen. Bezüglich der moralischen Fragen ist meine persönliche Ansicht, dass eine sehr hohe Beweislast von jedem zu tragen ist, der Gewalt befürwortet oder ausübt. Meiner Ansicht nach, kann dieser Beweis fast nie geliefert werden. Gewaltfreier Widerstand ist sowohl moralisch, als auch taktisch angemessener. Es gibt jedoch ein fundamentales Prinzip der Gewaltlosigkeit: Du predigst nicht Gewaltlosigkeit, wenn du nicht auch gewillt bist neben den Menschen zu stehen, welche die Unterdrückung erleiden, sonst kannst du diesen Ratschlag nicht geben. Ich bin nicht in der Lage neben den Menschen, welche die Unterdrückung erleiden, zu stehen, also kann ich nur meine Meinung abgeben, aber keinen Rat.

Terror und Gegenterror

Es ist ein auffälliges Merkmal in der Geschichte, dass Unterdrückung zu Widerstand führt und Widerstand oft zum gewalttätigen Widerstand wird. Wenn das geschieht, wird jener Widerstand stets Terrorismus genannt. Das gilt in allen Fällen, sogar bei den brutalsten Massenmördern der Welt. Zum Beispiel beschrieben die Nazis ihre Aktivitäten in Europa als die Verteidigung der Bevölkerung gegen den Terrorismus der Partisanen, welche von außerhalb geleitetet würden. Dasselbe gab es mit den Japanern in der Mandschurei. Sie verteidigten die Bevölkerung gegen den Terrorismus der Chinesischen Banditen. Propaganda, egal wie einfältig, enthält immer ein Stückchen Wahrheit, wenn es überhaupt glaubwürdig sein soll. Und sogar im Fall der brutalsten Massenmörder, wie den Nazis oder den japanischen Eindringlingen, gab es ein Element der Wahrheit in ihren Behauptungen. So waren ihre Argumente in einer be-



stimmten verdrehten Weise legitim, dasselbe kann für die Vereinigten Staaten, die Türkei und andere Länder, die behaupten ihre Bevölkerung gegen Terrorismus zu verteidigen, auch gesagt werden.

Bezüglich dem Begriff des Terrorismus gibt es zwei Ausdrücke: Der eine ist »Terror«, und der andere ist »Gegenterror«. Wenn man z.B. in den Handbüchern der US-Armee nachsieht findet man, dass sie »Terror« und »Gegenterror« definieren. Und das Interessante dabei ist, dass diese Definitionen im Prinzip identisch sind. Terror ist offensichtlich genau das gleiche wie Gegenterror. Der Hauptunterschied liegt im Urheber der terroristischen Gewalt. Wenn es jemand ist, den wir nicht mögen ist es Terror. Ist es jemand, den wir mögen, ist es Gegenterror. Aber abgesehen von dieser Definition sind die Handlungen ziemlich diesselben.

Ein anderer wichtiger Unterschied zwischen Terror und Gegenterror ist, dass das was »Gegenterror« genannt wird, üblicherweise von Staaten ausgeführt wird. Es ist der Terrorismus den Staaten ausführen. Und Staaten haben Ressourcen, die es ihnen ermöglichen weitaus gewalttätiger und zerstörerischer zu sein als private Terroristen. Also ist das Endergebnis, dass der staatliche Terrorismus denjenigen jeder anderen Person oder Gruppe auf der Welt bei weitem übersteigt.

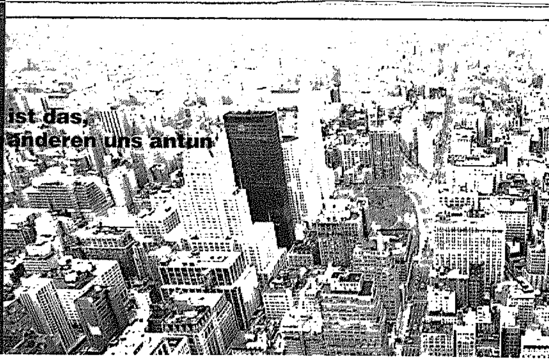
Wir lesen ständig, dass Terrorismus die Waffe der Schwachen ist. Das ist absolut falsch, genau das Gegenteil der Wahrheit. Wie jede andere Waffe wird Terror von den Starken viel effektiver genutzt, welche überall auf der Welt die »führendsten Terroristen« sind, abgesehen davon, dass sie es »Gegenterror« nennen.

Derzeit hören wir jeden Tag, dass es einen »Krieg gegen den Terror« gibt, der von den allermächtigsten Staaten ausgerufen wurde. Tatsächlich ist er sogar zum zweiten Mal ausgerufen worden. Er wurde ja bereits im Jahr 1981 deklariert, vor zwanzig Jahren. Als die Reagan-Regierung ins Amt kam, legte sie fest, dass der Kern der US-Außenpolitik staatlich gesponserter internationaler Gegenterrorismus sein würde, die Plage der Neuzeit. Sie verkündeten, dass sie das Böse aus der Welt vertreiben würden. Der Krieg ist nun erneut ausgerufen worden, mit der selben Rhetorik und fast von den gleichen Leuten.

Der Krieg gegen den Terrorismus in den achtziger Jahren

Der Fokus des ersten Krieges gegen den Terror richtete sich auf Zentralamerika und den Nahen Osten. Beide Regionen waren in den 80er Jahren Schauplätze von massivem Terrorismus, der größte Teil davon – der bei weitem größte Teil – ist von den Vereinigten Staaten und ihren Klienten und Verbündeten ausgegangen, in einem Ausmaß, das zuvor nur ganz selten erreicht wurde. Es ist jetzt nicht genug Zeit um auf die Details einzugehen, aber im Nahen Osten war z.B. der brutalste Terrorakt die israelische Invasion des Libanon, der ungefähr 20.000 Menschen das Leben kostete – unterstützt, bewaffnet und verteidigt von den Vereinigten Staaten. Es gab dafür keinen Vorwand. Es wurde in Israel ganz offen erkannt, dass dieser Krieg ein Teil der us-israelischen Politik zur Sicherung der effektiven Kontrolle über die besetzten Gebiete Israels war. Und das ist nur ein Beispiel vom Terrorismus in dieser Region, der entweder von den USA ausgeführt oder entscheidend unterstützt wurde.

Terror ist das, was die anderen uns antun



In Zentralamerika versuchte die Reagan-Verwaltung zuerst das Modell zu verwirklichen, das John F. Kennedy in Südvietnam anwandte. Das hätte bedeutet Zentralamerika direkt anzugreifen – einschließlich chemischer Kriegsführung, Napalm, einer Bombardierung mit B-52-Bombern und einer Invasion amerikanischer Truppen. Sie mussten jedoch von dieser Absicht Abstand nehmen, da die Bevölkerung der USA in den seit Vietnam vergangenen zwanzig Jahren in bedeutender Weise zivilisierter geworden war – durch Aktivismus, Protest und Organisation. Deswegen musste die Reagan-Regierung von einem direkten Angriff wie in Südvietnam absehen und sich anstelle dessen dem internationalen Terrorismus zuwenden. Sie schufen das außergewöhnlichste internationale Terroristennetzwerk, das die Welt jemals gesehen hatte. Wenn ein Land wie Libyen einen Terrorakt durchführen will, engagiert es ein Individuum wie Carlos. Wenn ein großer mächtiger Staat wie die USA internationalen Terrorismus durchführen will, engagiert es terroristische Staaten: Taiwan, Israel, Argentinien unter den Neo-Nazi Generälen, Großbritannien, Saudi-Arabien. Andere terroristische Staaten führen zusammen mit ortsansässigen Helfern den größten Teil der Arbeit aus. Die USA stellt Finanzierung, Training und die allgemeine Planung zur Verfügung. Die Ergebnisse waren furchtbar: hunderttausende Menschen getötet, jede vorstellbare Art von Folter, alles was Sie schon von der südöstlichen Türkei in den letzten zwanzig Jahren wissen. Und schließlich waren sie erfolgreich in der Niederschlagung des Widerstandes der Bevölkerung. Es war sogar eine Art des »Kampfes der Kulturen« vorhanden um einen heutigen Modesatz zu benutzen: die USA kämpften gegen die katholische Kirche. Die Kirche hatte nämlich einen schweren Fehler begangen: Sie hatte die »von den Armen bevorzugte Option« gewählt, eine Verpflichtung zum Wohl der Armen, der großen Mehrheit, zu arbeiten. Das war inakzeptabel. Der Krieg ist somit auch zu einem großen Teil gegen die Kirche gerichtet gewesen. Die fürchterliche Dekade fing mit dem Mord eines Erzbischofs an. Sie endete mit dem Mord von sechs führenden Jesuitischen Intellektuellen. Dazwischen wurden viele Priester, Nonnen und Laienarbeiter getötet, und natürlich zehntausende Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder – die üblichen Opfer.

Der Terror war so extrem, dass es zu einer Verurteilung der USA für internationalen Terrorismus durch den Weltgerichtshof kam und zu einer Anordnung mit den Verbrechen aufzuhören und Reparationen zu zahlen. Es gab eine unterstützende Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die alle Staaten zur Einhaltung des internationalen Rechts aufrief, womit die USA gemeint waren. Die Entscheidung des Weltgerichtshofs wurde arrogant beiseite geschoben und der Krieg wurde augenblicklich verstärkt. Die Resolution des Sicherheitsrates, die alle Staaten zur Einhaltung des internationalen Rechts aufrief, wurde per US-Veto abgelehnt.

Dies alles ist aus der Geschichtsschreibung verschwunden. Es ist Geschichte, aber es ist nicht die Geschichte von der wir erfahren. Seit derselbe Krieg am 11. September erneut ausgerufen wurde – viele Leute sind dieselben und mit der gleichen Rhetorik – sind endlose Stöße Papier produziert worden, die dem neuen »Krieg gegen den Terror« gewidmet sind, aber man hat es sehr schwer irgendeine Information darüber zu finden, was im ersten »Krieg gegen den Terror« passiert ist, den dieselben Leute durchgeführt haben. Das wird bewusst vergessen und es verschwindet aus sehr einfachen Gründen: Terror ist beschränkt auf das, was die anderen uns antun. Was wir ihnen antun, auch wenn es tausendmal schrecklicher ist, zählt nicht und verschwindet aus dem Gedächtnis. Das ist das Gesetz der Geschichte, so lange die Geschichte von den Mächtigen geschrieben wird und von den gelehrten Klassen weitergegeben wird – den Dienern der Macht.

Der Nahe Osten

Ich werde nun auf den Nahen Osten eingehen. Die Briten haben den Nahen Osten natürlich für eine lange Zeit verwaltet. Sie waren die führende Macht und hatten einen Rahmen innerhalb dessen sie die Region kontrollieren konnten. Zuerst wurde sie direkt durch Streitkräfte kontrolliert. Aber nach dem Ersten Weltkrieg war Großbritannien geschwächt, und es war nicht länger in der Lage das Gebiet durch direkte Gewaltausübung zu beherrschen. Also wandten sie sich anderen Techniken der Machtausübung zu. Die militärische Technik, die sie wählten, war die Benutzung von Luftstreitkräften zur Attacke von Zivilisten. Die Luftmacht war gerade erst verfügbar, also begann Großbritannien mit der Bombardierung von Zivilisten von Fliegern aus. Es wandte auch Giftgas an, hauptsächlich unter dem Einfluss von Winston Churchill, der ein wirklich brutales Monster war. Churchill ordnete als Kolonialsekretär die Benutzung von Giftgas gegen diejenigen an, die er »unzivilisierte Stämme« nannte: Darunter fallen heute Kurden und Afghanen. Er ordnete die Benutzung von Giftgas gegen diese »unzivilisierten Stämme« deswegen an, weil – wie er sagte – es einen »lebhaften Terror« hervorrufen und britische Leben retten wird. Das war die militärische Seite. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass Giftgas nach dem Ersten Weltkrieg als die schlimmste Grausamkeit galt. Die Details darüber werden wir nie erfahren.

Der Grund dafür ist, dass die Britische Regierung vor zehn Jahren eine »offene Regierungs-Politik« verkündete, um die Regierung für die Bevölkerung transparenter zu gestalten: Bürger sollten mehr über sie erfahren. Die erste Handlung der offenen Regierungs-Politik war es, diejenigen Dokumente vom Büro für Öffentliche Dokumente zu entfernen, welche mit der Benutzung von Giftgas gegen »unzivilisierte Stämme« zu tun hatten. So ist dieser militärische Teil aus der Geschichte entfernt.

Es gab auch eine politische Seite bezüglich der Kontrolle dieser Region. Das britische Konzept war die Schaffung dessen, was sie »Arabische Fassade« nannten: Das heißt schwache Staaten, die von der britischen Unter-

stützung abhängig sein würden und als ein »konstitutioneller Anschein« dienen würden, hinter welchem die Briten die eigentliche Macht ausüben könnten. Als die USA Großbritannien von der Macht verdrängten, übernahmen sie im Prinzip das britische Modell. Die Region sollte durch eine arabische Fassade von schwachen, korrupten Staaten geführt werden, welche für ihr Überleben auf äußere Unterstützung angewiesen sind; sie sollen die Region verwalten. Die USA bleiben im Hintergrund und spielen mit ihren militärischen Muskeln falls dies notwendig sein sollte. Und die USA hat eine Art Kampfhund, welcher »England« genannt wird und welcher manchmal als ebenso unabhängiger Staat erscheint wie die Ukraine unter der sowjetischen Herrschaft. Seine Hauptfunktion ist es, die Dienste zu erledigen, die es in seiner jahrhundertelangen Erfahrung gelernt hat – diejenigen Dienste welche vom führenden Britischen Staatsmann Lloyd George beschrieben wurden, als er im vertraulichen schrieb, dass »wir uns das Recht vorbehalten müssen, Nigger zu bombardieren«. Das ist wichtig und das ist die britische Rolle, wenn der Meister etwas Beihilfe braucht oder den Vorwand, dass er für die »Internationale Gemeinschaft« handelt – ein Ausdruck, der inhaltlich für die USA und jedes Land, das mitzieht steht.



Las Palmas/Nenton. Schulkinder müssen an einer Militärparade während des Nationalfeiertages teilnehmen. 18. September 1992 Foto: Herby Sachs/version

Die USA fügten eine neue Erfindung hinzu. Sie erweiterten die britische Rolle mit einer Ebene von dazwischen liegenden Staaten, Staaten die »abrufbereite Polizisten vor Ort« sind, Polizisten, die auf den Straßen arbeiten. In diesem Fall sind die »örtlichen Polizisten« Hilfsstaaten. Das Polizeihauptquartier liegt in Washington. Die Türkei war der erste »abrufbereite Polizist« mit der Aufgabe, die arabische Fassade vor ihrer eigenen Bevölkerung zu beschützen, welche der gefährlichste Feind ist. Die Türkei gehörte dazu, der Iran unter dem Schah ebenso. Nach 1967, als Israel das Zentrum des arabischen Nationalismus zerstört hatte, wurde es ein Mitglied der Allianz. Pakistan war für lange Zeit ein Teil davon. Die Grundidee ist es, nicht-arabische Staaten zur Verfügung zu haben, die militärisch stark sind und die arabische Fassade von denjenigen inneren Kräften verteidigen können, die seltsame Ideen haben: z.B. die Idee, dass Reichtum und Ressourcen der Region ihnen zugute kommen sollten, anstatt den reichen Leuten im Westen und ihren Verbündeten. Solche Ideen werden »radikaler Nationalismus« genannt und müssen unterdrückt werden: und zwar durch die »abrufbereiten Polizisten vor Ort«, welche die vorläufige Verantwortung haben, und wenn das nicht als Drohung ausreicht, kommen die USA und ihr Kampfhund und benutzen die örtlichen Polizeiländer als Basen.

Öl war der Hauptgrund für das Interesse am Nahen Osten. Es gibt inzwischen einen zweiten Grund: Das ist Wasser, das enorm wichtig ist und in Zukunft noch viel wichtiger werden wird, da die Wasserressourcen sich erschöpfen. Hierbei wird die Rolle der Türkei sogar noch grundlegender, da die Türkei, und im besonderen die südöstliche Region der Türkei, die Hauptquelle von Wasser in dieser Gegend ist. Und die Kontrolle über das Wasser befähigt zu dem was die US-Planer vor 50 Jahren »Vetomacht« nannten, genauso wie die Kontrolle über Öl. Wenn man den Wasserfluss in andere Länder unterbrechen kann, wird sie diese auf die gewünschte Linie bringen. Das ist wohl ein entscheidender Zweck von Dämmen und anderen Projekten: Zu versichern, dass die Kontrolle über das Wasser in den Händen von Klienten der Vereinigten Staaten sein wird, welche die Kontrolle über diese Region und wahrscheinlich auch über die Vetomacht über widerspenstige Elemente garantieren.

Werteprinzip

Die enorme Unterstützung der USA für die schweren Gräueltaten der 90er Jahre in diesem Gebiet, welche zu den schlimmsten der Welt in diesem Zeitraum gezählt werden können, war eine Unterstützung für die Rolle der Türkei als Teil des Herrschaftssystems der USA über das Gebiet. Es geschah nicht aus Liebe für die Türken. Sie beruht auf der Vorliebe für die Dienste, welche die Türkei in dieser Region erfüllen kann. Wenn die Türkei einem »radikalen Nationalismus« erliegen sollte – das heißt der Unabhängigkeit – wird sie das Schicksal der Kurden teilen. Das gleiche gilt für die Unterstützung der USA für Israel und für andere Klientenstaaten. Wenn sie ihre Funktion erfüllen geht es ihnen gut. Wenn sie sich von der gewünschten Richtung wegbewegen wird das anders sein. Wir sehen das gleich nebenan im Irak. So lange Saddam Hussein nur Kurden vergast, Dissidenten gefoltert und Menschen im großen Stil abgeschlachtet hat, war er in Ordnung. Großbritannien und die USA unterstützten ihn weiterhin. Nach seinen schlimmsten Grausamkeiten stellten sie ihm sogar noch weiter Mittel zur Verfügung um Waffenvernichtungswaffen zu produzieren, zusammen mit anderer Hilfe und Unterstützung, die er dringend brauchte, solange bis er einen Fehler machte:

Terror ist das, was die anderen uns antun



er widersetzte sich Befehlen. Das war inakzeptabel, also muss er verschwinden, am besten durch einen Ersatz mit irgendeiner ähnlichen Gestalt. Und genauso verhält es sich mit anderen Klientenstaaten. Sie sind akzeptabel, egal wie viele Gräueltaten sie durchführen, so lange sie ihre Aufgaben innerhalb des Weltsystems erledigen: zu versichern, dass die Reichen und Mächtigen bekommen, was sie glauben zu verdienen, nämlich den Reichtum der Region, ihre Ressourcen, ihre Märkte, und so weiter.

11. September

Nun noch kurz zum letzten Thema: Der 11. September. Was wir immer wieder hören ist, dass nach dem 11. September alles anders geworden ist. Dabei gibt es eine zuverlässige Daumenregel: wenn irgendetwas immer und immer wieder wiederholt wird, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass es offensichtlich falsch ist. In diesem Fall heißt das, dass sich nach dem 11. September sehr wenig geändert hat. Die Politik, Ziele, Beunruhigungen und Interessen der großen Mächte bleiben wie sie waren. Es gab ein paar Veränderungen. Zum einen, gibt es nun eine günstige Gelegenheit für brutale und unterdrückende Elemente überall auf der Welt, ihre Politik mit gesteigerter Intensität zu auszuüben, in Ausnutzung der Furcht und Beunruhigung ihrer Bevölkerungen und im Wissen der Unterstützung Washingtons. Wie immer löst Unterdrückung Widerstand aus, und das ist in diesem Fall genauso. In den USA ist die Bevölkerung, im Gegensatz zu dem, was die Schlagzeilen und die intellektuelle Gemeinschaft erzählen, offener und kritischer geworden, hängt mehr oppositionellen Meinungen an, beteiligt sich vermehrt an Protesten und interessiert sich für aktuelle Entwicklungen. Das gleiche spielt sich überall auf der Welt ab. Vor ein paar Monaten gab es eine internationale Konferenz in Brasilien, das World Social Forum, welches ungefähr 60.000 Menschen von der ganzen Welt versammelt hat, Bürgerbewegungen, Bauern, Arbeiter, Umweltschützer, Frauengruppen – ganz viele unterschiedliche Leute. Sie organisierten sehr ernsthafte und konstruktive Foren und Diskussionen, welche den großen Problemen der Welt gewidmet waren. Das ist der Kern des weltweiten zivilen Widerstands, der sich entwickelt und versucht Programme zu verwirklichen, die sich gegen die globale Politik stellen, mehr und mehr Reichtum und Macht in den Besitz derjenigen zu leiten, bei denen sich schon jetzt der Reichtum und die Macht konzentriert.

Das gleiche gibt es auch hier. In der Türkei widersetzen sich sowohl Türken als auch Kurden sehr mutig und arbeiten für Veränderungen, welche die Gesellschaft offener, liberaler, freier und gerechter machen werden. Sie liefern ein Modell, das von westlichen Menschenrechtsaktivisten bewundert wird und von dem diese einiges lernen sollten. Sie geben ein inspirierendes Beispiel für das, was unter äußerst harten Bedingungen getan werden kann um die Unterdrückung und staatliche Gewalt zu überwinden und eine ehrwürdigere menschliche Gesellschaft zu erschaffen. Ihre Kämpfe und ihre Ziele sind Ideengeber für andere, mehr zu tun. Und nochmals, deswegen ist es so ein unglaubliches Privileg und eine derartige Ehre für mich hier mit Ihnen einige Tage zu verbringen.

übersetzt von Wolfgang Haug

One Year After...

... von Annette Schiffmann

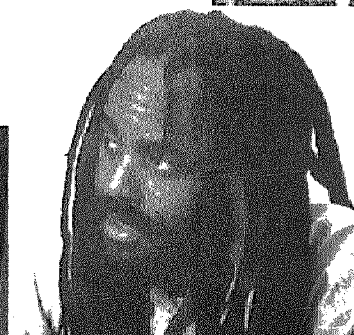
Der 11. September und die Tage danach

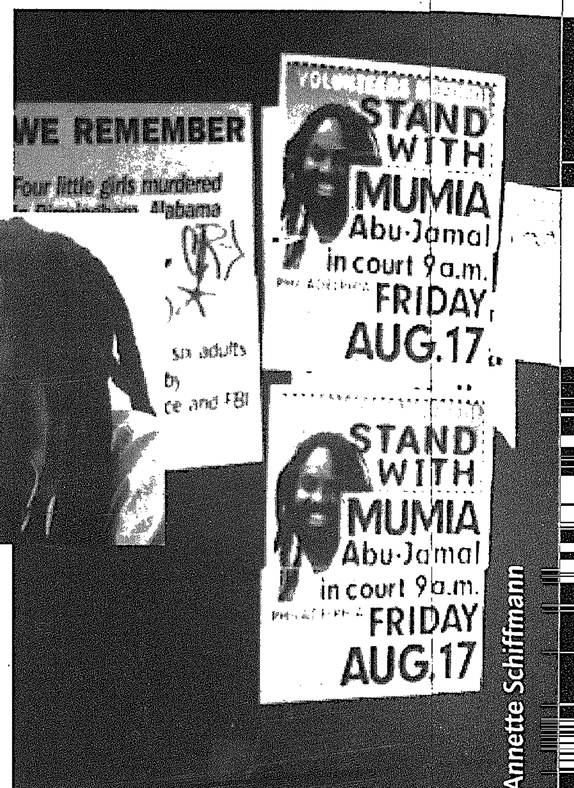


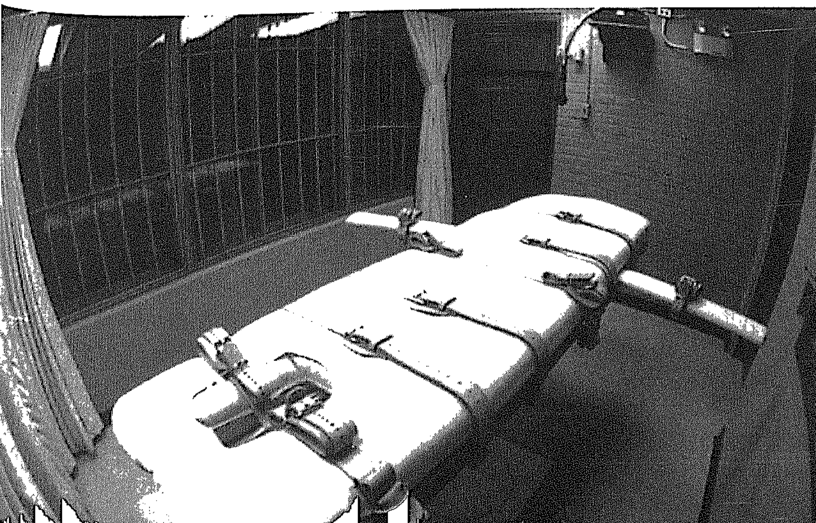
Drei Tage vorher wussten wir noch nicht, ob wir auch fliegen können würden, dann kam das OK.
Wir sind geflogen, als wir schließlich durften.
Wir hatten ein mühselig erkämpftes Ziel. Den Hochsicherheitstrakt von Pennsylvania. Und das jetzt sausen lassen? Natürlich hatten wir Angst. Die Angst vorm Fliegen in dieser Situation. Die Angst vor einem neuen Anschlag. Die Angst vor den hysterischen Kontrollen. Die Angst davor, nur Leuten mit Schaum vorm Mund zu begegnen.
So war es nicht.
Stattdessen: 1000 Widersprüche.
Zwar: ausgesiebt nach Passvorzeigen aus 215 Mitfliegenden am Zoll mit folgender zweistündiger Schikane: „Was wollen Sie hier? Wieso haben sie so wenig Gepäck dabei? Wieso haben Sie so wenig Bargeld dabei? Natürlich wissen wir, dass Sie diesen Todeskandidaten besuchen wollen, was wollen Sie damit erreichen? Wollen Sie hier Aufruhr anzetteln?!"
Fotos von allen Seiten. Fingerabdrücke nehmen. Sich alles gefallen lassen zähneknirschend.
Dann schließlich ins gelobte Land gelassen werden - „Just go, we´re ready with you!" Keine Begründung, kein „sorry for that."
Just go.
Zwar: CNN, der allgegenwärtige bundesweite Fernsehsender allerorten - in jeder Kneipe, jedem Waschsalon und einfach überall: von morgens bis abends Propaganda, der Terror, Bin Laden, verrohte Al-Quaida-Kämpfer, der Angriff auf die Zivilisa-tion und GOD BLESS AMERICA.
Aber getroffen haben wir nur nachdenkliche Leute.
Seltsam.
So blieb die eigentliche Frage, und zwar ungelöst: wie kommt der Widerspruch zustande?
Wo kommt die Mehrheit her?
Wer hat diese Regierung eigentlich gewählt und warum lassen sie sie einfach weitermachen?

„Geht es um »Demokratie«? Keine Spur. Denn warum wird die Demokratie wohl immer eingeschränkt, wenn ein Krieg geführt wird? Geht es darum, »die Welt sicherer zu machen«? Mal ehrlich: Fühlt sich heute irgend jemand sicherer als vor dem 11. September 2001?"

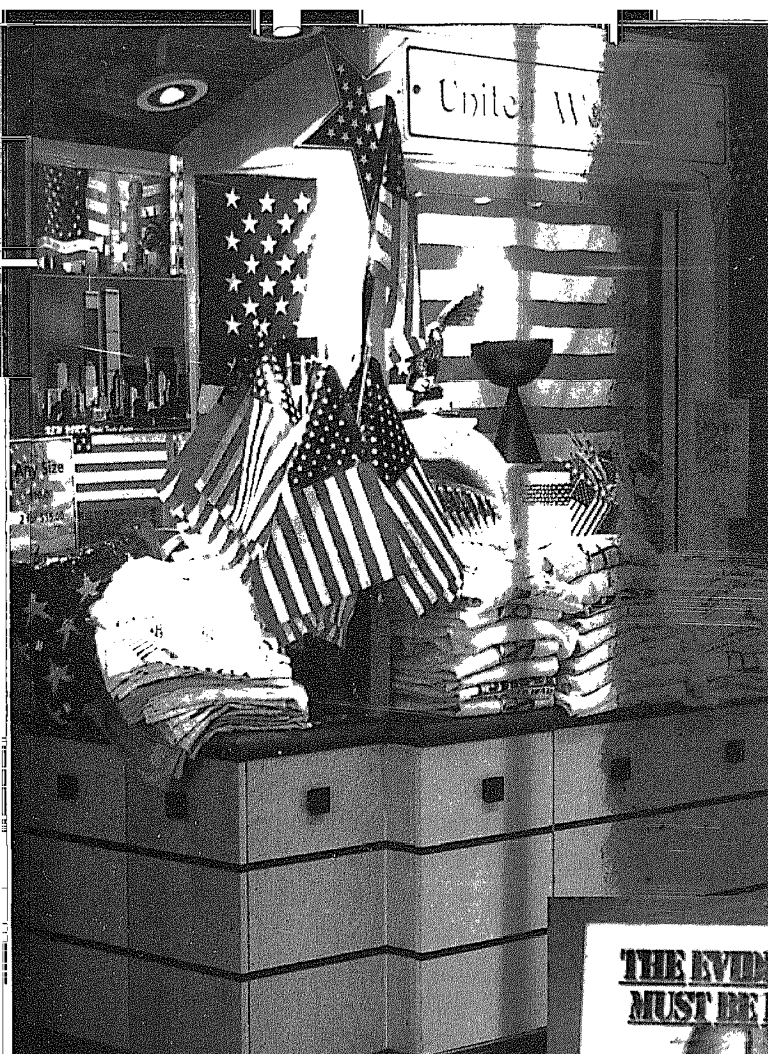
Mumia Abu-Jamal, Gefangener im Todestrakt von Pennsylvania seit 20 Jahren und drei Monaten.







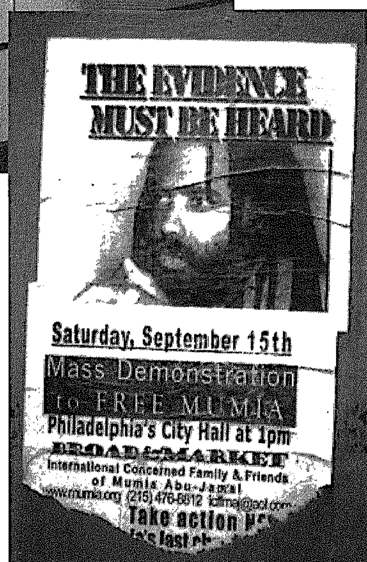
Fotos: Annette Schiffmann



„Das kann ich Ihnen aber sagen, Ma´m, wenn ich in einem dieser Flieger gesessen hätte, wär das alles nicht passiert, was waren das für Flaschen, diese Passagiere! Nach 15 Jahren in Riad und Aden - Sie, mir macht keiner mehr was vor."

Gelangweilt durch die langen Wartezeiten am Flugschalter fängt er an, der Mann vor mir, mir seine Meinung anzutragen - US-Army-Officer und grade frisch zurück aus Aden nach 15 Jahren auf dem Weg nachhause in Conneticut.
„Mal sehen, wie das wird, wenn ich meine Frau jetzt öfter sehe als drei, vier Wochen jedes Jahr."

Zwei Wochen später, in den *Philadelphia Gay News* - viertgrößte Tageszeitung der Stadt, lesen wir den Nachruf auf einen Passagier der vierten entführten Maschine, dessen Handgemenge mit den Entführern den Absturz über bewohntem Gebiet verhindert hat. „Marc Bingham war ein bekennender Homosexueller, jetzt haben wir unsere eigenen Helden", schreibt die Zeitung - nur schwer erträglich, das zu lesen, aber in der Atmosphäre selbst der großen Städte dort in USA ist das seltsam verständlich plötzlich.



„No, Ma´m, no visits for Mr. Jamal."

In Windeseile ist die sogenannte „patriot act" erlassen worden - Sondergesetze für Kriegsgefangene. Warum Mumia dazu zählt, wird nicht begründet - er hat, wie viele andere, von heute auf morgen Kontaktsperre.
Unser lang geplanter Besuch wird nicht stattfinden.

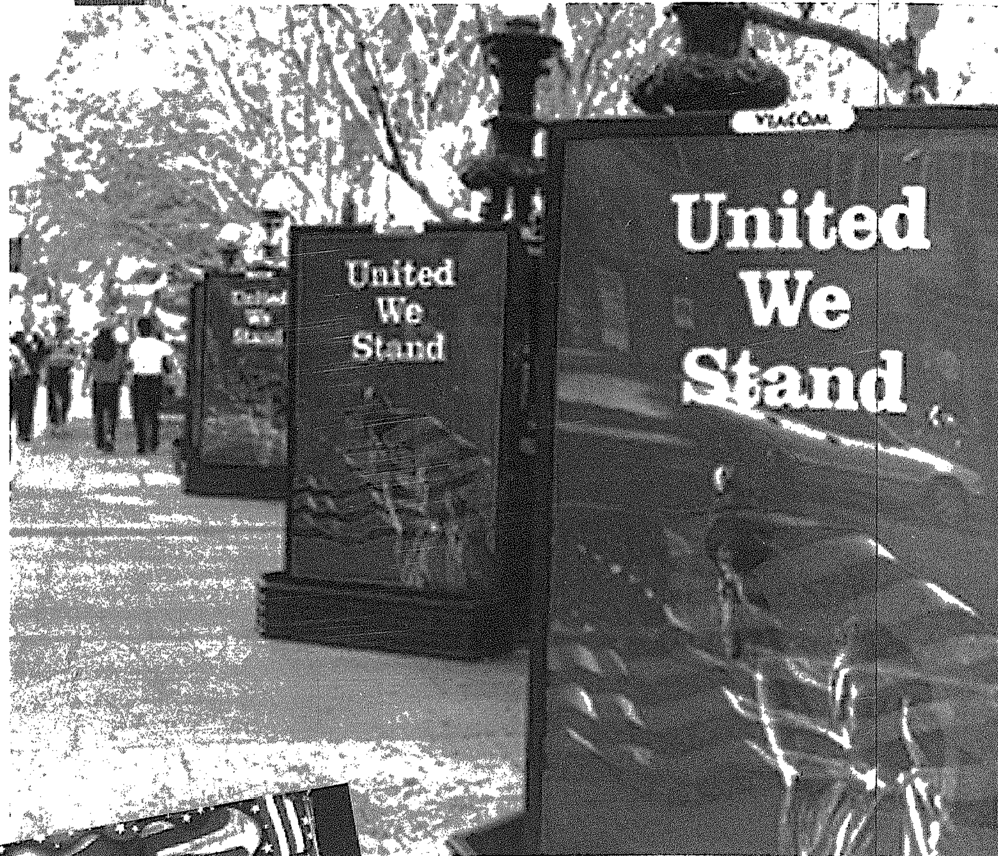
Im Waschsalon läuft der Fernseher. Die Talkshow heißt: „Beten für Amerika". Die Weltkarte, das heißt, die Karte der USA im Hintergrund, ist voller Fähnchen überall. Das sind die Leute in den Städten, die sich verpflichtet haben, 24 Stunden lang zu beten für Amerika. Am Stück. Danach reichen sie das Stafettenholz an den nächsten und die nächste weiter. So wunderbar. Gegen den Terror. Gegen die Barbaren. Gegen das schreckliche Unglück, von dem keiner weiß, wieso es „uns" getroffen hat. Die Talkmaster fassen sich an den Händen, schließen die Augen und beten laut. „God bless Amerika." Und weinen.
Wirklich.
Der Waschsalon ist voll und keiner kuckt.
Nur ich. „Was halten Sie davon?" frag ich die schwarze Mutter vieler herumschreiender Kinder neben mir.
„Oh what the fuck!" sagt sie, *„die spinnen doch. Das Geld, was die jetzt plötzlich haben für den Krieg, das hätten wir so nötig hier, kuck dir doch bloß die Schule an da vorn! Ich könnte schreien, echt."*



„Mein Gott, es ist der Horror, ich war nur zufällig nicht in meinem Büro an dem Tag, all meine Kollegen sind tot, meine Arbeit gibt´s nicht mehr. Und trotzdem, Lady,, so pervers es klingt - das hat mich aufgeweckt. Das Leben kann so schnell zu Ende sein, und ich hab nur gearbeitet. Jetzt denk ich: was ein Scheiß. Wen interessiert schon Geld und noch mehr Geld?! Ich muss bescheuert gewesen sein. Jetzt will ich endlich Zeit mit meiner Freundin und dem Kind verbringen."

Ein Börsenmakler bei Ground Zero, auf der Straße, einfach so, als wir ihn nach dem Weg gefragt haben.

Die Werbetafeln von Viacom in New York, einem der größten Tele-Konzerne der USA



„Das Loch"

Er kommt zur Tür herein und schreit. Das ist so ungewöhnlich für den sanften kleinen Mann, den immer freundlichen Fernando, der uns in Philadelphia beherbergt, dass wir erschreckt zusammenfahren.
„Sie haben diesen Krieg beschlossen!", wütet er, *„und nicht nur das - sie leihen sich die Rentenrücklagen für 2 Jahre aus, wer jetzt in Rente muss, hat Pech gehabt."*

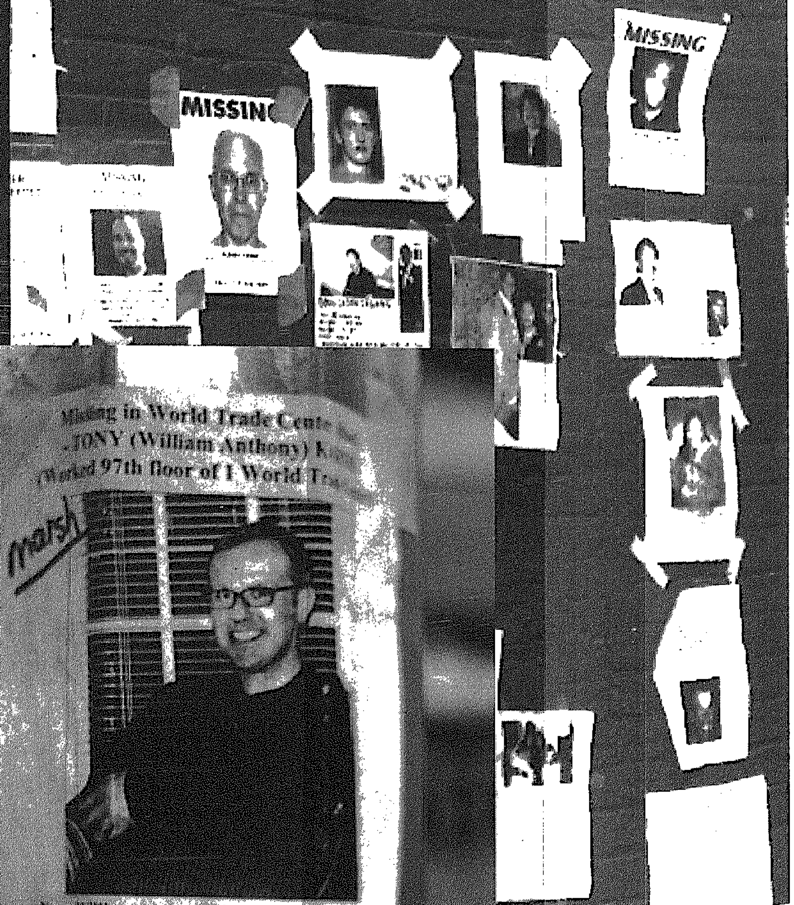
Am nächsten Tag berichtet CNN, dass die Regierung auch die Rücklagen für die Lohnsteuerjahresausgleiche der Niedrigverdienenden für den Krieg benötigt.
„Wir müssen alle Opfer bringen."
Jawohl - kein Heizöl diesen Winter in Northern Philly.

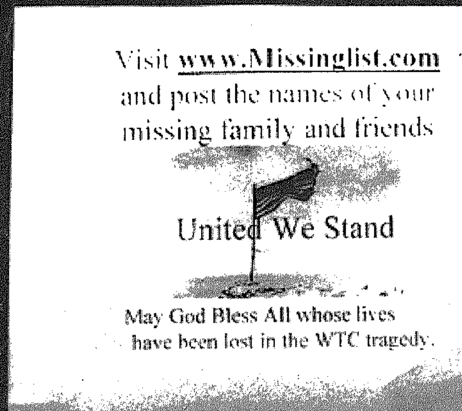


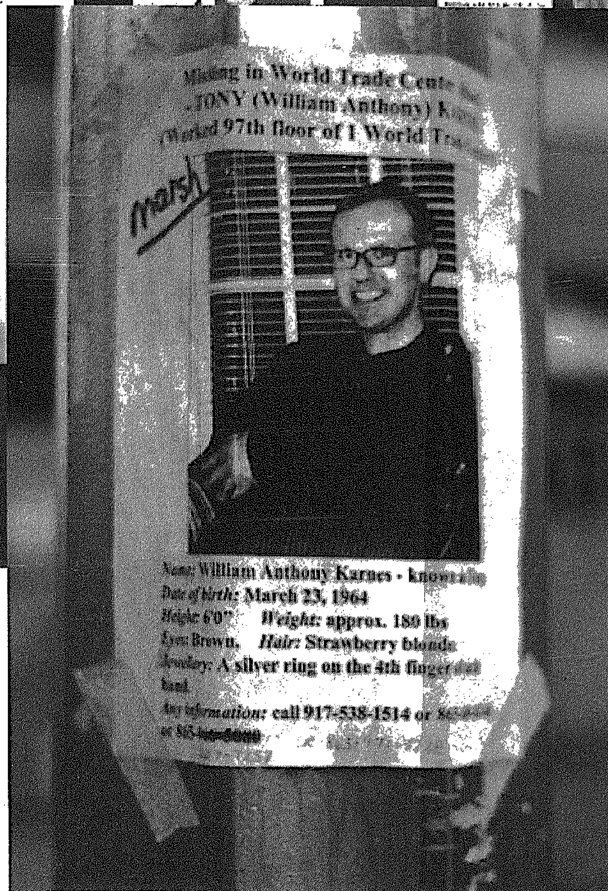
Peace
Hé Píng
Paix
Meer
Paz

harmony
patience
love







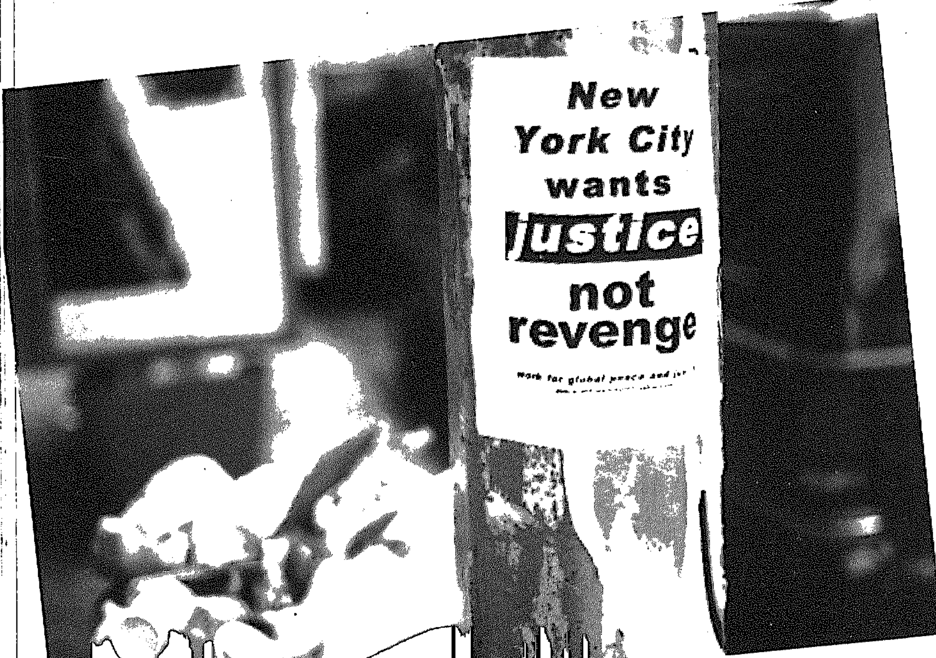






„Ach, Ma´m, alle feiern uns jetzt als Helden - wir machen das hier nicht für Ruhm und Ehre, es ist nur: irgend jemand muss es tun."

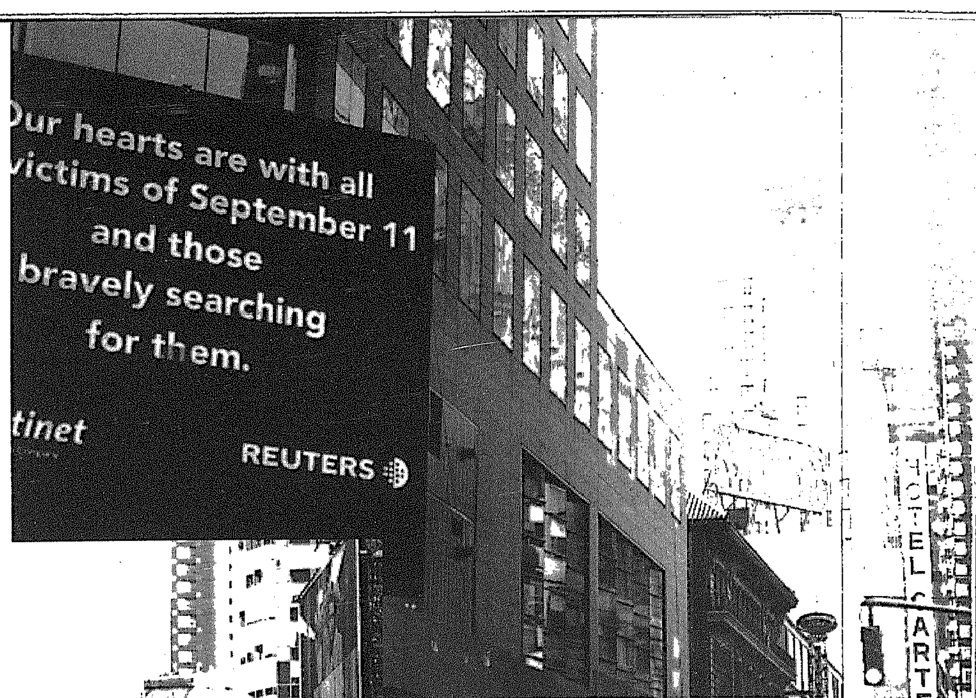
Feuerwehrfrau bei Ground Zero



„Ich weiß genau, warum SIE uns so hassen, aber scheiße, Mensch, wenn ich an diesem Morgen nicht verschlafen hätte, dann hätte ich bei meinem Arzt gesessen dort im World Trade Center und wäre jetzt nicht hier. Auf einmal weißt du ganz genau, wie es den Leuten geht in Palästina oder Nicaragua oder wo immer wir sonst noch intervenieren. Jetzt müssen wir wirklich einen Krieg verhindern! "

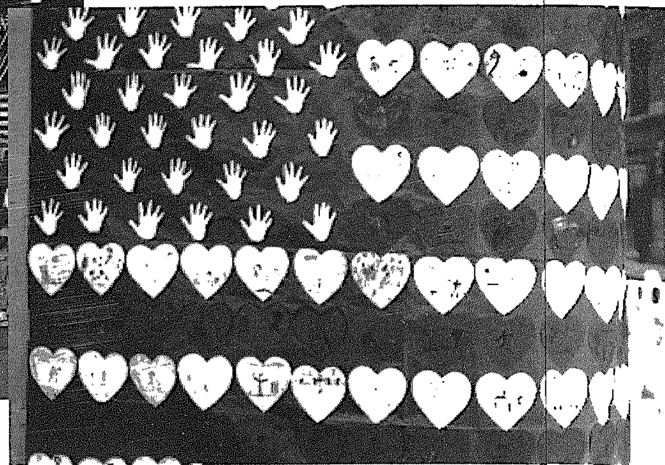
Suzanne von der New York Coalition for Mumia

Offene Homosexualität ist beim US-Militär genauso ein Ausschlussgrund wie bei uns. Wer ausgeschlossen werden will, hat also diesen Weg stets offen. Bis auf Krisenfälle. *Die Philadelphia Gay News* berichtete am 28. September 2001 als einzige Zeitung vom sogenannten „Stop-Erlass", der - ebenso wie schon im Golfkrieg - mit sofortiger Wirkung verbot, Homosexuelle aus der Armee zu entlassen „weil wir jetzt alle brauchen."

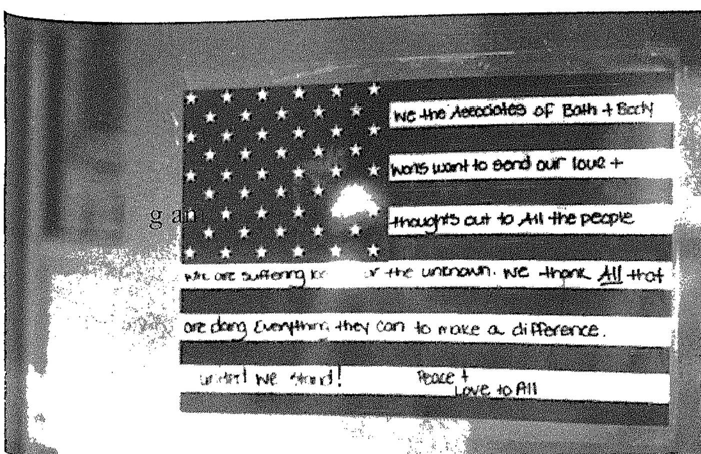




New York Times Square - die Leuchttafel von Reuters und die provisorische Rekrutierungsstation für den geplanten Kriegseinsatz der US-Army



Vor einer Grundschule in Manhattan. In den Herzen:
Die brennenden Türme. Aus Fenstern stürzende Menschen.
Kinder, die Fahrrad fahren.
"Ich heiße Sean und ich kann Fussball spielen".



„Wir, die Partner von Both & Body gedenken mit Liebe all derer, die jemanden verloren haben. Wir danken allen, die ihr Letztes geben, um einen Unterschied zu machen in der Welt.
United we stand. Frieden und Liebe für alle."

Aushang am Fenster einer Anwaltskanzlei beim World Trade Center, die durch Zementstaub und Hitze zerstört war wie alle Häuser rundherum.

Ein Maler im Washington Square Park...



„Wissen Sie, wo diese Mehrheit für einen Kriegseinsatz sein soll, weiß ich nicht, ich treffe hier nur Leute, die sagen: das ist Wahnsinn."

Buchhändlerin in Philadelphia Center City





„Ihr habt gewissermaßen Glück. So war es in New York noch nie, ich muss es wissen, ich war schon immer hier - die Leute reden miteinander und sind so was Ähnliches wie nett, es ist unglaublich. Sie helfen dir sogar, wenn du nicht weiter weißt. So ist das nach dem Anschlag, nicht zu fassen.

Und bei uns im Laden ist niemand für den Krieg, das schwör ich euch."

Unsere Gastgeberin Naomi aus Brooklyn, Mechanikerin in einem U-Bahn-Reparatur-Betrieb

Ein Kaffee im „Jamaica Inn" in Philadelphia. Der unvermeidliche CNN bringt Terror, Al-Quaida-Untermenschentum, Die-Fahne-Hoch, wie immer. Mein weißer Nachbartisch ist wild am Diskutieren - Krieg ja, Krieg nein.
Ich schaue ab und zu auf die Reaktionen der beiden hinter dem Tresen. Plötzliche Stille in der Glotze und: Beginn der Rede-des-Präsidenten-an-die-Nation.
George Bush jr. im Zoom. Unsäglich.
Da schaut mich dieser Bursche hinterm Tresen an und grinst verhalten, dreht sich um, dreht einen Knopf - und plötzlich ist die Kneipe voll von Jimmy Cliff, zwei breite Grinsen und ein Wippen zweifach auf und ab: „You can get it, if you really want, but you must try, try and try..." und George jr. macht den Mund auf und zu ohne Stimme wie ein Karpfen.
Das war der letzte Tag, und ich hab laut gelacht.
„Thank you for that.", sag ich beim Gehen.
„You´re welcome, Miss" - ein großes Lächeln -
„America is more than Mr. Bush."



Das wahre Ziel

von Uri Avnery

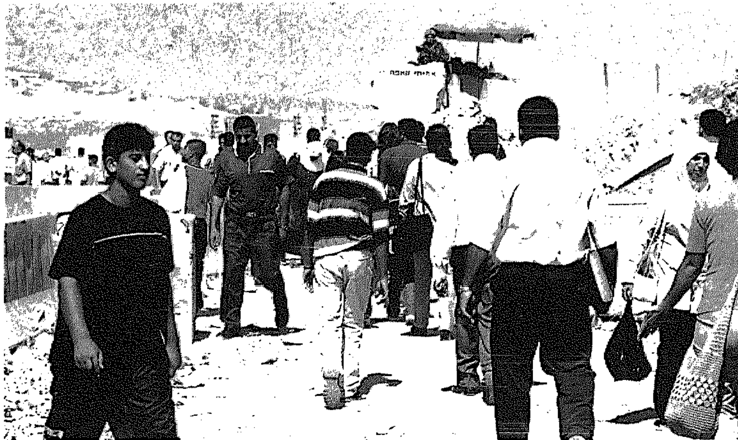


Foto: Jens Holst/version

Das wahre Ziel der (Israelischen) »Operation Verteidigungsschild« war keineswegs die »Zerstörung der Infrastruktur des Terrors«.

Die »Zerstörung der Infrastruktur des Terrors« war nichts weiter als ein wirkungsvoller Slogan – um nämlich die Menschen in Israel (wütend u. ängstlich wie sie nach den Selbstmordbomben waren) zu vereinen. Außerdem war das Ganze ein politischer Trick, der es Scharon möglich machte, auf dem Trittbrett von Präsident Bush's »Krieg gegen den internationalen Terrorismus« mitzufahren. Denn unter dem Deckmäntelchen der »Zerstörung der Infrastruktur des Terrors« kann man sich ja so ziemlich alles erlauben.

Wäre es Scharon hingegen wirklich um die »Zerstörung der Infrastruktur des Terrors« gegangen, hätte er ganz anders vorgehen müssen. So hätte er beispielsweise den palästinensischen Massen die Hoffnung auf nationale Selbstbestimmung geben müssen – auf nationale Selbstbestimmung in naher Zukunft. Und er hätte die Position Jassir Arafats stärken müssen – dem einzig effektiven Friedenspartner in der Region nämlich. Ebenso hätte Scharon in diesem Falle die Palästinensischen Sicherheitskräfte unterstützt und vor allem hätte er für eine radikale Verbesserung der ökonomischen Bedingungen in den »Besetzten Gebieten« gesorgt.

Aber wie gesagt, Ariel Scharon geht es überhaupt nicht um die Infrastruktur des Terrors und deren Zerstörung. Seine Zielsetzung reicht viel, viel weiter: das Rückgrat des Palästinensischen Volkes will er brechen, die Palästinensischen Regierungsinstitutionen zerschlagen, die Palästinenser zu »menschlichem Dreck« degradieren, mit dem er (Scharon) dann nach Lust und Laune verfahren kann. In letzter Konsequenz kann das heißen: die Palästinenser in mehreren voneinander abgetrennten Enklaven einsperren oder sie auch ganz aus dem Land vertreiben.

Gemäß Scharons Denken wäre das lediglich der konsequente Abschluss der Israelischen Politik seit 1948: einen »wirklichen« Staat Israel schaffen, der vom Mittelmeer bis zum Jordan reicht und ein reiner Judenstaat ist. Es ist auch durchaus kein Zufall, dass Scharon so offen für Slobodan Milosevic eingetreten ist – den (Neu-)Entdecker der Politik der »ethnischen Säuberung«.

Als ich dasselbe vor einem Jahr geschrieben habe, hielt man mir böswillige Verleumdung vor. Minoisterpräsident Scharon wurde damals noch als ein Mann gehandelt, der zwar entschlossen gegen den Terrorismus ankämpft, der aber keineswegs plant, den Kampf gegen den Terror als Vorwand für eine völlig andere Zielsetzung zu missbrauchen.

Das hat sich geändert.

Vor 4 Tagen war ich in Ramallah. Ich musste mich in die Stadt regelrecht reinstehlen (Israelis ist es nämlich auf Befehl der Israelischen Militärkommandatur derzeit verboten, palästinensisches Gebiet zu betreten). Aber ich wollte mit eigenen Augen sehen, was dort los ist. Ich suchte die Palästinensischen Ministerien auf: was für ein schockierender Anblick!

Da ist zum Beispiel das »Bildungsministerium«. Es ist in einem großen, imposanten Gebäude untergebracht, das wahrscheinlich noch aus der Zeit der Britischen Okkupation stammt: eine Mischung aus europäischem Neoklassizismus und orientalischen Baustilen. Vor dem Gebäude war ein Rosengarten angelegt – ich betone »war«. Ein (israelischer) Panzer hatte ihn nämlich – ohne erkennbaren Grund – im Zickzack plattgewalzt. Nur ein einziger purpurroter Rosenstrauch war übriggeblieben – und blühte jetzt ganz allein in all seiner Pracht. Solche Dinge tut die Armee einfach nur so – einfach nur, um »diesen Leuten« eine Lektion zu erteilen.



Israelischer Soldat an einem Militärposten an der Straße zwischen Ramallah und Bir Zeit. Dieser Postens liegt zwischen der A-Zone der palästinensischen Hauptstadt und der C-Zone nahe einer kleinen israelischen Siedlung auf dem Weg in die Universitätsstadt Bir Zeit.

Im oberen Geschoss des Gebäudes – dort, wo die Computer und das Archiv untergebracht sind –, ein Bild kompletter Verwüstung. Die Computer waren auseinandergerissen und auf den Boden geschmettert worden, der Safe aufgesprengt, Papiere lagen überall verstreut, die Schubladen waren ausgeleert, die Telefone zerstört. Einiges, was ich gesehen habe, war die Folge schlichten, puren Vandalismus: das Geld aus dem Safe war gestohlen, die Möbel standen auf dem Kopf, das Papier war mutwillig zerstreut. Erst wenn man genauer hinsah, bekam das Ganze einen Sinn: in den Computern fehlten nämlich die Datenträger, in den Regalen die wichtigen Akten. Überall leere Hüllen und Gehäuse. Alle wichtigen Informationen des Ministeriums hatte man offensichtlich mitgenommen: die Listen der Schüler, Prüfungsergebnisse, die Listen der Lehrer, die gesamte niedergelegte Logistik des Palästinensischen Schulsystems.

Ähnlich im »Gesundheitsministerium«: Die Computerdisketten mit allen wichtigen Informationen – Krankheitsdaten, medizinischen Untersuchungsergebnissen, die Listen der Ärzte und Schwestern, die Logistik der Krankenhäuser – alles weg. Selbst Leute, die der Palästinensischen Regierung ansonsten extrem kritisch gegenüberstehen, geben zu, dass sowohl das Bildungs- als auch das Gesundheitsministerium einwandfrei funktioniert haben. Jetzt sind beide zerstört.

Und das Gleiche bei allen anderen Palästinensischen Regierungsbüros. Verschwunden sind die Grundbücher, in denen Land- und Hausbesitz eingetragen sind, verschwunden die Steuerakten, verschwunden die Ausgabenbelege der Palästinensischen Regierung, verschwunden die Kfz-Akten und die Führerscheinkarteien. Kurzum, alles zerstört oder verschwunden, was die Verwaltung einer modernen Gesellschaft am Laufen hält. Waren etwa Listen mit Terroristen in den Grundbüchern versteckt oder Bombenbastelanleitungen zwischen die Kindergartenpersonal-Listen geschoben? Sicherlich nicht. Das wahre Ziel dieser Aktion ist überdeutlich: nicht allein die Palästinensische Regierung sollte zerstört werden, sondern auch die Palästinensische Gesellschaft als solches. Man wollte sie mit einem Schlag vom Stadium eines im Aufbau befindlichen Gemeinwesens in die Zeit der Türkenherrschaft zurückkatapultieren.

Und was für die zivile Palästinensische Gesellschaft gilt, gilt noch weit mehr für den Sicherheitsapparat der Palästinensischen Regierung: die Hauptquartiere der Sicherheitskräfte sind restlos zerstört, Akten verbrannt, Computer demoliert, getilgt jegliche Information über die bewaffneten Untergrundorganisationen sowie sonstige notwendige Detail-Erkenntnisse für den Kampf gegen den Terror. Einen besseren Beweis für die wahren Ziele dieser Operation könnte es gar nicht geben: nein, dies ist kein Krieg gegen den Terrorismus – vielmehr die Zerstörung einer entwickelten Palästinensischen Gesellschaft.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: ich bin an diesem Tag auch noch mit einer Gruppe israelischer Pazifisten durch das Zentrum von Ramallah gezogen: ausgehend vom Massengrab auf dem Krankenhausparkplatz sind wir bis vors belagerte Hauptquartier von Präsident Arafat gezogen. Unsere Schilder waren auf Hebräisch beschriftet, dennoch ernteten wir viel Sympathie – keine einzige feindselige Reaktion. Anscheinend kennen die Palästinenser sogar in dieser schlimmen Zeit noch den Unterschied zwischen dem israelischen Friedenslager und denjenigen, die für diesen brutalen Angriff auf sie verantwortlich sind. Darin besteht vielleicht der einzige winzig kleine Funken Hoffnung.

Übersetzung von Andrea Noll

Friedenskräfte in Israel

von Reuven Kaminer

Schnellkochtopf – das ist ein häufig benutzter Vergleich für die politische Atmosphäre in Israel. Die Politik ist leidenschaftlich, gefühlsbeladen und zunehmend von irrationalen Ängsten erfüllt. Der Alltag ist durch tägliche Ausbrüche von Gewalt gekennzeichnet. Die Medien berichten darüber und versuchen mit ihrer Interpretation der Ereignisse die israelische Öffentlichkeit zu überzeugen: Entweder die oder wir, entweder »Töten oder getötet werden«.

In dieser Situation ist besonders wichtig, dass es eine israelische Friedensbewegung gibt, die trotz aller Widrigkeiten weiterkämpft. Sie kann beschrieben werden als eine lebendige und engagierte Gemeinschaft, die es geschafft hat, mit ihren Protesten Hunderttausende Israelis während der Al-Aksa-Intifada zu mobilisieren. Sie setzt sich zusammen aus vielen unabhängigen Organisationen und Gruppen, die sich bei besonderen Ereignissen zusammenschließen.[1]

Man kann davon ausgehen, dass ein Drittel der israelischen Juden die offizielle Version für falsch hält und der Meinung ist, die israelische Politik habe zumindest bedeutenden Anteil an der Spirale der Gewalt. Dieses Drittel ist zionistisch und sieht sich selbst als Teil des politischen Mainstreams. Ihre gemäßigte Position basiert darauf, die politischen Möglichkeiten realistisch zu betrachten und einzusehen, dass Siedlungen und Besatzung dazu führen, die Vision eines jüdischen Staates Israel zu beenden. Diese Gruppierung ist bei verschiedenen Parteien und Organisationen vertreten: Beim linken Flügel der Arbeitspartei, der auch als Tauben bezeichnet wird; der von Yossi Sarid angeführten Meretz-Partei; sowie insbesondere bei Peace Now (Frieden Jetzt), der bis heute weitaus größten Protestbewegung.

Peace Now im Strudel des Katechismus

Das dramatische Fehlschlagen der Gespräche in Camp David im Juli 2000, der Ausbruch der Al-Aksa-Intifada im Oktober des gleichen Jahres und die darauf folgende Serie verstärkter Gewalt sind die Bühne für eine gewiefte und clevere Werbekampagne der israelischen Regierung und ihrer Verbündeten. Ihre »Deutung« der Ereignisse kann als israelischer Katechismus bezeichnet werden. Und der hört sich so an:

Arafat habe Baraks »großzügigstes Angebot« abgelehnt, weil er sich geweigert habe, die weitgehenden palästinensischen Forderungen zu widerrufen, die mit einer vernünftigen Formel für eine Zweistaatenlösung unvereinbar sind. Nicht damit zufrieden, dem Frieden den Todesstoß gegeben zu haben, sei Arafat in die palästinensischen Gebiete zurückgekehrt, um die Al-Aksa-Intifada zu initiieren, zu organisieren und umzusetzen. Damit wolle er weitere Zugeständnisse von Israel erhalten, die ihm in Camp David nicht gewährt wurden. Das beweise, dass Arafat eine »Strategie des Terrors« übernommen habe, die auf Selbstmordanschläge gegen israelische Zivilisten setzt.

Es gibt eine Menge überzeugender Literatur, die jeden Baustein dieses Katechismus widerlegt. Aber insbesondere Ehud Barak trat während und nach dem Ende seiner unglücklichen Amtszeit für diesen Katechismus ein. Dabei war er doch für die zionistischen Tauben und sogar die radikalere Linke »unser Kandidat« gewesen, den wir gegen Netanyahu gewählt und den wir als Vorreiter des Friedens angesehen hatten. Die Kampagne zeigte bei einer Reihe von bedeutenden Zielgruppen große Wirkung, so bei der israelischen Öffentlichkeit, die den Tauben nahe stehen.

Baraks Niederlage bei der Wahl war überwältigend. Danach suchten auf der einen Seite die Mächtigen der Arbeitspartei unter Peres bei Sharon Zuflucht und bildeten mit ihm eine Regierung der nationalen Einheit. Sie waren im Gegensatz zu allen anderen davon überzeugt, dass sie in die Regierung eintraten, um Sharons aggressive Tendenzen einzudämmen und zu den rechten Kräften im Kabinett ein Gegengewicht zu bilden. Auf der an-



1. Friedenscamp in Israel
Einige dutzend israelischer Friedengruppen haben sich vom 16. bis zum 18. Mai 2002 in einem Naturpark nahe der Stadt Ashquelon zum ersten israelischen »Peace Camp und Festival« versammelt. Auf dem Camp wurden Arbeitsgruppen zu Themen von »Gewaltfreier Widerstand« bis »Ökologisch leben« durchgeführt. Es nahmen etwa 1.000 Menschen, Israelis wie Palästinenser, an diesem Camp teil. Die dreitägige Veranstaltung erinnerte vom Charakter an ähnliche Camps in der Bundesrepublik in den frühen achtziger Jahren. Hier: Ein Workshop zum Thema »Enegiesparendes Wohnen«.

deren Seite verstand die Führung bei Peace Now, dass sie die Regierung Sharon/Peres nicht unterstützen konnte. So blieb die Bewegung im Geschäft, in Opposition zur Regierung Sharon, und wandte sich gegen verstärkte Siedlungsaktivitäten.

Es gibt bei Peace Now, wie bei jeder anderen ernsthaften politischen Bewegung, eine Linke, eine Rechte und eine Mitte. Obwohl sich alle in ihrer Opposition zur Regierung Sharon/Peres einig sind, gibt es eine interne Auseinandersetzung darum, ob die unlogische Behauptung zutrifft, dass Arafat kein (möglicher) Verhandlungspartner ist. Darüber hinaus hofft die Rechte auf irgendeine Art der Rettung durch die Arbeitspartei und hat niemals die Verbindungen zu Ehud Barak abgebrochen, der seine Schmähreden gegen die palästinensische Führung ständig erneuert. Die Linke stand der Amtszeit von Barak als Ministerpräsident von Anfang an kritisch gegenüber und bestand darauf, dass Peace Now ein Bündnis mit realpolitischen Teilen der palästinensischen Autonomiebehörde schmieden sollte. Ihrer Ansicht nach war die Verhandlungsführung von Israel und insbesondere von Barak mit den Palästinensern der wichtigste Grund für das Scheitern des Friedensprozesses und des darauf folgenden Aufstiegs Sharons an die Macht.

Trotz dieser unterschiedlichen Auffassungen muss anerkannt werden, dass Peace Now immer einmütig die Besatzung abgelehnt und sie als Hauptursache für die Spannungen und Gewalt angesehen hat. Die Bewegung beobachtete beständig die Siedlungsaktivitäten und warnte davor, dass sich die Regierung hinter dem Krieg gegen den Terrorismus verstecke, um ihre eigene Besatzungspolitik zu fördern.

Peace Now erlebte durch das Fiasko von Barak einen schweren Rückschlag. Große Teile ihrer traditionellen Anhängerschaft wurden von der Regierungspropaganda beeinflusst. Die mit der Intifada verbundenen weitverbreiteten Selbstmordanschläge waren sicher ein weiterer Faktor, der viele aus der Bevölkerung Israels zur Rechten, in die wartenden Arme Sharons getrieben hat. Teile der Friedensanhängerschaft waren geschwächt durch Zweifel und Verdächtigungen. Schließlich waren viele gelähmt, die normalerweise bereit gewesen wären, gegen Sharon und seine Politik auf die Straße zu gehen.

Die Radikalen schließen sich zusammen

Der radikale Flügel der israelischen Friedensbewegung, der sich zum größten Teil außerhalb von Peace Now organisiert hat, kritisierte Barak von Anfang an. Er beurteilte ihn aufgrund seiner annexionistischen und militaristischen Handlungen vor Ort und nicht an seinen Öffentlichkeitskampagnen zu den Fortschritten bei Kontakten mit den Syrern und Palästinensern. Motiviert durch humanistische und internationalistische Grundsätze, akzeptierten die Radikalen niemals, dass die Ursachen für den Nahostkonflikt gleichrangig seien und beide Seiten die gleiche Verantwortung für die Krise trügen. Sie sind höchst sensibel gegenüber dem Leiden der palästinensischen Massen. Sie sind der harte Kern der Friedensbewegung, weil sie verstehen, dass israelischer Militarismus und Expansionismus die Wurzel der Krise sind.

Viele Aktive des radikalen Flügels fordern die Gleichheit der Nationen, wie auch der Gleichheit der Bürger ein. Sie sind sich der kolonialen Vergangenheit der Region und der kolonialistischen Rolle Israels gegenüber den Palästinensern bewusst, wie auch der Verweigerung des palästinensischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Sie sind beeinflusst von der Tradition des Pazifismus, der Gewaltfreiheit und des Antimilitarismus.

Nicht weniger wichtig ist die Präsenz einer Frauenbewegung für und von Frauen, die sich für Geschwisterlichkeit und Feminismus engagiert und sich weigert, die palästinensischen Frauen als Feinde anzusehen. Diese Ideen bzw. eine Verschmelzung davon, charakterisieren den radikalen Protest in Israel.

Eine Reihe von Ereignissen schockierte die Radikalen besonders, elektrisierte sie und ließ sie handeln. Während der ersten Oktoberwoche des Jahres 2000 wurden dreizehn unbewaffnete israelisch-arabische Jugendliche von der Polizei erschossen, als sie für ihre Solidarität mit der palästinensischen Intifada demonstrierten. Es sah so aus, als ob Araber, auch wenn sie Bürger des Staates Israel sind und angeblich die gleichen Segnungen der bürgerlichen Gleichheit genießen, praktisch ungestraft niedergeschossen werden konnten, so wie ihre Brüder unter der Besatzung. Diese ungeheuerlichen Taten überzeugten jeden israelischen Demokraten, dass nur prinzipielle Solidarität mit der israelisch-palästinensischen Bevölkerung verhindern könne, dass sich eine weitverbreitete Unterdrückung nach Israel hin ausweitete. Die Tötungen in Israel stellten die in den besetzten Gebieten wütenden Geschehnisse in einen klaren Zusammenhang: Andauernde Besatzung bedeutete Unterdrückung und Gewalt beiderseits der Grünen Linie.

Die Linke in der Friedensbewegung widersetzt sich

Die drei auffälligsten Strömungen der radikalen Linken sind die Coalition of Women for a Just Peace (CWJP – Bewegung der Frauen für einen Gerechten Frieden), die verschiedenen Gruppen, die sich der Ableistung des Militärdienstes in den Israelischen Verteidigungsstreitkräften verweigern und die neue Organisation Ta'ayush (Partnerschaft), die im Oktober 2000 angesichts der Ermordung von dreizehn israelischen Palästinensern gegründet wurde.

Ich will diese drei Gruppen ausführlicher darstellen, weil sie Tendenzen und Entwicklungen repräsentieren und damit einige der Stärken der gesamten Bewegung aufzeigen. Darüber hinaus gibt es viele weitere Organisationen, deren wichtige Arbeit in einem umfangreicheren Artikel zu beschreiben wäre.



1. Friedenscamp in Israel

Frauen vereinigen ihre Kräfte

Die verschiedenen Frauenfriedensgruppen haben niemals wirklich an die Aufrichtigkeit des ehemaligen Generalstabschefs, Ehud Barak, geglaubt. Unter ihnen sind Gruppen wie Women in Black (Frauen in Schwarz), Bat-Shalom (Feministisches Zentrum für Frieden und Gerechtigkeit), TANDI (Bewegung der Demokratischen Frauen) oder New Profile (Neues Profil). Sie waren auch nicht bereit, die von Barak genannten Gründe für die Krise des Friedensprozesses und für den Ausbruch der Intifada zu akzeptieren. Zudem verließen sich die jüdischen Frauen nicht auf die Berichterstattung der israelischen Medien. Sie bezogen ihre Informationen von einem großen Kontingent israelisch-palästinensischer Frauen. Diese gaben der Mitgliedschaft verlässlichere Informationen über das Oktoberblutbad in den arabischen Städten und eine tiefgehendere Analyse der Dynamik der Besatzung.

Women in Black verzeichnete eine Zunahme der Mahnwachen und der Anzahl der daran teilnehmenden Frauen. Ihre lange Erfahrung bei Protestaktionen gegen die Besatzung machte sie immun gegen die Behauptung der Regierung, dass die neue Runde der Gewalt von einer Art neuer palästinensischer terroristischer Konspiration herrühre. Aufgrund ähnlicher Reaktionen anderer Frauenzusammenhänge wurde die Gründung einer Koalition von Women in Black, Bat-Shalom, TANDI und anderen Organisationen angeregt. Die erste Initiative der Coalition of Women for a Just Peace (CWJP) war bezeichnenderweise eine jüdisch-arabische Demonstration in der großen arabischen Stadt Um-El Fahem im November 2000. Bei weiteren von der Koalition organisierten Demonstrationen konnten sie immer größere Massen auf die Straße bringen. Der Höhepunkt war eine Demonstration, an der über 2.000 Frauen (und Männer) teilnahmen, zugleich auch ein Zeugnis für die wachsenden internationalen Verbindungen der CWJP. Es gab ein starkes Kontingent von Frauen aus Italien und anderen europäischen Ländern, angeführt von Luisa Morgentini, einer italienischen linken Europaabgeordneten. Die Koalition hielt die Kontakte aufrecht und erhielt weltweit Solidaritätsbekundungen durch beinahe 130 Frauengruppen.

Zusammenleben und einander wirklich verstehen

Ta'ayush (Partnerschaft) wurde in der Frühphase der zweiten Intifada ins Leben gerufen, um durch gewaltfreie Aktionen von unten die Entfremdung zwischen beiden Völkern zu überwinden. Die Organisation konnte sich über diese Kluft hinwegsetzen und stellte eine schwindelerregende Reihe von Aktivitäten auf die Beine. Sie organisierte mindestens zwei Massenaktionen pro Monat, die Hunderte von Basisbewegten zusammenführte, jüdische und arabische Israelis.

Typisch für die Aktionen der letzten 18 Monate war die Durchführung eines Konvois von LKWs und Privatfahrzeugen, die lebenswichtige Lebensmittel und Medikamente in palästinensische Dörfer brachte, die in den besetzten Gebieten unter Belagerung standen. Ta'ayush organisierte innerhalb einer relativ kurzen Zeit mehr als zehn dieser Konvois. Die israelische Armee versuchte die Lieferungen zu blockieren, nahm davon aber wieder Abstand, als es in der Öffentlichkeit negativ bewertet wurde. Darüber hinaus übernahm Ta'ayush die führende Rolle in einer breitgefächerten Koalition von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, um gegen die Vertreibung palästinensischer Anwohner im Südhebrongebiet zu kämpfen, von denen viele halbnomadische Höhlenbewohner sind.

Dieser erstaunliche Grad von Solidarität mit den palästinensischen Leiden rührt her von einer bewussten Hartnäckigkeit der Aktivisten von Ta'ayush, den Israelis verständlich zu machen, was es heißt, Palästinenser zu sein – und gemeinsam mit ihnen gegen die Verbrechen der Besatzung und Diskriminierung zu handeln. So entschlossen sie sich auch zu einer Aktion, als klar wurde, dass Sharon die Vertreibung des Vorsitzenden der palästinensischen Behörde, Arafat, vorbereitete, obwohl Arafat bei den meisten jüdischen Mitglieder wenig Sympathie hat. Sie organisierten eine Delegation von 400 Israelis, um ihre Solidarität mit ihm auszudrücken. Zusätzlich führte Ta'ayush eine Massendelegation durch, um gegen die Bedingungen im Anser-Gefängnis zu protestieren.

Die Mitglieder von Ta'ayush zeigten sich sehr zögerlich, als es darum ging, ihr Credo in einem offiziellen Dokument zu formulieren. Viele Aktivisten erinnerten sich an traumatische Erfahrungen und Spaltungstendenzen bei programmatischen Debatten. Möglicherweise braucht die Organisation keine formelle Visitenkarte, da die Aktivitäten so eindeutig auf der Verwirklichung eines zentralen Grundsatzes beruhen: jüdisch-arabische Solidarität. Wie dem auch sei, Ta'ayush widerlegte mit symbolischen Aktionen überzeugend die Welle des antiarabischen Rassismus und Chauvinismus, der sich ins Innerste der israelischen Gesellschaft gefressen hat.

Just Say No - Einfach NEIN Sagen

Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze) ist die Veteranenorganisation der Reservisten der Israelischen Verteidigungsarmee (IDF), die den Dienst selektiv verweigern. Die Organisation wurde 1982 während des Libanonkrieges gegründet. In all den Jahren ermutigte und beriet sie Reservisten, die ihre Weigerung auf die besetzten Gebiete ausdehnten. Mit dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada begann Yesh Gvul, die Reservisten davor zu warnen, dass sie aufgefordert werden könnten, offensichtlich gesetzeswidrige Befehle auszuführen oder sogar an Kriegsverbrechen teilzunehmen.



Aktivisten der israelisch-palästinensischen Friedensinitiative Ta'ayush setzen die Strassen des von Israel nicht anerkannten Dorfes Hirbet al-Watan in Stand. Bereits in der dritten Generation existiert das palästinensische Beduinendorf in der Negev-Wüste. Dadurch, dass die israelische Regierung etliche Beduinendorfer nicht anerkennt, haben dessen Bewohner auch kein Anrecht auf öffentliche Leistungen, wie zum Beispiel den Bau von Strassen und weiterer Infrastruktur.

Im Gegensatz zur Tradition der Verweigerung des Reservedienstes war der Widerstand von Wehrpflichtigen gegen den dreijährigen Militärdienst gewöhnlich keine große Sache. Es gab immer ein paar mutige Einzelpersonen, die wegen ihrer Ablehnung der Grundausbildung für ein paar Monate ins Gefängnis gingen. Das änderte sich in einer dramatischen Entwicklung im September 2001. 62 Schülerinnen und Schüler, die kurz vor ihrem Abitur standen, wandten sich mit einem offenen Brief an Sharon und protestierten »gegen die aggressive und rassistische Politik der israelischen Regierung und seiner Armee. Wir haben nicht die Absicht, an einer solchen Politik teilzunehmen.« Die Unterzeichnenden zögerten nicht, »andere in unserem Alter dazu aufzurufen, wie auch Wehrpflichtige, Berufssoldaten und –soldatinnen sowie Reservisten, unserem Beispiel zu folgen.« In ihrem Radikalismus, der in der israelischen Wirklichkeit wurzelt, stehen sie dem Widerstand der jungen Menschen in Seattle und Genua nahe.

Ihr offener Brief war ein wichtiges neues Element in der Verweigererszene. Aber niemand, auch nicht das politische Establishment, war auf den Brief vorbereitet, der am 25.Januar 2002 in der Presse veröffentlicht wurde. Darin betonten die 52 Unterzeichnenden die Tatsache, dass sie Offiziere und Soldaten in Reservekampfeinheiten seien. Sie erklärten, dass sie in den besetzten Gebieten keinen Dienst mehr ableisten würden. Der Text war erstaunlich:

> »Wir, Kampf-Offiziere der Reserve und Soldaten der Israelischen Verteidigungsarmee, die nach den Prinzipien des Zionismus erzogen wurden, dem Volke Israels alles zu geben und uns für dieses Volk aufzuopfern, die wir immer an der Front gedient haben, um den Staat Israel zu schützen und zu stärken.
> Wir, die Offiziere und Soldaten der Kampfeinheiten, die wir dem Staat Israels jährlich für lange Wochen gedient haben, auch auf teure Kosten unseres Le-

bens, befinden uns im Reservedienst in den besetzten Gebieten. Uns wurden Befehle und Weisungen erteilt, die mit der Sicherheit unseres Landes nichts zu tun hatten und die den alleinigen Zweck besaßen, die Machtausübung gegenüber dem palästinensischen Volk fortzusetzen.

Wir, deren Augen den blutigen Tribut gesehen haben, der beiden Seiten abverlangt wird.

Wir, die wir spüren, wie die uns in den ‚Gebieten' gegebenen Befehle alle Werte zerstören, die wir für uns in Anspruch genommen hatten, als wir in diesem Land aufwuchsen.

Wir, die jetzt verstehen, dass der Preis der Besetzung im Verlust der menschlichen Wesensart in den israelischen Streitkräften und der Korruption der gesamten israelischen Gesellschaft liegt.

Wir, die wissen, dass die ‚Gebiete' nicht Israel sind, und alle Siedlungen letztendlich geräumt werden müssen, erklären hiermit, dass wir diesen Kampf der Siedlungen nicht weiter führen werden.

Wir werden nicht weiter über die Grenzen von 1967 hinaus kämpfen, um ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, zu entwürdigen oder es hungern zu lassen.

Hiermit erklären wir, dass wir weiterhin der Israelischen Verteidigungsarmee für jeden Auftrag dienen werden, der der Verteidigung Israels dient.

Die Aufträge der Besetzung und Unterdrückung dienen nicht diesem Zweck - und wir werden uns nicht daran beteiligen.«

Die Unterzeichnenden hatten genau darauf geachtet, die Grundüberzeugungen zu betonen, die sie mit dem Mainstream, dem israelischen Konsens, verbindet. Doch, wie bei einem Schritt über die Klippe, überschritten sie an einem Punkt die Markierungslinie und landeten damit beim radikalen Flügel der israelischen Friedensbewegung. Der Text ist natürlich wichtig, aber wichtiger noch ist die Tat. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Verweigerung des Kriegsdienstes nur von der Linken gestärkt und gefördert. Die zionistische Linke und die Führung von Meretz und Peace Now hatten immer zum Ausdruck gebracht, dass sie die Idee der seruv (Verweigerung) verabscheuen. Die Stärke der Gefühle unter den Reservisten traf tief. Drei Monate nach der Veröffentlichung zählte die Gruppe vierhundert Mitglieder, nach neuesten Angaben bereits an die Tausend – das alles trotz Kriegshysterie und Versuchen, die Hoffnung auf Frieden in antiterroristischer Rhetorik zu ertränken.

Palaestinenserdorf Hirbet al-Watan in der Negev Wüste. Die israelische Regierung erkennt etliche der Beduienendörfer innerhalb der Staatsgrenzen des Staates Israel nicht an. Dadurch haben dessen Bewohner, arabische Israelis, auch kein Anrecht auf öffentlich Leistungen, wie zum Beispiel den Bau von Strassen und weiterer Infrastruktur. Das von Israel nicht anerkannte Dorfes Hirbet al-Watan existiert bereits in der dritten Generation in der Negew-Wüste. Nach Regierungsplänen sollen die Bewohner umgesiedelt werden, da es in der Nähe eine israelische Siedlung gibt.

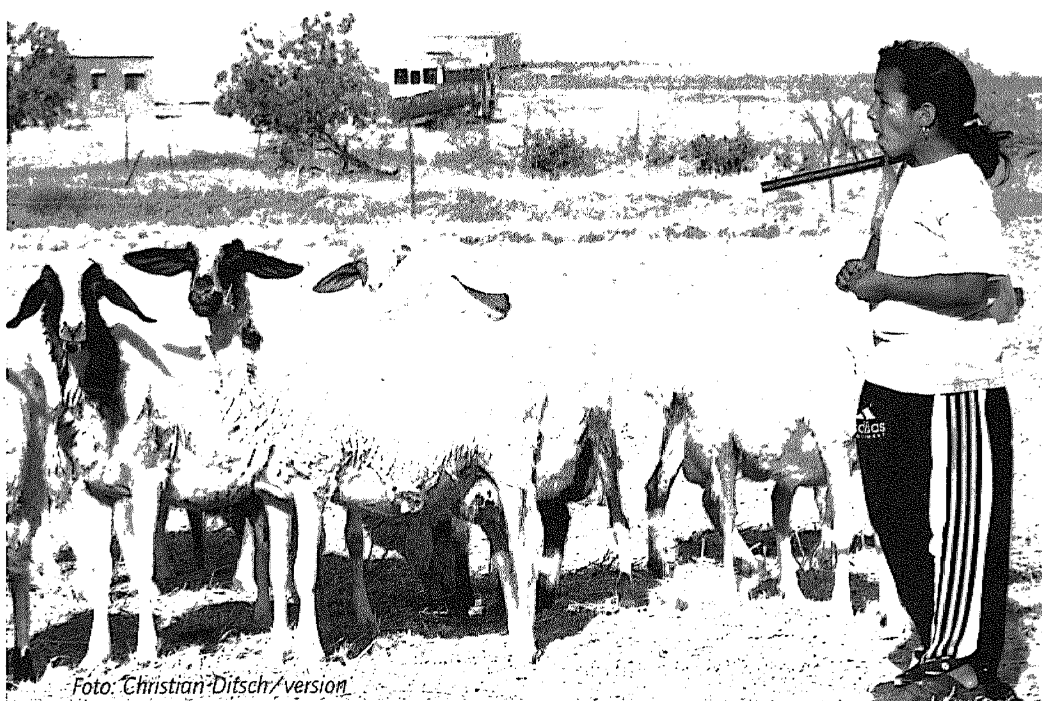


Foto: Christian Ditsch/version

Peace Now - Der lange langsame Weg zur Besserung

Viele Unterstützer von Peace Now wählten Barak. Schlimmer noch, sie waren bereit, seine Version der Ereignisse zu akzeptieren. Hätten die Anhänger nicht die Gefahr einer Regierung Sharon erkannt, wäre Peace Now womöglich in einen Zustand dauerhafter Lähmung versetzt worden. In der Tat wandte sich Peace Now im Wesentlichen der erfolgreichen Aufdeckung neuer Siedlungswellen zu, die vermutlich nach dem Koalitionsvertrag der Regierung der nationalen Einheit verboten sind.

Wie dem auch sei, die radikale Linke führte ihre Kräfte zusammen. Die Frauenkoalition CWJP, die Verweigerer, Ta'ayush und andere jüdische und arabische Gruppen schlossen sich zusammen und organisierten im Februar 2002 in Tel Aviv eine Demonstration mit weit über Zehntausend Teilnehmenden. Die Linke war sich über die wichtigste Aussage einig: die Formel für Frieden2. Es waren jetzt Sharon und seine Regierung, die den Weg zum Frieden blockierten.

Wie schon während des Libanonkrieges benutzte Peace Now die Aktivitäten der Linken als Test. Zwei Wochen später war die Organisation mit einer noch größeren Menschenmenge auf der Straße. Klar war eine zentrale Aussage von Peace Now: Die Besatzung ist das größte Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Aber die Organisation hatte ein Problem. Sie konnte zwar zum Ausdruck bringen, dass die israelische Regierung den Frieden blockierte, unklar war aber, wie sie sich zu dem Argument der Regierung stellte, dass Israel keinen Partner habe. Das war von Barak aufgebracht und von Sharon aufgegriffen worden. Als Kompromiss beschränkte sich Peace Now auf die Frage der Besatzung und seiner Übel. In der Tat führte die darauf ausgerichtete Kampagne zu einem zahlenmäßigen Durchbruch: mehr als 50.000 Israelis demonstrierten am 11. Mai 2002 auf dem Rabinplatz.

Der Erfolg der Demonstration von Peace Now war ein Zeichen dafür, dass sich die Bewegung von der bitteren Erbschaft Ehud Baraks gelöst hatte. Endlich wurde den AnhängerInnen die Notwendigkeit bewusst, gegen die Aktionen der israelischen Armee und die Dynamik der Siedlungen in den besetzten Gebieten zu demon-

strieren. Die Linke in der Protestbewegung hatte aufgezeigt, dass es eine weitverbreitete Haltung gegen Sharon gab. Die Weigerung seiner Regierung, über irgendeine politische Lösung zu sprechen, frustrierte umso mehr, nachdem die saudische Initiative veröffentlicht und in der arabischen Welt positiv aufgenommen worden war. Peace Now hatte mit seiner Parole Erfolg: »Raus aus den Gebieten«. Sie war Ausdruck für Furcht und Abscheu der israelischen Öffentlichkeit über das Ausmaß der Unterdrückung.

Die Führung der Organisation neigte jedoch dazu, das Argument der Regierung zu akzeptieren, dass der palästinensische Terror zunehmend für die Verschlechterung der Lage verantwortlich war. Peace Now war sich bewusst über die Notwendigkeit einer politischen Lösung, aber nicht darüber, ob es diese Möglichkeit wirklich gab. So hatte der rechte Flügel in der Führung der Organisation, wie Teile der Arbeitspartei, deutliche Tendenzen, einseitige israelische Aktionen zu unterstützen, statt zu Verhandlungen mit den palästinensischen Behörden und Arafat zurück zu kehren.


Foto: Christian Ditsch/version

Die Ta'ayush-Aktivisten kamen zu einem Work Camp zu dem Palästinenserdorf Hirbet al-Watanum eine dringend notwendige Strasse zu bauen und Baeume anzupflanzen.

Illusionen zerstört

Die gesamte Friedensbewegung in Israel hatte gehofft, die internationale Gemeinschaft würde erkennen, dass die regionale Stabilität infolge der fehlenden politischen Lösung bedroht ist. Sie setzte darauf, dass die USA internationale Anstrengungen für einen Frieden koordinieren würden. Es ist seltsam, sich dieser kühnen Hoffnung zu erinnern, nur wenige Tage nach der berüchtigten Rede von Bush im Juni 2002, die gegen das palästinensische Volk gerichtet war.

Wir mussten erfahren: Die USA unter Bush ist daran interessiert, jede internationale Angelegenheit als eine Frage des Terrorismus entsprechend ihrem Verständnis zu definieren. Sie führen den »Krieg gegen den Terrorismus« nach ihrer eigenen Logik und mit ihren eigenen Zielen. Da hat es den palästinensischen Behörden auch nichts genutzt, sich auf die Seite der USA zu stellen. Es rettete sie nicht vor der Forderung, ihre nationalen Bestrebungen den Bedürfnissen Israels unterzuordnen; ein Staat, der als Nummer eins in der Region für den Kampf gegen den Terrorismus als Verbündeter bereit steht und ein potentieller Partner bei zukünftigen US-amerikanischen Abenteuern in der Region. In diesem Sinne ist das palästinensische Problem universal geworden. Die Besatzung der Gebiete, die als Basis für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes vorgesehen sind, passt George W. Bush ins Konzept. Der Status wird von den USA als Unterpfand für die totale Kapitulation aufrecht erhalten. Wie gut, dass George W. Bush uns daran erinnert hat, dass wir »entweder für oder gegen ihn« sind. Da fällt die Wahl leicht.

Falls es beim palästinensischen Volk und der israelischen Friedensbewegung an diesem Punkt noch irgendwelche Illusionen geben sollte, ist zu sagen: Beide müssen in einem langen und schwierigen Weg wieder ganz von vorn anfangen. Der Kampf wird nicht leicht sein, aber die Friedensbewegung hat bewiesen, dass sie in Notzeiten blühen kann. Sie benötigt dafür alle ihre moralischen, politischen und geistigen Kräfte.

Anmerkungen:

1 Die folgende Darstellung der israelischen Friedensbewegung bezieht sich nicht auf die Aktivitäten der palästinensisch-arabischen Bürger in Israel. Die wesentliche politische Dynamik im arabischen Bereich unterscheidet sich gravierend und muss gesondert dargestellt werden. Selbstverständlich aber ist: Eines der wichtigsten Kriterien für einen Erfolg der Friedensorganisationen ist es, gemeinsame jüdisch-arabische Aktivitäten zu entwickeln.

2 Anmerkung des Herausgebers: Diese Formel lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: »Es gibt einen politischen Weg aus diesem blutigen Kreislauf: Eine Antwort auf die arabische Friedensinitiative: voller Frieden gegen volles Territorium! Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967! Abbau der Siedlungen! Eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems im gegenseitigen Einverständnis!« (aus dem Flugblatt für eine von den radikalen Linken organisierte Demonstration, die Ende Juni in Tel Aviv stattfand)

Vorabdruck aus dem Buch »Gefangen zwischen Terror und Krieg«, erschienen in der Trotzdem Verlagsgenossenschaft, 2002.
siehe Anzeige auf Seite 17.

Naher Osten – Ferner Westen

Der Israel/Palästina-Konflikt und die Linke in der BRD

Wir sind ein gemischter Zusammenhang aus verschiedenen Teilen der radikalen Linken. Die meisten ordnen sich der autonomen Szene zu, einige sind aus dem Umfeld der Roten Flora oder dem Anti-AKW-Widerstand, andere arbeiten bei anderen Projekten der sozialpolitischen Linken mit und wieder andere sind seit einiger Zeit nicht mehr in festen Gruppen aktiv, sondern beteiligen sich aus ihrem privaten Umfeld heraus an wechselnden politischen Mobilisierungen.

Einig sind wir uns in der Unzufriedenheit über die innerlinke Diskussion zum Nahostkonflikt, die die Auseinandersetzung oft zu Glaubens- und Bekenntnisstandpunkten hat verkommen lassen. Wir haben uns zusammengefunden und wollen uns mit diesem Papier in die Auseinandersetzung einmischen. Einerseits, um damit eine Position zu beziehen, andererseits, um aus den identitären Frontlinien von »pro-israelisch« und »pro-palästinensisch« auszubrechen.

»Solidarität mit Israel heißt nicht automatische Affirmation ihrer Regierungs- bzw. Militärpolitik. Es gibt Zeiten, in denen der radikale Protest gegen die israelische Politik sich als tiefste Solidaritätsbekundung mit Israelis und Palästinensern in diesem ihrem unseligen Konflikt erweisen mag. Eine solche Zeit ist die gegenwärtige«
(Moshe Zuckermann[1]).

Die israelische Linke unter antideutschem Beschuss.

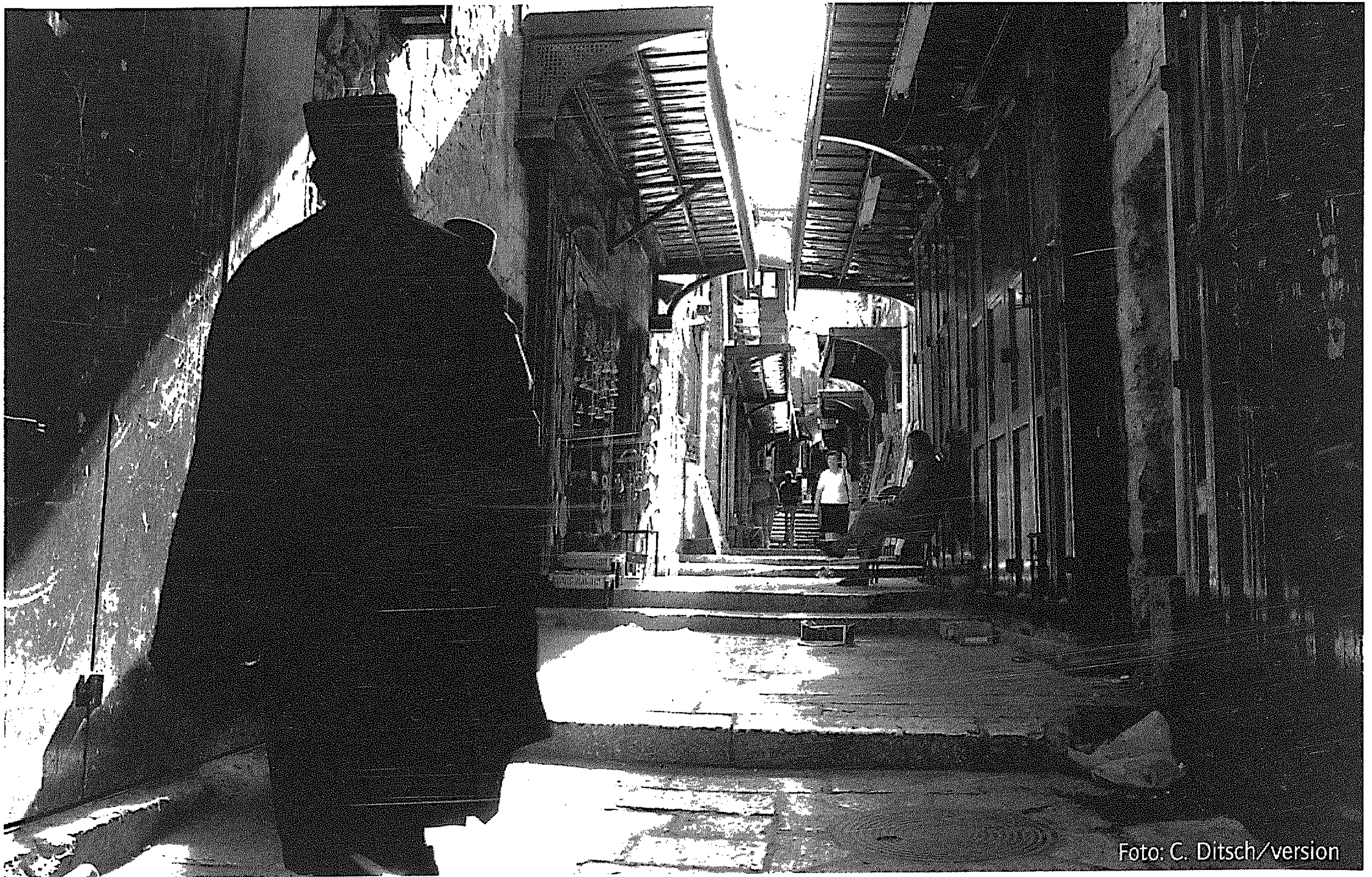
In der Forderung nach einer unbedingten Solidarität[2] mit dem Staat Israel findet ein solcher Beschuss als paternalistische und bevormundende Reaktion durch die antideutsche Linke statt. Denn die vermeintlichen Freunde Israels halten nichts von einer israelischen Friedensbewegung, die den Zionismus kritisiert, einen Staat Palästina anerkennen möchte und in Frieden und Ausgleich mit den PalästinenserInnen leben möchte.

In einem Flugblatt[3], das im Eingangsbereich der Roten Flora während einer Podiumsveranstaltung mit drei jüdischen Israelis aus der Friedensbewegung verbreitet wurde, wurde beklagt, dass die Veranstaltungsreihe lediglich darstelle, was in den eigenen antizionistischen Kram passen würde, »natürlich auch den unvermeidlichen Uri Avnery, der sich nicht zu schade ist, im Zentralorgan des deutschen Antisemitismus, der *Jungen Welt*« zu schreiben. Mal abgesehen von der Unverfrorenheit, als Antideutsche Linke die jüdischen VertreterInnen aus Israel über ihre Kollaboration mit dem Antisemitismus aufklären zu wollen, ist vor allem das Zitat über Uri Avnery[4] entlarvend.

Uri Avnery und andere jüdische KritikerInnen israelischer Machtpolitik werden in Antideutschen Publikationen als Abweichler an der jüdischen Sache, die dem Antisemitismus das Wort reden sollen, denunziert. Eigener Antisemitismus wird bei Antideutschen hierbei nicht mehr wahrgenommen und wird schon durch die eigene politische Positionsbekundung ausgeschlossen. Wer gegen Antisemitismus ist, kann vor dieser Logik kein Antisemit sein. Gegen Antisemitismus zu sein wird so lediglich zur Frage des Wollens, des Bekenntnisses gemacht und damit aus der historischen, gesellschaftlichen Dialektik gelöst. Es gibt aber keine einfachen Antworten, wir selbst sind Teil des Problems.

Ein Ausflug in die kritische Auseinandersetzung mit Sexismus und Rassismus wäre da angebracht. Wurde dort doch schon lange erkannt – zumindest in autonomen Zusammenhängen –, dass die Verneinung eigener Eingebundenheit in Unterdrückungsverhältnisse nur zu deren Fortbestand beiträgt.

Wer den Nahost-Konflikt für einseitige Parteinahme missbraucht, um sich vom Nationalsozialismus der Väter und Mütter reinzuwaschen, trägt zum Fortbestand des Konfliktes bei. Über einen äußeren Feind, von dem sich abgrenzt wird und den es zu bekämpfen gilt, werden eigene Antisemitismen nicht hinterfragt, sondern verleugnet. Wer seine Identität über den Konflikt bestimmt, für den würde die Beendigung des Konfliktes die eigene Zuordnung zur »guten Seite« infragestellen. In einer solchen Weltsicht braucht die Antideutsche Linke paradoxerweise den Konflikt, die SelbstmordattentäterInnen, die toten PalästineserInnen und Israelis zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Identität.



Orthodoxe Christen laufen durch die menschenleere Via Dolorosa in der Jerusalemer Altstadt. Seit Beginn der sogenannten Al-Aksa Intidada ist der Tourismus in Israel und insbesondere in Jerusalem fast vollstaendig zur erliegen gekommen. Viele Haendler in den sonst von Menschen überfüllten Basaaren mussten bereits ihre Geschäfte schliessen.

Antisemitismus in der Linken – zwischen „Anti-Zionismus" und „Solidarität mit Israel".

Im innerlinken Streit um Antisemitismus wird vielfach mit den Waffen der Zitatensammlung, Dokumenten der radikalen Linken und Interpretationen der politischen Praxis argumentiert. Das sieht gut aus, wirkt schlüssig und wissenschaftlich, ist aber oft nur ein oberflächliches Zitieren, das einer genaueren Analyse aus dem Weg geht. So bestimmt das gewünschte Ergebnis – die Abgrenzung, die eigene Identität – die Mittel, die für den Beweis herangezogen werden. Aber im Feld der politischen Positionierung ist es wichtig, die Subjektivität der politischen Herleitungsmechanismen – die eigene historische, gesellschaftliche Prägung – im Bewusstsein zu halten und sicher auch, dass die Sichtweise der Realität stets durch die eigene gesellschaftliche Utopie geprägt ist.

Ein von dem jeweiligen historischen und politischen Kontext losgelöstes Zitieren macht es z.B. erst möglich, aus einer politisch sicher problematischen, aber unserer Meinung nach nicht per se antisemitischen Boykottforderung israelischer Waren[5] ein »Kauft nicht bei Juden« zu basteln, das direkt am Nationalsozialismus und Holocaust anknüpft. So entstehen Diskurse, die in ihrer Wirkung dem Holocaust die Unvergleichbarkeit, die Singularität entreissen, um ihn zur politischen Herleitung für konkrete politische Ziele einzusetzen.

Wir halten es für einen verheerenden Umgang, wenn der sehr ernste Begriff des Antisemitismus nicht mehr zum Aufdecken von Gewalt, Herrschaftsstrukturen und Unterdrückungsverhältnissen verwendet , sondern zur Durchsetzung der eigenen politischen Position auf anderem Terrain leichtfertig eingesetzt wird. Wer z.B. eine antisemitische Internationale von der Roten Flora bis zur extremen Rechten zeichnet, der zerredet politische Begriffe bis zur Unkenntlichkeit[6].

Wir teilen die Einschätzung, dass es Antisemitismus auch in der Linken gab und gibt, und dies Genauigkeit bei der politischen Intervention und Sensibilität gegenüber eigenem Antisemitismus erfordert. Wir kritisieren aber eine Sichtweise, die aus der Auseinandersetzung um linken Antisemitismus wahlweise die Notwendigkeit zur uneingeschränkten Parteilichkeit mit dem Staat Israel oder eine politische Neutralitätsposition ableitet, die eine Nichtauseinandersetzung mit dem Konflikt meint.

Antisemitismus äußert sich für uns unter anderem in einer Sichtweise auf den Nahostkonflikt, die Israel lediglich als Konstrukt imperialistischer Interessen und als Bollwerk des Kapitalismus im arabischen Raum wahrnimmt. Denn ein solcher Blick blendet die antisemitische Geschichte in Europa und den Holocaust aus und reduziert Israel zu einem Handlanger des Kapitalismus.

Ausdruck des Antisemitismus ist für uns auch eine Schreibweise von manchen antiimperialistischen Palästinasolidaritätsgruppen, die in den achtziger Jahren Israel in Anführungsstriche gesetzt hat, um diesen Staat als illegitimes Gebilde darzustellen, das kein Existenzrecht besitzt. Am schwerwiegendsten sind für uns jedoch Anschläge, die den israelischen Staat treffen sollten und jüdische Einrichtungen in Deutschland zum Ziel hatten. Hier wird nicht mehr zwischen der jüdischen Bevölke-

rung hier und dem Staat Israel dort differenziert. Hier wird eine völkische Zuordnung hergestellt, die in ihrem Antisemitismus an Weltverschwörungstheorien anknüpft.

Ein völlig anderes Beispiel für einen unzulässigen Umgang mit dem Konflikt sind Vergleiche vom deutschen Nationalsozialismus mit der israelischen Besatzung. Solche Vergleiche verbieten sich ohne wenn und aber, denn sie negieren die Einmaligkeit der industriellen Vernichtung und geplanten Ermordung aller Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus.



Szene in der Jerusalemer Altstadt. Seit Beginn der sogenannten Al-Aksa Intifada ist der Tourismus in Israel und insbesondere in Jerusalem fast vollständig zur erliegen gekommen. Viele Händler in den sonst von Menschen überfüllten Basaaren mussten bereits ihre Geschaefte schliessen.
Rechts: Israelische Polizei patroulliert durch die Gassen und kontrolliert die Lizenzen der Händler.

Eine genaue Auseinandersetzung vermissen wir in der Diskussion um Zionismus und Antisemitismus. Wer die zentralen Schriften der jüdischen Nationalbewegung studiert[7], kommt nicht umhin zu bemerken, dass die Theorie des Zionismus von einem völkischen Nationalismus geprägt ist. Ein Widerspruch gegen diese politischen Werte ist geradezu zwingend. Kritik am Zionismus halten wir deshalb nicht per se für antisemitisch. Wenn sich eine solche Kritik allerdings in Begriffen wie »Antizionismus« verfestigt und dieser dann als Kampfbegriff im politischen Reisegepäck mitgeführt wird, dann bietet diese Verkürzung Andockmöglichkeiten für antisemitische Propaganda. Eine generelle Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus lehnen wir aber ab, da auch dies eine Verkürzung herstellt, die wir für unzulässig halten. Wer die Kritik am Zionismus als Antisemitismus übersetzt, der verdrängt nicht zuletzt auch die antizionistischen europäischen JüdInnen der Jahrhundertwende und die heutige antizionistische israelische Linke aus dem Bewusstsein.

Die Relativierung des Holocaust als ideologische Munition.

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre ist die ungebrochen fortschreitende Relativierung des Holocaust als Munition für Kriegsbefürworter aller Seiten. Mal kreuzt Sadam Hussein als Hitler auf, mal ein Bin Laden und wahlweise Arafat und Sharon. Vor lauter Hitlers und drohendem Holocaust in der Welt verschwindet die Realität der industriellen Vernichtung von Menschen im Nationalsozialismus hinter den Interessen derer, die diese Vergleiche für ihre politischen Interessen funktionalisieren.

Nicht nur amerikanische Präsidenten, deutsche Parteisprecher, orthodoxe JüdInnen oder fundamentalistische Muslime bemühen sich um diese Vergleiche, nein, auch die personifizierte Kritik an der »deutschen Identität« – die Antideutschen – sind in diesem vielstimmigen Chor dabei, wenn der »Koran« mit »Mein Kampf« verglichen und ein neues drohendes Auschwitz an die Wand gemalt wird.

Moshe Zuckermann[8] spricht in diesem Zusammenhang von einer Ideologisierung und Instrumentalisierung des Andenkens. Im Zentrum steht nicht das Gedenken an die Opfer und die Aufklärung über den Holocaust, sondern das politische Einsetzen dieses Begriffes in der deutschen und israelischen Außenpolitik. In Deutschland personifiziert Joschka Fischer diesen Ansatz, wenn er Auschwitz, deutsche Auslandseinsätze, den »Kampf gegen den Terror« und »Solidarität mit Israel« verknüpft. Die Abwicklung deutscher Geschichte, die neue Rolle Deutschlands und militärische Interventionen in der Welt werden über Relativierung, die Aufhebung der historischen Unvergleichbarkeit des Holocaust begründet und durch konstruierte Parallelen zu heutigen Ereignissen legitimiert.

Eine Relativierung zum politischen Gebrauch findet nach Moshe Zuckermann jedoch auch in Israel statt, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen. Moshe Zuckermann zitiert hierzu unter anderem den palästinensischen Knesset Abgeordneten Azmi Bishra[9], der darauf hinweist, dass der Holocaust instrumentalisiert werde, um die israelische Besatzung zu legitimieren, und obgleich sich das verheerende Verbrechen in Europa zugetragen habe, habe die »Wiedergutmachung« in Palästina stattgefunden.

Eine zentrale Streitfrage zum Holocaust ist neben der Frage um das »richtige« Andenken an die Opfer und der Frage nach den TäterInnen, auch immer wieder die nach den daraus zu ziehenden Lehren. Diese Frage berührt das linke Wertesystems eines und einer jeden Einzelnen. Im Bewusstsein unserer Verantwortung zur deutschen Geschichte ziehen wir weder den Schluß, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Israel unmöglich wäre, noch dass eine unhinterfragte Parteiergreifung für Israel notwendig oder gerechtfertigt ist.

Eine Lehre aus dem Holocaust ist, wie Felicia Langer[10] schreibt: »angesichts jeglichen Unrechts und Verbrechens nicht zu schweigen, sondern alle Formen von Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen und die Würde und Rechte der Menschen, wer auch immer sie sein mögen, zu verteidigen.«

Dem schließen wir uns an und wollen noch hinzufügen: und uns mit jeglichen Herrschaftsverhältnissen in den verschiedensten Ausprägungen und komplexen Vernetzungen wie Nationalismus, Patriachat, Sexismus, soziale Normierungen und Kategorisierungen (wie z.B. nach Geschlecht, nach Fähigkeiten und Erscheinungen), wie Kapitalismus und Imperialismus, Neoliberalismus, kapitalistische Globalisierung und Weiteren, auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen – und zwar nicht nach dogmatischen und fundamentalistischen Rezepten, sondern stets in seiner gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit.

Es geht uns nicht darum, die Legitimation und Eroberung von Macht zu unterstützen, sondern um deren

Auflösung. Und Solidarität heißt für uns immer auch das Aufbrechen von inneren und äußeren Herrschaftsverhältnissen. Dazu ist es notwendig – stets und immer wieder neu –, eigene Begriffe von Recht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand zu entwickeln.

Hieraus folgern wir unter anderem auch unser Verständnis für das Bestreben der jüdischen Bevölkerung nach einem sicheren Staat und der palästinensischen Bevölkerung nach einem eigenen und sicheren Staat. Hieraus folgert aber auch unsere Kritik an der israelischen Besetzung des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems und an der Erichtung von Siedlungen auf palästinensischem Gebiet. Und wir folgern daraus nicht zuletzt unsere Kritik an den ideologischen Wurzeln dieser Besetzung und unser Bemühen um eine Zusammenarbeit mit linken, progressiven Kräften in Israel und Palästina.


Foto: Jens Holst/ver...

Orthodoxer Jude auf dem jüdischen Friedhof auf dem Ölberg auf die Altstadt von Jerusalem mit der goldenen Kuppel des Felsendoms, dem Heiligtum der islamischen, jüdischen und christlichen Religion auf dem Tempelberg.

Der Zionismus - ein jüdisches Selbstbestimmungsmodell zwischen Kolonialismus und Befreiungsnationalismus.

In Denkstrukturen, die auf der Suche nach einer universellen Wahrheit sind, schließt sich Denken in Widersprüchen und Komplexität aus. Es wurde in der Vergangenheit zwar viel an Identitätspolitik und Freund/Feind-Denken kritisiert, doch immer noch scheint es manchen linken Bewegungen nicht möglich zu sein, sich von vereinnahmender und vereinfachender Parteinahme zu lösen. Und so scheint diesen heute auch eine Kritik am Zionismus als unmöglich, da sie das Existenzrecht Israels angreifen würde und aus diesem Kontext heraus antisemitisch sei.

Historisch betrachtet war die zionistische Siedlungspolitik ein Unrecht.[11] Aus der konkreten Bedrohung durch den europäischen Antisemitismus erwuchs bei vielen JüdInnen seit Anfang des 19. Jahrhunderts der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung. Aus dieser Stimmung heraus wurde Ende des 19. Jahrhunderts Palästina als das »Land ohne Volk, für das Volk ohne Land« betrachtet. Entsprach der zweite Teil noch der Realität vieler JüdInnen, so war der erste schlichtweg koloniales Wunschdenken. Dieses Denken war dabei beileibe keine zionistische Besonderheit. Es entsprach vielmehr der europäischen Auffassung um die Jahrhundertwende, dass der Kolonialismus ein notwendiger Schritt sei, um den Völkern Asiens und Afrikas die »Errungenschaften der Zivilisation« näher zu bringen und die »brachliegenden« Ländereien und Rohstoffe zu erschließen. Die positiven (und negativen) Elemente eines Befreiungsnationalismus wurden im Zionismus mit den destruktiven Elementen des europäischen Kolonialismus verknüpft.

Eine der Schlüsselfiguren der zionistischen Bewegung , Theodor Herzel, formulierte dies ganz im Sinne der europäischen Nationalstaaten: »Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen«[12]. Ein westliches Verständnis von Zivilisation, das noch heute aktuell ist, wie es zum Beispiel im »Kampf der Zivilisation gegen den Terror«, in den Berichten über Afghanistan oder den Irak – wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen – nach wie vor aufscheint. Jedoch war der Zionismus kein einheitliches, schon gar nicht gesamtjüdisches Konzept. Weite Teile der JüdInnen lehnten einen jüdischen Nationalismus ab. Auch innerhalb der zionistischen Bewegung gab es unterschiedliche Strömungen. Auf Anregung von Arthur Ruppin[13] wurde z.B. 1926 der British Shalom Bund gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die jüdisch-arabischen Beziehungen zu erforschen und das Verhältnis beider Gruppen zu verbessern.

Ausdrücklich lehnte Ruppin während des 16. zionistischen Kongresses 1929 in Zürich jedweden hegemonialen Herrschaftsanspruch der Juden in Palästina ab: »Wir sollten uns freihalten von dem Irrtum, der ein Jahrhundert hindurch Europa beherrschte und zu der Katastrophe des Weltkrieges führte, dass in einem Staat nur eine Nationalität herrschen kann [...] Wir wollen den Chauvinismus, den wir bei anderen Völkern hassen, auch bei uns bekämpfen.«[14] Zeitweise befürworteten zwar auch Personen wie David Ben Gurion[15] oder Chaim Weizmann[16] eine binationale Variante (ein Staat, zwei Völker), durchsetzen konnten sich solche Konzepte jedoch nicht.

Für große Teile der JüdInnen wurden diese Fragen spätestens mit Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland nebensächlich. Die Pogromstimmung und anlaufende Massenvernichtung stärkte das Nationalgefühl, und gegen den Widerstand der britischen Besatzungsmacht wurde die Einwanderung nach Israel forciert. Um eine sofortige mögliche Zufluchtsstätte vor der Vernichtung zu schaffen, war Palästina eine der wenigen Möglichkeiten.

Eine friedliche Koexistenz mit dem arabischen Bevölkerungsteil schien vor diesem Hintergrund nicht mehr möglich und sämtliche Stimmen, die dies einforderten, verloren in der zionistischen Bewegung an Einfluss. Die

Konsequenz bedeutete, dass die PalästinenserInnen zu den Leidtragenden einer Entwicklung wurden, die sie nicht zu verantworten hatten, denn der europäische Antisemitismus der Neuzeit ist die Ursache der zionistischen Bestrebungen gewesen. Der deutsche Antisemitismus hat diesen durch die angestrebte Endlösung zu einer Frage des Überlebens werden lassen.

Als Fazit bleibt für uns stehen, dass die Vertreibung der PalästinenserInnen ein Unrecht war, das durch den Holocaust zwar nachvollziehbar, aber als Ideologie und Praxis dennoch nicht als legitim betrachtet werden kann.

Dies darf dennoch den heutigen Staat Israel nicht in Frage stellen. Denn es gilt für alle in Israel und Palästina, aus der Logik der Aufrechnung, des Opferzählens und des Anmeldens von Ansprüchen aus historischen Ereignissen auszubrechen und Verständigung zu suchen; die wahrscheinlich einzige Chance für einen gerechten Frieden, der nicht Totenstille meint.

Die Verbrechen Deutschlands und Europas werden durch dieses Ausbrechen aus der Logik der Aufrechnung im Nahostkonflikt keineswegs entschuldet. Die Parole »kein Vergeben, kein Vergessen« behält seine Gültigkeit. Die Erinnerung an den Holocaust und der Kampf gegen Antisemitismus und Faschismus behalten ihre Aktualität.

Nationalstaaten als Vorraussetzung zur Überwindung des Nationalismus.

Die Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt ist nach wie vor ein politisches und persönliches Minenfeld. Die komplexe eigene Verwobenheit mit diesem Thema durch die deutsche Geschichte und eigenen Antisemitismus, Antiislamismus oder Rassismus macht eine Positionierung schwer. Zudem ist es kaum möglich, eine »richtige« Seite einzunehmen. Wer es versucht, wird meist lediglich zum Protagonisten einer unbedingten Parteinahme mit den nationalen Strömungen in Israel oder in Palästina.

Diese unbedingten Parteinahmen reproduzieren lediglich die dogmatisch/fundamentalistischen Strömungen des dortigen Konflikts – klammern die Widersprüche und kritischen Ansätze aus und tragen so lediglich zu einer diskursiven Eskalation des Konfliktes bei.

Als Vorschlag für eine Lösung des Konflikts hat Uri Avnery als Sprecher der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom für diese 80 Thesen[17] in der israelischen Tageszeitung Ha'aretz veröffentlicht. Dort heißt es u.a.:

»Mit einem neuen Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart muss das neue Friedenslager einen Friedensplan erarbeiten, der auf folgenden Grundlagen beruht:

- Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet.
- Die „Grüne Linie"18 wird die Grenze zwischen den beiden Staaten. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.
- Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt.
- Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein.
- Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten – West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. [...]
- Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das auf gerechten, fairen und praktischen Erwägungen beruht und die Rückkehr auf das Gebiet des Staates Palästina, auf das Gebiet des Staates Israel und Entschädigungen einschließt.[19]
- Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.
- Die Sicherheit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen garantiert, das die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels wie Palästinas berücksichtigt.
- Israel und Palästina werden mit andern Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine Nahost-Gemeinschaft nach dem Modell der Europäischen Union zu errichten.«

Diese Vorschläge bieten für uns einen Anknüpfungspunkt für die weitere Diskussion innerhalb der BRD-Linken zum Israel/Palästina Konflikt.

Die israelische Regierung ist für uns die derzeit entscheidende Kriegspartei, die einer Friedenslösung im Wege steht. Mit dem nach wie vor betriebenen Aufbau von neuen Siedlungen[20] und mit staatlich legitimierten Militäraktionen, die mittels Todeslisten vermeintliche und tatsächliche Attentäter und Führungspersonen der verschiedenen Strömungen des palästinensischen Widerstandes ermorden, durch den Einmarsch in Flüchtlingslager und durch Massenverhaftungen der Zivilbevölkerung eskaliert diese Politik den Konflikt und macht den Konflikt zum Krieg. Auf der anderen Seite dieser Gewaltspirale stehen menschenverachtende Selbstmordattentate von PalästinenserInnen auf die jüdische Zivilbevölkerung, die für uns ebenfalls Verbrechen sind und die eine Friedenslösung immer schwieriger erscheinen lassen.

Der israelische Friedensblock Gush Shalom erklärte hierzu am 18.06.2002 nach einem neuen schweren Selbstmordanschlag:

»Heute wurden weitere 19 Menschen auf dem sinnlosen Altar der andauernden Okkupation in der West Bank und dem GazaStreifen geopfert. Das Besatzerregime, welches seit 35 Jahren andauert – fast zwei Drittel der gesamten israelischen Geschichte –, ist der fruchtbare Boden aus Hass und Verzweiflung, auf welchem die Selbstmordattentäter gedeihen. Die andauernde Verweigerung von Grundrechten für die Bevölkerung der besetzten Gebiete, insgesamt dreieinhalb Millionen Menschen, treibt einige dieser Menschen zu abscheulichen Taten, dem beliebigen Töten von israelischen Zivilisten. Diese verurteilenswerten Taten spielen direkt in die Hände Sharons und der extremen Rechten. Bei aller Abscheulichkeit der Attentate, es ist sinnlos, diese mit militärischen Einsätzen beenden zu wollen, weder mit Bomben aus der Luft, noch mit Invasionen. (...) Nur eine Beendung der Besatzung durch politische Entscheidungen, welche die Wünsche der Palästinenser berücksichtigen, können das Phänomen der Selbstmordattentate an der Wurzel bekämpfen und den jungen Palästinen-

sern, aus deren Reihen die Attentäter angeworben werden, neue Hoffnung bringen.«[21]

Die Bilder des bombardierten dichtbesiedelten Wohngebietes in Gaza-Stadt[22] sind ein Beispiel dafür, dass ein Kampf gegen SelbstmordattentäterInnen keine militärische Intervention legitimieren kann. Eine Friedenslösung wird nur über eine Abkehr der israelischen Politik der Stärke und Vergeltung führen.

Die israelische und palästinensische Linke, gemeinsame Organisationen wie »Gush Shalom«, das »Komitee gegen Häuserzerstörungen« oder das »Alternativ Information Center« sind für uns ein positiver Bezugspunkt im Nahostkonflikt. Für die Linke hier gilt es, Kontakte zur undogmatischen palästinensischen und israelischen Linken und Friedensbewegung aufzubauen und diese zu unterstützen, deutsche Interessen im Konflikt anzugreifen und eine Diskussion über Möglichkeiten der Kritik und Solidarität zu entwickeln. Wichtig ist auch, linke israelische und palästinensische WissenschaftlerInnen, Kulturschaffende aus Theater, Film, Medien, Literatur und Bildung wahrzunehmen, die auch die Sichtweise der jeweils »Anderen« einbeziehen und ein kritisches Verhältnis zu Vergangenheit und Gegenwart entwickeln.[23] Unterstützung und die Verbreitung von deren Projekten sind ein mögliches Beispiel für praktische Solidarität im Nahostkonflikt.

Eine Zusammenarbeit mit antisemitischen oder antiarabischen Gruppen lehnen wir ab. Das heißt z.B., wir werden nicht mit Organisationen, die Hamas, Dshihad al-Islami oder den Al Aksa Brigaden nahe stehen, auf die Strasse gehen, um Israel zu kritisieren. Die durch den Holocaust geprägte Geschichte Deutschlands macht besondere Verantwortung und Wachsamkeit gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz erforderlich. Wir halten es aber gerade deshalb für notwendig, eigene Aktionsformen zu entwickeln, um den politischen Druck der undogmatischen linken Bewegungen in Israel und Palästina gegen die israelische Besatzung zu unterstützen. Für diesen Prozess ist es notwendig, eigene politische Standpunkte gegen die israelische Besatzung zu entwickeln und diese öffentlich zu vertreten. Für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Menschen sind für uns von zentraler Bedeutung:

- die Anerkennung des israelischen Staates,
- die Schaffung und Anerkennung eines palästinensischen Staates,
- die Anerkennung des Widerstandsrechtes der Palästinenser gegen die Besatzung,
- die Verurteilung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Israel und Palästina,
- die Verurteilung von Rassismus, Antiislamismus und Antisemitismus.

Wir denken nicht, dass eine gemeinsame Friedenslösung relevanter, gesellschaftlicher Strömungen in Israel und Palästina der alleinige Schlüssel zur Beendigung des Konfliktes wäre.

Zu viele regionale und globale Interessen spielen auf diesem Terrain eine Rolle. Die Entschlüsselung der vielfältigen Interessen bleibt eine Aufgabe für die weitere Auseinandersetzung. Uns geht es mit diesem Text darum, eine Perspektive aufzuzeigen, die Ausgangspunkte erklärt und politische Ziele formuliert, und die eine solche Auseinandersetzung möglich machen soll.



Strassenszene in der Altstadt von Bethlehem. Ein traumatisiertes Kind streichelt das Plakat eines getöteten »Märtyrers«.

Es ist notwendig, den Konflikt und mögliche Lösungen in ihrem historischen, gesellschaftlichen Kontext, und sich selbst als Teil des Problems zu begreifen. Dies bedeutet, Position zu beziehen gegen fundamentalistische und dogmatische Bevormundung, gegen Besserwisserei und Überheblichkeit, und gegen intellektuellen Kolonialismus, der Israelis und PalästinenserInnen sagen will, wo es lang geht.

Eine wichtige Vorraussetzung für die Zusammenarbeit hier in der BRD ist, dass es um die Menschen in Israel und Palästina geht und nicht um eine deutsche Geschichtsabwicklung und Vergangenheitsbewältigung á la Bahamas-Redaktion, Jürgen Möllemann oder Joschka Fischer. Keine Kritik an Unrecht hat Vergleiche nötig. Sie verwirren in der Regel den Blick und erleichtern es, von den eigentlichen Interessen abzulenken.

Israel und Palästina – das Ende differenter Lebensentwürfe?

Dürfen Deutsche Israel kritisieren? Können JüdInnen rassistisch sein? Sind unterdrückte Palästinenser im Wider-

stand antisemitisch? Jede vereinfachende Antwort auf solche Fragen trägt den Geschmack der Heuchelei und Funktionalisierung für eigene Interessen in sich. Kritik ist Voraussetzung für Solidarität und gemeinsame Entwicklung. Ohne solche kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Politik wird die deutsche Linke ihren Antisemitismus nicht überwinden, da sie sich fortwährend eine jüdische Identität als Projektion der Shoa konstruiert. Wer aber nicht den Menschen sieht, sondern nur die ihm zugeschriebene Rolle, die er zu erfüllen hat, reproduziert so den Antisemitismus, den er angeblich zu bekämpfen sucht.

Deutlich drückt sich dieses Verhältnis darin aus, wenn heute Kapitalismuskritik pauschal mit Antiamerikanismus und daraus folgernd mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Hier lebt der »ewige Jude« fort, der angeblich als Vorstandsvorsitzender und Geldverleiher die Wirtschaft kontrollieren und nach der Weltmacht streben soll. Sicherlich gibt es auch politische Strömungen, die solche Bilder aufgreifen.[24] Der Rückschluss aber, Kritik an internationalen Konzernen, an Neoliberalismus und kapitalistischer Globalisierung greife diese Sichtweise per se auf, befreit das Denken nicht von antisemitischen Konstrukten, sondern lässt gerade diese als Abbildung weiter durchscheinen.

Seit Anfang der neunziger Jahre wird verstärkt um Begriffe wie Gender, Geschlechterkategorisierung, Queer oder überhaupt um die Rolle gesellschaftlicher Kategorisierung für Herrschaft, diskutiert. Bei diesen Begriffen geht es in erster Linie darum, aus bipolaren Denkkonzepten auszubrechen. Es werden Ansätze von Subjektivität gesucht, ohne in eine Identitätsfalle zu geraten. Es gibt nicht nur zwei Seiten einer Sache, sondern den Blick hinter diese konstruierten Zuordnungen.

Der Diskurs um die oben genannten Begriffe findet sein Ende und seine Konterkarierung im Nahostkonflikt, wenn sich in Zuordnungen wie »die Juden« und »die Palästinenser« als einheitliche Kollektive versucht wird. Eigene Erfahrungen, Widersprüche und Utopien kommen nicht mehr vor, stattdessen werden Theorien abstrakt konstruiert und gegeneinandergestellt.

Wer schreibt denn noch über die Werte, Ängste und Hoffnungen, von israelischen und palästinensischen Jugendlichen, Transsexuellen, Schwulen/Lesben, oder undogmatischen Linken. In der derzeitigen Diskussion tauchen diese auseinanderstrebenden Lebensentwürfe nicht mehr auf.

Auf die eine Seite wird Auschwitz gestellt – auf die andere Sabra und Schatila[25]. Dazwischen Juden und Araber nur noch als Objekte ihrer ethnischen und religiösen Geschichte. Funktionalisiert als Opfer, Kriegshelden und Märtyrer. Eingesetzt als Schachfiguren auf dem Schlachtfeld ideologischer Hegemonialbestrebungen.

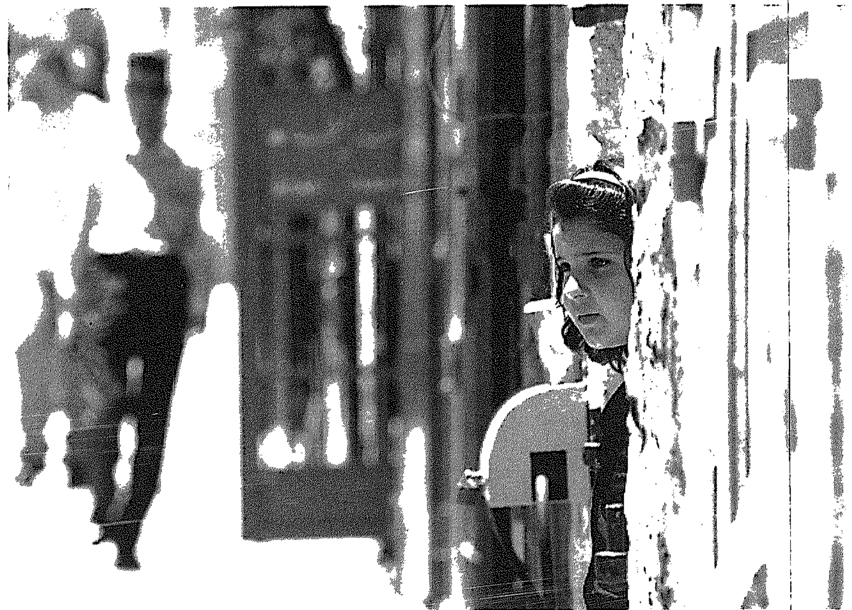
Eine Wahl scheint es vor diesem Hintergrund nicht zu geben, nur das Leben, Kämpfen und Sterben als Angehörige(r) des jüdischen oder palästinensischen Kollektivs.

Wir wollen sie aber nicht aufgeben, die Solidarität mit unseren GefährtInnen, die an den Wahrheiten, den aufgezwängten Rollen und der Gegebenheit der politischen Verhältnisse zweifeln und sie zu verändern suchen.

Wir wollen festhalten an der Solidarität mit denen, die diese Verhältnisse stören, die ausbrechen, die sich

möglicherweise verirren, die Spuren in eine bessere Zukunft legen. An ihnen orientiert sich unser politisches Verhältnis, unser Wunsch nach Kommunikation und unser hedonistisches Bedürfnis nach Lebensfreude und Befreiung.

Kontakt:
Mail: nofw@gmx.de
Postfach: nofw c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg



Anmerkungen

1 Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz-Überlebenden, die 1948 nach Tel Aviv emigriert waren, wurde dort 1949 geboren. 1960 kehrten seine Eltern aus ökonomischen Gründen in die BRD zurück. Moshe Zuckermann lebte bis 1970 in Frankfurt/Main und zog dann wieder nach Israel. Heute ist er Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Er hat unter anderem das Buch "Zweierlei Holocaust-Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands" (Wallstein Verlag - 1998) herausgegeben.

2 "Die unparteiische Art, Partei zu ergreifen" Flugblatt von "Einige Kommunisten und KommunistInnen" (2002), s. Archiv der Sozialen Bewegung, Flora.

3 ebenda

4 Uri Avnery wurde 1923 in Beckum/Westfalen geboren. 1933 wanderte er mit seiner Familie nach Palästina aus. Er kämpfte 1948 auf Seiten Israels im Krieg, war mehrfach Mitglied der Knesset und gründete 1992 gemeinsam mit anderen die Gruppe Gush Shalom (israelischer Friedensblock).

5 Wir beziehen uns dabei auf die Kampagne, die Mitte der AchtzigerJahre von linksradikalen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen in Anlehnung an den Südafrika-Boykott gestartet wurde und die ihren umstrittensten Ausdruck in einem Wandbild an der Hamburger Hafenstrasse fand.

6 Dieser Vergleich tauchte in "Der Anschlag und die Linken" - einem antideutschen Flugblatt zu einer Veranstaltung, die im Hamburger Kölibri am 17.04.2002 stattfinden sollte, auf. Solche Schulterschlüsse werden aber auch von der Bahamas und auf antideutschen Plakaten vertreten, s. Archiv der Sozialen Bewegung, Flora.

7 z.B: "Autoemanzipation" von Leon Pinsker(1882); "Israels Heilung" von Isaak Rülf(1883); "Der Judenstaat" von Theodor Herzl (1895); "Revisionismus" von Richard Lichtheim(1931); "Reden und Aufsätze (1906-36)" von Chaim Weizmann.

8 s. Fußnote 1; vgl. Zuckermann - "Zweierlei Holocaust", Nachwort ab S.165.

9 Moshe Zuckermann, "Zweierlei Holocaust" (S.173), nach Azmi Bishra, "Die Araber und der Holocaust" in Zmanim, Nr.55 (1995), S. 54 - 71 (hebräisch).

10 Felicia Langer, "Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser", Lamuv Verlag, Göttingen, 2001.
Felicia Langer, in Polen geborene Jüdin, als Kind mit der Familie vor den Nazis geflohen, nach dem Krieg nach Israel ausgewandert. Mehr als 20 Jahre hat sie als Anwältin PalästinenserInnen juristisch verteidigt. Seit 1990 lebt sie in der BRD.

11 s. auch Fußnote 17, Thesen von Uri Avnery.

12 „Der Judenstaat" - Theodor Herzel (1895).

13 Arthur Ruppin (geb. 1867 in Deutschland) war Soziologe und leitete ab 1908 das Eretz Israel Büro der Zionistischen Organisation in Jaffa, das für Landerwerb und den Aufbau von Siedlungen verantwortlich war. Ab 1926 lehrte Ruppin Soziologie der Juden an der Hebräischen Universität. Er half bei der Ansiedlung deutscher Einwanderer während des Aufstiegs des Nationalsozialismus. Er starb 1943 in Jerusalem.

14 Stenographisches Protokoll des Kongresses - zitiert nach "Zionismus - Texte zu seiner Entwicklung" von Julius H.Schoeps; 2. überarbeitete Auflage (1983); ISBN 3-921695-85-6.

15 David Ben Gurion; Geboren 1886 als D. Grün, gestorben 1973, israelischer Politiker polnischer Herkunft; Mitgründer und Führer der Mapai (1930-65); 1948-53 erster Ministerpräsident und Verteidigungsminister, 1955-63 wieder Ministerpräsident.

16 Chaim Weizmann; (1874-1952), israelischer Politiker; geb. in Weißrußland, 1918 leitete er die zionistische Palästina-Kommision, 1920-30 und 1935-46 Präsident der Zionistischen Weltorganisation. 1948-49 Präsident des provisorischen Staatsrats, seit Februar 1949, bis zu seinem Tode 1952, erster Staatspräsident Israels.

17 "Israel und Palästina: 80 Thesen für ein neues Friedenslager. Ein Entwurf der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom", www.friedensratschlag.de

18 Grenze von 1967 (vor dem 6-Tage-Krieg).

19 „Das Recht auf Rückkehr", Uri Avnery, aus: „Israel, die Palästinenser und wir", Marxistische Blätter - Special, Juli/August 2001.

20 Während 1991 (z. Zt. des Oslo-Vertrags) etwa 90.000 israelische SiedlerInnen auf palästinensischem Territorium lebten, waren es im Jahr 2000 schon über 200.000.

21 Presseerklärung von Gush Schalom vom 18.06.02 (übersetzt aus dem Englischen); Kontakt: www.gush-shalom.org, info@gush-shalom.org

22 Bei einem israelischen Raketenanschlag am 25.07.02 auf Salah Schehada, den Militärchef der Hamas in Gaza, sterben insgesamt 15 ZivilistInnen und über 100 wurden verletzt. Von Israels Premierminister Ariel Sharon wurde die Ermordung von Schehada dennoch als „großer Erfolg" bezeichnet.

23 Z.b. Ilan Pappe, Dozent für Politikwissenschaft an der Haifa University u. Akademischer Direktor des Research Institute for Peace (Friedensforschungs-Institut) in Givat Haviva. Von ihm stammen zahlreiche Veröffentlichungen. Er hat die Theorie einer postzionistischen Gesellschaft in Israel mitentwickelt und ist einer der führenden new historians, die die herrschende israelische Geschichtsschreibung kritisieren. Unter anderem deshalb droht Pappe jetzt auf Betreiben der Universitätsleitung von Haifa die Entlassung und das Ende seiner akademischen Karriere.

24 Bekanntestes Beispiel aus der BRD dürfte der ehemalige linksradikale Horst Mahler sein, der heute als Funktionär der rechtsextremen NPD ein solches Bild entwirft.

25 Zwei palästinensische Flüchtlingslager im Libanon, in denen 1982 mit Billigung des damaligen Verteidigungsministers und jetzigen israelischen Regierungschef Ariel Sharon Massaker durch libanesische christliche Milizen stattfanden.

Antideutsche Kriegsführung

Ein Lehrgang für AnfängerInnen und Fortgeschrittene

Wenn im folgenden von ›Antideutschen‹ die Rede ist, dann ist damit eine Positionierung gemeint, die sich eigentlich in Gegnerschaft zu Kapitalismus, (deutschem) Nationalismus und Imperialismus wähnt, aber – aufgrund außergewöhnlicher Umstände – davon absieht, um an der Seite der US-Alliierten etwas noch ›Schlimmeres‹ zu verhindern. Im Zentrum vieler antideutschen Argumentationsfiguren steht deshalb die Begründung eines Ausnahmezustandes, der das ›eigentlich richtige‹, sprich das eigene politische Handeln, zugunsten einer Kriegsbefürwortung suspendiert, die mit den us-alliierten Kriegen gegen die »Achse des Bösen« zusammenfällt.

Die Paradoxie, das ›eigentlich falsche‹ für das ›jetzt richtige‹ zu halten, ist nicht besonders originell und schon gar nicht einmalig. Das Ganze hat Geschichte – und wenn sie sich wiederholt, dann als Farce.

Die bellizistische Linke machte von sich reden, als sie im Zuge des us-alliierten Krieges gegen den Irak 1991 antifaschistisches Gedankengut in die Kriegsschatulle der Kriegskoalitionäre warf, um so dem stink-normalen imperialistischen Krieg eine moralische und politische Legitimation zu verleihen.

»...von der FAZ bis zu den Autonomen reicht die Gemeinschaft derer, die sich klammheimlich darüber freuen, dass dem ›großen Teufel Amerika‹ nun dasselbe Schreckliche widerfährt wie dem ›kleinen Teufel Israel‹.« Bahamas

Zwischen dieser bellizistischen Linken und den Antideutschen besteht aber auch ein Unterschied.

Als die bellizistische Linke 1991 den US-alliierten Krieg gegen den Irak befürwortete, lag das Epizentrum politischer Erschütterungen noch in der Mitte einer linken, liberalen und pazifistisch-gesinnten Öffentlichkeit. Sie sollte auf Kriegskurs gebracht werden. Am besten war sie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Mit der Konversion antifaschistischer Denkfiguren zu kriegstauglichen Begründungen hatte die bellizistische Linke staatstragende Bedeutung erlangt – was sich bis ins deutsche Außenministerium hinein bezahlt machte.

Heute streitet die ›liberale‹ Öffentlichkeit nicht mehr über das prinzipielle ›Ob‹, sondern über das nuancierte ›Wie‹. Heute streitet die ›liberale‹ Öffentlichkeit nicht mehr über die Notwendigkeit von Krieg, sondern über den notwendigen Grad der Enttabuiiserung des Militärischen. Dieser Transformationsprozeß kann als abgeschlossen bezeichnet werden. Der Umbau der Grünen von einer pazifistischen (Oppositions-)Partei hin zu einer kriegsführenden (Regierungs-)Partei in weniger als 10 Jahren fügt sich darin nahtlos ein.

In diesem Kontext sind antideutsche Kriegsbegründungen und- befürwortungen bedeutungslos. Sie werden als Argumentationshilfen und –(Kriegs-)anleihen nicht mehr gebraucht.

Mit dem folgenden Beitrag möchte ich den Versuch unternehmen, aus dem mittlerweile ermüdenden Kreislauf antideutscher Beiträge und entsprechender Widerreden auszuscheren. Meine Absicht ist, einen Grundriss zu zeichnen, der sich aus den verschiedenen antideutschen Kriegsbeiträgen ergibt.

Nicht alle antideutschen Positionen münden automatisch in Zustimmung von US-alliierten Kriegen. Genauso wenig sind alle Kritiken an antisemitischen Positionen in der radikalen Linken, an nationalen Befreiungskonzepten und antiimperialistischen Strategien nur deshalb falsch und unbedeutend, weil sie in einen antideutschen Diskurs miteingebunden sind.

Mir geht es also nicht um personelle Zuschreibungen, sondern um die Architektur des antideutschen Kriegsdiskurses. Damit einher geht der Anspruch, an den verschiedenen Knotenpunkten antideutscher Erzählweisen inne zu halten, um Gegenpositionen deutlich zu machen.

Antideutsche, antinationale Positionen haben sich nicht neu erfunden. Sie sind aus der Kritik all zu schlichter und einfacher Imperialismusanalysen und Solidaritätsbekundungen (von ›USA-SA-SS‹ bis hin zum ›Sieg im Volkskrieg‹) hervorgangen. Sie wuchsen an der Kritik einer internationalistischen Solidaritätsarbeit, die die eigenen Kämpfe um Befreiung an die Guerilla in Latein- und Mittelamerika delegierte, die den bewaffneten Kampf am Feind maß und nicht an den gesellschaftlichen Vorstellungen, die darüber hinauswiesen.

Es gehört zur Ironie antideutscher Begebenheiten, dass sie sich aus und in diesen (produktiven) Brüchen und Widersprüchen entwickelten, um mit ihrem neugeschaffenen Weltbild – unter anderen Vorzeichen – dort zu enden, wo selbst die politischen Kurzschlüsse der 70er und 80er Jahre nicht hinreichten.

Ich werde mich im folgenden i.w. auf die Stellungnahmen und Ereignisse rund um den in Afghanistan begonnenen US-Alliierten (Welt-)Krieg 2001 konzentrieren.

Antideutscher Ausnahmezustand (im Inneren)

Mit geradezu insulanischem Weitblick inspizierte die ›Bahamas‹ die innerdeutsche Kampffront nach den Anschlägen vom 11.9.01: »...von der FAZ bis zu den Autonomen reicht die Gemeinschaft derer, die sich klammheimlich darüber freuen, dass dem ›großen Teufel Amerika‹ nun dasselbe Schreckliche widerfährt wie dem ›kleinen Teufel Israel‹.«

»Kaum fielen die ersten Bomben auf Afghanistan, machten die Friedensfreunde von DKP bis NPD, von Horst Mahler bis Günter Grass an der Heimatfront mobil.« (Andrea Albertini, Jungle World vom 17.10.01).

Und zur Abrundung dieses Sittengemäldes sei Tjark Kunstreich aus der Jungle Word vom 13.2.02 zitiert: »Der schon legendäre antisemitische Bekenntnisdrang auf Indymedia nach dem 11.September war keineswegs eine vorübergehende Erscheinung ... Wo deutsche Linke sich zusammenrotten, fasst man auch schon mal Mut, es den ›Judenknechten‹ und ›Zionistenschweinen‹ zu zeigen: So auf Demonstrationen in Düsseldorf, Freiburg und unlängst anlässlich des alljährlichen Totentanzes an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin, wo Leute mit proisraelischen Transparenten beschimpft bzw. von den Veranstaltern ausgeschlossen wurden ... Mit anderen Worten: Was der politischen Klasse die Walser-Rede war, ist der deutschen Linken der 11.September.«

Der Bogen war gespannt. Er reicht von der NPD bis zur politischen Klasse, von DKP bis zur PDS, von der deutschen Linken bis zu den Antiimperialisten hier in Deutschland. Eine unheilvolle Allianz von Mitgliedern und Sympathisanten des »islamistischen Terrors«. Ein Stimmungsbild, aus dem nur eines herausragt: Der antideutsche Leuchtturm, einziger Lichtblick inmitten einer pechschwarzen Nacht.

Antideutsche Außenansichten

Der Innenansicht muss eine Beschreibung der Weltlage folgen, die dahinter nicht abfallen darf. Nur einen Tag nach den Anschlägen auf das Word Trade Center und das Pentagon (amerikanisches Verteidigungsministerium) am 11.9.2001 wusste die US-Regierung alles, was ihnen in den monate- und jahrelangen Vorbereitungen für diese Anschlagsserie entgangen ist: Bin Laden ist der geistige Drahtzieher dieser Anschläge, Al Qaida die weltweit agierende Organisation, die Taliban in Afghanistan die »Herberge« und zwischen 5 und 60 Staaten, die solche Angriffe auf die eine und andere Weise unterstützen.

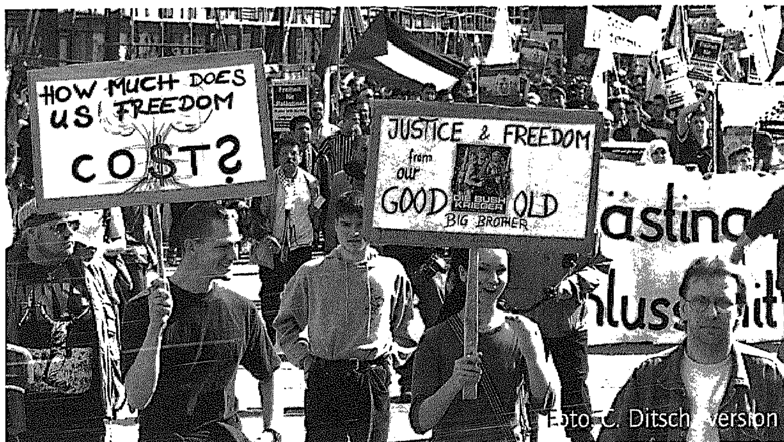
Ein wenig später, dafür wieder auf der Überholspur, wussten antideutsche Krieger nicht nur genau dasselbe. Sie wussten mehr, um nicht zu sagen, die ganze Wahrheit: »Die antisemitische Komponente (der ›massenmörderischen Angriffe‹) ist unübersehbar« (Andrea Albertini, Jungle World vom 17.10.01). Bei den Anschlägen handele es sich um »ein faschistisches Massaker eliminatorischer Antisemiten« (Flugblatt antifaschistischer Gruppen aus NRW).

Warum taucht in der Analyse nur das World Trade Center als Angriffsziel auf, das sich in der Tat für antisemitische Projektionen hervorragend eignet? Wo bleibt die Ausdeutung des Angriffes auf das amerikanische Verteidigungszentrum, das Einbeziehen anderer, gescheiterter Angriffsziele?

Wenn eine Analyse nur annähernd an die Motive der Attentäter heranreichen will, dann muss diese doch zu aller Erst die Tatsache zur Kenntnis genommen werdennehmen, dass der Angriff auf das World Trade Center, der Angriff auf das amerikanische Verteidigungszentrum, und der mutmaßlich fehlgeschlagene Anschlag auf das Weiße Haus als eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte Aktion begriffen werden muss!

Eine solche an sich banale Redlichkeit würde jedoch das erwünschte Ergebnis irritieren. Genau dieses wollten sich antideutsche Analytiker auch nicht von den Attentätern nehmen lassen.

Fakt ist, dass man bis heute über die Motive und Hintergründe der Täter nichts weiß. Genau so richtig ist, dass über die antisemitische Deutung dieser Anschläge nicht alleine die Intention der Attentäter entscheidet. Nicht minder wichtig ist die Beantwortung der Frage: Wie werden diese Anschläge ›gelesen‹?



Ostermarsch in Berlin

Es gibt unzählige Versuche, die Anschläge ideologisch zuzuordnen. So unterschiedlich die gesellschaftlichen und politischen Kontexte, so unterschiedlich die macht-politischen Standorte sind, aus denen heraus diese Anschläge beurteilt werden, so unterschiedlich fallen die Ausdeutungen aus.

Für den US-Präsidenten Bush wurde »Amerika« Angriffsziel, »weil wir in der Welt die strahlendste Fackel der Freiheit und der Selbstverwirklichung sind.« (FR vom 13.9.01)

NATO-Generalsekretär Robertson will die Anschläge als »nicht hinnehmbaren Angriff auf die Demokratie« (FR vom 12.9.01), Bundeskanzler Schröder will sie als »Krieg gegen die USA ... als Krieg gegen die zivilisierte Welt« (FR vom 20.9.01) verstanden wissen.

Einige halten gar einen »Angriff auf die us-amerikanische Intelligentsia« für nicht ausgeschlossen, denn: »Manhatten hat vermutlich die weltweit höchste Dichte an Schriftstellern und Denkern pro Quadratkilometer aufzuweisen.« (FR vom 2./3.10.01)

Da es keine eigene Untersuchungen dazu gibt – weder von Antideutschen, noch von der radikalen Linken – sind wir auf die Auswertung bürgerlicher Öffentlichkeit angewiesen, deren Hegemonialität als Bewusstseinsindustrie auch von Antideutschen nicht (ernsthaft) bestritten werden kann. Wenn man all dies einigermaßen nüchtern anerkennt, dann kann eines recht sicher festgehalten werden: Die Anschläge vom 11.9.01 werden nicht im antisemitischen Kontext gelesen und verstanden. Zentral ist vielmehr der Versuch, sie als Angriff auf die ›westliche Zivilisation‹ zu deuten.

Anstatt sich der politischen Bedeutung dieser Ausdeutungen zu stellen, anstatt zu begründen, warum diese Ausdeutungen ohne Belang sind, genügt sich die antideutsche Analyse mit einem schein-radikalen Gestus.

Warum neben dem Antisemitismus, andere reaktionäre Ideologien keine Erwähnung und Einordnung erfahren, hat gute Gründe. Denn knapp hinter der scheinradikalen Geste findet ein Rückgriff auf genau jene Ideo-

logien statt, die nun auch Antideutsche zur Rettung der Welt bereithalten: Antiarabismus, reaktionäre Kulturalismen und zu guter Letzt abendländische Zivilisationstheoreme.

Ich werde später darauf noch ausführlicher zurückkommen.

Für die Behauptung, dass diese Anschläge nur antisemitisch zu verstehen und zu werten sind, verweisen Antideutsche nicht nur auf Neonazis und antiamerikanische Ressentiments, die ohne viel Federlesens kurzgeschlossen werden. Als Beweis führen sie vor allem Zitate aus Stellungnahmen von Al Qaida auf, die vor und während dem us-alliierten Krieg in Afghanistan der westlichen Öffentlichkeit präsentiert wurden. So zitierte die Nachrichtenagentur afp den Al-Qaida-Sprecher Suleiman Abu Gheith mit folgenden Worten: »Wir ächzen seit mehr als 80 Jahren unter dem Joch der gemeinsamen Aggression von Juden und Kreuzrittern ... Die jungen Männer, die die Vereinigten Staaten zerstört haben ... vollbrachten eine gute Tat. Sie trugen die Schlacht ins Herz der USA. Mit Gottes Einverständnis wird die Schlacht auf ihrem Territorium weitergehen, bis sie unsere Länder verlassen, die Unterstützung der Juden beenden und das ungerechte Embargo gegen das irakische Volk aufheben, das mehr als eine Million Kinder verloren hat ...« (FR v. 11.10.01)

Auf der Webseite der britischen Regierung wurde Osama bin Laden mit einer im Februar 1998 öffentlich gemachten Fatwa (ein religiöses Rechtsgutachten) zitiert, die einen verpflichtenden Aufruf an alle Muslime enthielt: »...das Töten von Amerikanern und ihren zivilen und militärischen Verbündeten ist für jeden einzelnen Muslim...eine religiöse Pflicht, bis die Al-Aksa-Moschee aus der Umklammerung der Amerikaner befreit ist und ihre Armeen muslimisches Gebiet geräumt haben.« (FR v.9.10.01)

Keine Frage: diese Stellungnahmen machen sich nicht nur die Anschläge vom 11.9.01 zu eigen. Mit ihnen verknüpft sich ein Weltbild, das ideologisch von Antisemitismus und Antiamerikanismus gleichermaßen geprägt ist.

Teilen wir einmal, für einen längeren Gedankengang die antideutsche (und US-alliierte) Logik, dass sich mit diesen Stellungnahmen Bin Laden und Al Qaida als Auftraggeber und Attentäter selbst überführt haben.

Was hat das noch mit linker, revolutionärer Politik zu tun, die US-Alliierten mit der Beseitigung antisemitistischen Terrors zu beauftragen?

Nicht einmal für bürgerliche Zeitungen ist es ein Geheimnis mehr, dass Bin Laden (als antikommunistischer Held verehrt), die Taliban (aus den Mudschaheddin hervorgegangen), die Koranschulen in Pakistan als Rekrutierungsbasis für ›Gotteskrieger‹ und der pakistanische Geheimdienst als Dienstleister und Organisator, von den USA mitfinanziert und ausgerüstet wurden, um sie als Bodentruppen gegen die damalige sowjetische Besatzungsmacht in die Schlacht zu schicken.

So dumm und reaktionär diese antideutschen Kriegskoalitionäre daherkommen, so schwierig wäre es, sich als deutsche Linke zu aller erst folgende Fragen zu stellen: Was macht die soziale und politische Basis derer aus, die heute »den Amerikanern« und »den Juden« den Krieg erklären? Woran liegt es, dass im Kampf gegen die eigenen Regime und gegen Imperialismus die reaktionären und religiösen Antworten mehr Gewicht bekommen haben als die revolutionären?

Woran ist die revolutionäre, antikolonialistische Linke gescheitert, wenn man ihre (militärische) Niederlagen nicht als einzige Antwort akzeptieren will? Wie müsste eine politische Praxis aussehen, die diesen reaktionären und antisemitischen Heilsversprechen den Boden entzieht? Welche Antworten haben wir auf Antisemitismus und christlich-abendländischem Fundamentalismus, hier, in der BRD?

Sich solchen Fragen zu stellen, hieße, die eigene politische Praxis in den Mittelpunkt einer Analyse zu stellen. Sich auf die Suche nach Antworten zu begeben, ist sicherlich mühsam und verunsichernd – vor allen dann, wenn mann+frau dabei auf Verhältnisse stoßen, denen wir theoretisch zwar feindlich, im wirklichen Leben (als Lohnabhängige z.B.) aber eher unauffällig bis versöhnlich gegenüberstehen.

Diese Fragen bis zum Ende zu gehen, würde möglicherweise den Abstand zwischen denen, die sich mit reaktionären und religiösen Vorstellungen und Praxen abfinden und ›uns‹ viel kleiner machen, als es die Theorie der radikalen Linken vorgibt.

Antisemitismus + Antiamerikanismus + Islam = eliminatorischer Antisemitismus = (religiös verbrämter) Faschismus= XXL

Antisemitismus und Antiamerikanismus auch in arabischen Ländern festzustellen ist das eine. Darüber jedoch US-alliierte Kriegsziele zu bestimmen, ist etwas ganz anderes - vor allem dann, wenn man den antideutschen Blick auf die Verhältnisse (noch) ernst nimmt: Warum haben die Antideutschen nicht zum (US-alliierten) Krieg gegen Deutschland, Österreich oder Italien aufgerufen? Warum beginnen Antideutsche mit ihrem militärischen Kreuzzug nicht vor der eigenen Haustür?

Man könnte ihnen mangelnde politische Konsequenz vorwerfen. Naheliegender ist jedoch, dass immer dann ein Gespür für Irrsinn einsetzt, wenn sie selbst unter diesem begraben werden könnten. Spätestens dann versöhnen sie sich mit den Verhältnissen hier, exportieren ihre antideutsche Analyse ins Ausland und lassen dort Krieg führen.

Damit die Bomben auch nicht ideologisch das eigene zuhause treffen, musste etwas gefunden werden, was das ›deutsche Haus‹ von anderen unterscheidet: ein Zusatz, ein Unterscheidungsmerkmal, etwas bewährtes, das ganz sicher nach ›außen‹ verweist: der Islam.

Der eigene Nachhauseweg war gesichert. Nun konnte man in den Orient schweifen, ExpertInnen lauschen und eine ›Koranschule‹ eröffnen, was die Jungle Word auch mit einer gleichlautenden Beitragsserie unter der Zwischenüberschrift »Islam und Antisemitismus« tat.

Auch wenn es dabei Zwischentöne gab, so blieb als Stimmungsbild eines zurück: Wo man auch hinschaut sind »teuflische Feinde« (Götz Nordbruch, Jungle World vom 28.11.01) am Werk.

Es werden Verschwörungstheorien zitiert, mit denen ›die Juden‹ für die Anschläge am 11.9.01 verantwortlich gemacht werden. Es wird ein Antiamerikanismus in den arabischen Ländern konstatiert, der sich in »Bekundun-

gen großer Teile der ägyptischen, saudi-arabischen und jordanischen Bevölkerung (ausdrückt), bei den Attentaten habe es die Richtigen getroffen...« (Götz Nordbruch, Jungle World vom 28.11.01)

Und, der Sack wird zugemacht: »Die ideologischen Wurzel des Djihad, der Antisemitismus, ist in der ganzen arabischen Welt weit verbreitet. Im Hass auf Israel, den Westen und den ›jüdisch kontrollierten Weltmarkt‹ können sich Moslems aller Glaubensrichtungen wiederfinden ... Dieser Terrorismus, dessen Protagonisten einer ›faschistischen Ideologie mit islamistischem Antlitz‹ (Christopher Hitchens) anhängen, ist spätestens seit dem 11. September virulent.« (Andrea Albertini, Jungle World vom 17.10.01)

Was als antideutsches Fatwa gegen die »ganze arabische Welt« verstanden werden kann, hatte die ›Bahamas‹ bereits in ihrem Marschgepäck, als sich der US-alliierte Krieg in Afghanistan noch in der Vorbereitungsphase befand: »US-amerikanische Militärschläge gegen islamistische Zentren hätte jeder bis auf weiteres zu begrüßen ... Sollte wirklich Afghanistan das erste Ziel eines US-Gegenschlages sein, wäre zu fordern, dass dieser so konsequent wie möglich erfolgt, d.h. einen Sturz nicht nur des Taliban-Regimes, sondern auch die Verhinderung weiterer islamistischer Herrschaft...«

Wer die »ganze arabische Welt« so zeichnet, wer sich nicht für die Brüche, Widersprüche und Gegnerschaften interessiert, dem geht es nicht (mehr) um gesellschaftliche und politische Prozesse, die beeinfluss- und veränderbar sind. Der will etwas zu Ende bringen, zur (zweiten) Natur werden lassen, was in eine Katastrophe mündet, wenn nicht von ›außen‹ zivilisierend eingegriffen wird. Dass sie damit die abendländische ›Zivilisation‹ beauftragen, weiß man. Dass ihnen dabei weder ideologiekritisch noch geschichtliches etwas einfällt, ist beschämend.

Der Orient als antideutscher Entsorgungspark

Als hätten sie Angst, dass selbst dieses Horrorszenario eine politische Antwort nicht ausschließt, sondern dringender denn je macht, wird der letzte Trumpf gezogen, der alles (aus-)sticht: die Drohung eines Holocaust. Ein Anspielen einer historischen Situation, in der nur noch die Feuerkraft des ›guten‹ Imperialismus (USA, England) zählte: gegen die Verwirklichung des ›1000 jährigen Reiches‹, gegen das nationalsozialistische Vernichtungsprogramm von Jüdinnen/Juden.



Foto: R.Maro/version

Schweigemarsch und Trauermarsch für die Opfer der isrealischen Besatzung

Wie macht man aus einer ›Allianz gegen den Terror‹ eine Anti-Hitler-Koalition? Man (re-)generiert eine Weltlage, die man so nahe an die historische Konstellation der 40er Jahre heranschreibt, bis die US-Alliierten als Befreier und (antideutsche/linke) KriegsbefürworterInnen als antifaschistische WiderstandskämpferInnen (wieder) erscheinen. Damit ergibt sich jedoch gleichzeitig ein Problem. Denn in der so skizzierten Weltlage ist die Befreiung von Auschwitz zentral eingeschrieben. Will man diesen moralischen Gewinn abschöpfen – und darum geht es ganz wesentlich – muss Auschwitz wieder aufscheinen.

Dafür zieht man eine gerade Linie nach Israel, schließt die Behauptung einer »faschistischen Ideologie mit islamistischen Antlitz« mit dem Palästina-Konflikt kurz und erklärt die Auslöschung des Staates Israel zum finalen Endpunkt: »Jeder denkende Mensch hätte sofort nach den massenmörderischen Angriffen auf das World Trade Center wissen können, wem die Attacke der islamistischen Gotteskrieger in erster Linie galt: Israel.« (Andrea Albertini, Jungle World vom 17.10.01)

Keine Zweifel, keine Einschränkungen, sondern narzisstische Gewissheit. Nicht einmal der Versuch, die naheliegende Frage zu beantworten, wurde unternommen: Wenn diese Anschläge eigentlich Israel galten, warum wurden dann nicht Flugzeuge direkt in israelische Regierungsgebäude und militärische Einrichtungen gelenkt?

»In einer Zeit, in der die Existenz Israels, nicht zuletzt durch das Abrücken der USA, bedroht ist, wie nie zuvor...« (Stellungnahme der Antifaschistischen Aktion Dortmund zur »Friedensdemonstration« am 17.11.2001 in Dortmund) scheinen solche Erwägungen und Bedenken fehl am Platze.

Um so eifriger und wortreicher wurde Palästina, der Nah-Ost-Konflikt in eine Kulisse des Nationalsozialismus verwandelt. Mit der Fertigkeit eines Fünfjährigen wurde die Kriegsfront geknetet:



Foto: Sachs-Maro/version

unten: Frankfurt, 10.4.2002 Solidaritätskundgebung für Israel »Gegen Terror – Für Frieden«

Auf der einen Seite Israel, Heimstätte der Überlebenden des Holocaust. Opfer. Dazu zählen Scharon genau so wie israelische SiedlerInnen, arabische Israelis und AnhängerInnnen der Friedensbewegung. Sie alle sind eins. In der antideutschen Wahrnehmung zählen sie nur als Opfer. In ihrer Unterschiedslosigkeit werden sie zum ›Volk‹, dessen Konstruiertheit an jedem anderen Ort dieser Welt – zu Recht- vehement angegriffen wird. Damit werden über 50 Jahre Geschichte Israel ausgelöscht, gegenstandslos. Verständlich. Denn diese würde nur stören im antideutschen, völkisch-homogen Weltbild. Denn Israel ist nicht nur und weit mehr als die Heimstätte der Überlebenden des Holocaust. Israel ist auch Besatzungsmacht. Israel ist auch eine regionale Supermacht. Und: Israel wird nicht nur von ›außen‹, durch den palästinensischen Widerstand angegriffen, sondern auch von ›innen‹, von einer schwachen, aber immerhin existenten Friedensbewegung, die die israelische Regierungs- und Besatzungspolitik für die ›Eskalation der Gewalt‹, für das Scheitern politischer Lösungen mitverantwortlich macht.

All das findet keine Erwähnungen. Auf all diese Widersprüchlichkeiten wird nicht Bezug genommen, sondern man verbannt sie aus dem antideutschen Bild verbannt.

Auch die Feinde Israels sind im antideutschen Weltbild mit wenigen Federstrichen beschrieben: Zuerst wird eine palästinensische Volksgemeinschaft geformt, »das derzeit aggressivste antisemitische Kollektiv« (Horst Pankow in ›Kindermörder‹, zitiert nach »Hat Israel noch eine Chance?«, Konkret-Texte, S.229). Dann spricht man aus, was kommen musste: »Es ist hier ein zur Vernichtung entschlossener Antisemitismus am Werk – darin seinem nationalsozialistischen Vorbild auf qualitativer Ebene durchaus ebenbürtig – der die Wahl- und Maßlosigkeit palästinensischen Massenmordens begründet. In dieser Hinsicht kommt momentan dem Koran eine ähnliche Rolle zu wie seinerseits Hitlers Machwerk ›Mein Kampf‹ in Deutschland.« (Bahamas)

Es gehört schon viel Dreistigkeit dazu, die unterschiedlichen Beweggründe, Ziele und Vorstellungen innerhalb des palästinensischen Widerstandes so zusammenzukochen, dass am Ende nur ›Auschwitz‹ stehen kann und muss. Man kann es für Dummheit oder Absicht halten, wenn dabei die verschiedenen Phasen des palästinensischen Widerstandes mit keinem Wort Erwähnung und Berücksichtigung finden. Würde man den kerzengeraden Frontverlauf antideutscher Krieger verlassen, wäre man zu aller erst mit der Schwierigkeit konfrontiert, klare Antworten oder gar kluge politische Lösungen zu finden: Wo hört Widerstand gegen die israelische Besatzungsmacht auf? Wo fängt Antisemitismus an? Welche (Neben/Haupt-)Rolle spielen die ›biblischen Grenzen‹ Israels im nationalen Selbstverständnis? Welche Bedeutung hätte ein palästinensischer Staat als (un-)sichere Grenze zu Israel? Was unterscheidet Israel als jüdischen Staat von islamischen Vorstellungen innerhalb des palästinensischen Widerstandes (Hamas)? Wie viel reaktionäre Gesellschaftlichkeit verbindet beide miteinander? Wenn in Israel, wie in Palästina emanzipatorische Prozesse marginal, religiös-nationalistische dominant sind: Wäre dann eine Zwei-Staaten-Lösung die am wenigsten blutige Lösung? Was macht eigentlich eine antinationale, deutsche Linke in einem Konflikt, wo es hauptsächlich um die Anerkennung von und Schaffung von Grenzen geht?

Die deutsche Linke hat sich – mit Blick auf Palästina – in den letzten 30 Jahren nur selten aus der David/Goliath-Schablone gelöst. Solidarität wurde wesentlich über das Opfersein bestimmt. Bis 1967 galten die Sympathien Israel, ohne wahrzunehmen, welche Auswirkungen die Politik des Staates Israel gegenüber arabischen Menschen in Palästina hatte. Nach 1967 wechselte man die Front und sympathisierte mit dem palästinensischen Widerstand, mit den ›Opfern der Opfer‹. Mit dem antideutschen Aufruf, Israel zu verteidigen, wird die Opferlogik nur um eine Kehrtwende bereichert.

Anstatt die Opferpyramide immer wieder aufzurichten, ginge es darum, in Israel und Palästina nach politischen, emanzipatorischen Prozessen Ausschau zu halten, die sich der militärischen und nationalistisch-religiösen Logik (beider Seiten) widersetzen. Die sich darum bemühenden Gruppen und Organisationen sind sowohl in Israel, als auch in Palästina ohne große politische und gesellschaftliche Bedeutung. Mit ihnen solidarisch zu sein, hieße, ganz bescheiden, den langen Weg gesellschaftlicher Veränderungen zu teilen.

Dafür sindch Antideutsche nicht zu haben. Wer ›Auschwitz‹ fernab vom eigenen Zuhause verhindern will, hat keine Zeit mehr, hat es ganz eilig, kann nicht warten, hat keinen langen Weg vor Augen, sondern den Abgrund. Wer solch große Gefahren sieht, ist kein Selbstmörder, sondern geht zur Seite und macht Platz für Leute, die gelernt haben, Gefahren zu beseitigen. (?)

Antiimperialismus und Antikapitalismus als Systemfragen suspendieren

Wenn man sich die Stellungnahmen, vorallem deren Schlussfolgerungen vor Augen hält, fällt es schwer, antideutsche Positionen überhaupt noch mit Antikapitalismus und Antiimperialismus in Verbindung zu bringen. Wie kriegen es also Antideutsche hin, einerseits mit den mächtigsten Kernländern des Kapitalismus, mit den führenden imperialistischen Staaten in den Krieg gegen den »islamistischen Terror« zu ziehen und gleichzeitig ihre schärfsten KritikerInnen zu bleiben?

Man erlaubt sich zwei Aussetzer – der erste ist nur dumm, der zweite fügt sich in die Reihe der Geschichtsrelativierungen ein.

In der dummen Variante wird einfach behauptet, dass dieser in Afghanistan begonnene Welt-Krieg mit Imperialismus und Kapitalismus gar nichts zu tun hat: »Der Verweis auf angeblich imperialistische US-Interessen im afghanischen Wüstensand verdreht Ursache und Wirkung der aktuellen Entwicklung ... Dieser Krieg ist die Antwort auf einen konkreten und in dieser Form bisher nicht dagewesenen Angriff, eine Reaktion auf die Kriegserklärung an den gottlosen american way of life und seine nahöstliche Entsprechung in Tel Aviv und Westjerusalem.« (Andrea Albertini, Jungle World vom 17.10.01)

Die zweite Variante kann man als Kapitalismus- und Imperialismus-Light-Version begreifen, die im antideutschen Kriesgdiskurs die Oberhand behalten hat. In dieser Version hält man kapitalistische und imperialistischen Interessen für durchaus denkbar, aber als Maß-

stab für radikale Opposition jetzt nicht entscheidend. Wie kommt es zu diesem Aussetzer? Wie kann man sich als radikale KritikerInnen des kapitalistischen Systems noch sehen lassen, während man mit ihren führenden Vertretern zusammen in den Krieg zieht? Man legt noch einmal den Lehrfilm über den Zivilisationsbruch ein, spult ungefähr 60 Jahre zurück und erklärt die Konstellationen des Zweiten Weltkrieges – ohne den geringsten Reibungsverlust – zum Jetzt-Zustand. Dann kämpft man in imaginärer Linie mit der französischen Resistance, mit den PartisanInnen in Jugoslawien und Italien, mit dem Kapitalismus gegen den Kapitalismus, um die bloße Möglichkeit der Emanzipation zu retten.



1.500 Menschen versammelten sich im Berliner Stadtteil Mitte zu einer Demonstration unter dem Motto »Solidaritaet mit Israel – Gegen Antisemitismus und Antizionismus«

unten:
Ostermarsch in Berlin

Die eigene politische Ohnmacht in eine scheinbar radikale Geste verwandeln

Die radikale Linke hat große Mühe, sich ein einigermaßen überprüfbares Bild von dem Krieg in Afghanistan und den kommenden Kriegen zu machen. Kleine Teile der Antikriegsbewegung unternehmen zaghafte Schritte, um aus der humanitär und pazifistisch geprägten Haltung »Stopp den Krieg« herauszutreten. Meist sind es kleine Aktionen, mit denen man der ungeheuer tief sitzende Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit zu entgegen versucht. An dieser und jener Ecke der radikalen Linken wird werden das die Analysewerkzeuge der letzten 20 Jahre überprüft, Verbindungslinien zwischen ›Genua‹ und ›Kabul‹ gezogen, Zusammenhänge zwischen metropolianem Frieden und peripherem Weltkrieg erwogen. Nicht minder schwierig und zeitraubend sind die Bemühungen, die unterschiedlichsten Erfahrungshorizonte anzunähern, d.h. in der Regel von sehr wenig Gemeinsamkeit auszugehen. All das klingt nicht wirklich einladend.

Wie schön ist es hingegen, Antideutsche/r zu sein. Sie wissen, was jetzt zu tun ist: »Die USA, die von Linken oft und zu Recht wegen ihrer Interessenpolitik angegriffen wurden, sind die einzige Macht dieser Welt, die zu einem Gegenangriff im Moment in der Lage ist.« (Andrea Albertini, Jungle Word vom 17.10.01)

Während die (radikale) Linke nach bescheidenen Interventionsmöglichkeiten Ausschau hält, winken Antideutsche völlig entspannt US-alliierten Bombern zu. Sie wissen nicht nur, was zu tun ist. Sie gehen sogar voran, sind in Gedanken schon längst im Irak einmarschiert (wie z.B. die Autoren Thomas Uwer und Thomas v.d. Oster-Sacken in ihrem Jungle World-Kriegsbeitrag vom 28.11.01), während sich die US-Alliierten (noch) ins Hemd machen. Ja, das sind wahre Ledernacken.

Sicherlich macht dieser militärische Gestus Eindruck – selbst dann ,wenn man die historische Kulisse zerlegt, vor der die BefürworterInnen des ›bewaffneten Kampfes‹ auftreten. Ich nehme bewusst das Wort vom ›bewaffneten Kampf‹ auf, denn die Antideutschen wähnen sich ja in einer historischen (Ausnahme-)Situation, in der bewaffneter, antifaschistischer Widerstand und imperialistischer Krieg zusammen einen gemeinsamen Feind bekämpfen.

Verweilen wir einen Augenblick in dieser Ausnahmesituation. Welche Konsequenzen ziehen sie daraus? Mit welcher Radikalität folgen sie ihrer Analyse?

Wer nun befürchtet oder erwartet, dass Antideutsche in den Untergrund gehen bzw. ein weltweites Netz von Widerstandgruppen aufbauen, muss enttäuscht werden. In ihren historischen Analogien hat alles seinen Platz, nur nicht sie selbst. Für alles haben sie ein Double gefunden: für den deutschen Faschismus, für den eliminatorischen Antisemitismus, für die Appeasementpolitik des Westens, für die Befreier. Nur eine Rolle bleibt auffallend unbesetzt: der antifaschistische Widerstand. Wer meint, den Antideutschen gebührt dieser Platz, hat den Plot in ihrem Apokalypse-Now-Szenario nicht verstanden: So blöd, auf ihre Geschichtsdublette selbst reinzufallen, sind sie eben nicht. In First-Class-Mentalität lassen sie sie an sich vorüberziehen: »Für Linke bleibt, am Traum von individueller Freiheit und einem schönen Leben für alle festzuhalten: Sherry statt Sharia!« (Andrea Albertini, Jungle World vom 17.10.01)

Ein treffenderes Bild für das Ende antideutscher Politik könnte auch ich nicht finden.



Wolf Wetzel

Mitautor von »Die Hunde bellen ... Von A bis (R)Z. Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre«, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe, Unrast-Verlag, 2001

Dieser gekürzte Beitrag ist dem Buch: »Krieg ist Frieden«, entnommen, das im Herbst 2002 beim Unrast-Verlag, Münster, erscheinen wird.

Kurzes Kurzes

Gas-und Wasserwerke in Genua besetzt

Dokumentation: Anarchisten besetzen die Gas- und Wasserwerke von Genua.

Die anarchistische Koordination Ligurien und Piemont und die F.A.I. haben um 12:30 die Gas- und Wasserwerke von Genua besetzt, um gegen die Armut, Elend und Kriege erzeugende kapitalistische und staatliche Kommerzialisierung der Bedürfnisse zu protestieren.

Folgender Text wurde als Flugblatt zur direkten Aktion verteilt:

Wo sind die g8 Herren? Sie sind allerorten und überall. Da, wo Krieg, Dürre, Unterdrückung, Tod, Folter, Bomben und Umweltzerstörung sind, da ist der g8. Wir sind deshalb ein Jahr nach dem g8-Gipfel nach Genua zurückgekommen, weil wir überzeugt sind, dass die g8 Herren und ihre Absperrungen, ihre Grausamkeit, ihre ungleiche »Giustizia« [> doppelte Bedeutung: a, Justiz, b, Gerechtigkeit, im Original in Anführungsstrichen] immer noch hier sind. Sie sind überall dort, wo Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung herrschen. Sie sind überall dort, wo die Interessen weniger millionen verdursten lassen. Sie sind unter denen, die verdursten müssen, weil sie kein Wasser bezahlen können.

Die Welt, die wir wollen wird, sollte sie je zustande kommen, das Werk des Willens der Unterdrückten und Ausgebeuteten in Selbstorganisation zu rebellieren, und jeden Tag, überall, direkte Aktion zu praktizieren. Wasser ist keine Ware.

Die Politik der Weltbank und des IWF zielt auf die Privatisierung von für alle unverzichtbaren Dienstleistungen und Ressourcen. Das Wasser ist fundamental für das Leben und die Autonomie der Menschen, es privatisieren bedeutet, ein essentielles Gut in eine Ware zu verwandeln, und die Existenz von Millionen Menschen in die Hände von Privatpersonen, die einzig an ihren Profit interessiert sind zu legen. Die armen Länder werden gezwungen, die Wasserversorgung zu privatisieren, sonst werden ihnen die halsabschneiderischen Kredite gestrichen, die »grosszügig« von Weltbank und IWF vergeben werden, die seit 1994 gemeinsam mit einigen Regierungen und diversen grossen Unternehmen im Welt-Wasser-Rat sitzen, eine Institution, innerhalb der die Wassermultis vertreten sind, nicht aber die Menschen, für die die Privatisierung den Durst bedeutet. Mit der Geburt des Global Water Partnership im Jahr 1996, das den Auftrag hat, die Zusammenkunft von Öffentlichen Körperschaften und privaten Investoren zu Fördern, und dem 1998 die Weltkommision für das Wasser im 21. Jahrhundert folgte, ist ein Business-Komitee entstanden, das im Begriff ist, die Wasserreserven des Planeten in die Hände der üblichen Coca Cola, Vivendi, Suez Lyonnaise, Nestlé zu werfen, dabei ganzen Bevölkerungen, die nicht imstande sind, die von den Privaten auferzwungenen Gebühren, den Zugang zum Wasser zu entziehen.

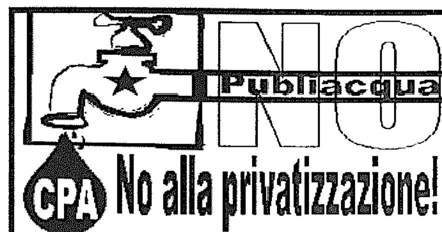
Sich der Politik von Weltbank und IWF zu widersetzen, bedeutet für uns, für die soziale Vergesellschaftung der Ressourcen des Planeten zu kämpfen, für den Umweltschutz, für die Selbstbestimmung und die generalisierte Selbstverwaltung. Die Globalisierung kann nicht regiert werden, der Kapitalismus, diese gefräßige Lebenszertstörungsmaschine, kann nicht mit einigen Sozialstaats-Almosen »berichtigt« werden, womöglich noch zum Nutzen der Armen in den reichen Ländern.

Die Welt, die wir wollen, für die wir auf die Straße gehen, bezieht ihre Legitimation nicht aus den Gesetzen und den Abkommen, sie hat viel mehr ihre Wurzeln in der Fähigkeit zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Ohne Barrieren, ohne Grenzen, ohne Staaten. Eine Welt, um in ihr solidarisch zu leben, nicht ein Territorium der Kontrolle, des Raubbaus, der Unterwerfung den Interessen weniger. Eine sehr viel konkretere Utopie, als die, Freiheit mit Demokratie zu verbinden.

Der Staat und das globale Kapital erzeugen Ausbeutung, Armut, Umweltzerstörung, Unterdrückung, Krieg, Gefängnisse, Rassismus. Der Staat und das globale Kapital sind nixcht reformierbar. Das Leben und die Freiheit von sechs Milliarden Menschen sind nicht mit den Herren der Welt nicht verhandelbar, sie müssen vielmehr in die Hände eines jeden zurückgegeben werden, ob Kind, Mann oder Frau. »Herr von nichts, Diener von Niemand, sich aufmachen, die Zukunft zu erkämpfen.«

Anarchistische Koordination Ligurien und Piemont.

von F.A.I./ – 20.07.2002



McGUFFINS WAKE

Zur Pflege des Erbes des Ende April 2002 verstorbenen irischen intellektuellen Hooligans und Schriftstellers **Sean McGuffin** findet ab Juli 2002 in Berlin einmal im Monat im Kaffee Burger, Berlin, eine Veranstaltung mit dem Titel McGUFFINS WAKE statt (am 23. September, 7. Oktober, 18. November, 16. Dezember). Die Veranstalter stellen McGUFFINS WAKE unter das Motto, unter dem McGuffin seine Internetpostille DISPATCHES in die Welt schickte: »Schamlos irisch-republikanisch, sozialistisch, anarchistisch, guevaristisch und ikonoklastisch. Der griechische Geschichtsschreiber Herodot schrieb: Nur wenige Dinge ereignen sich zur rechten Zeit, die übrigen überhaupt nicht. Dies gilt es zu ändern.«

Redaktion telegraph

Haus der Demokratie und Menschenrechte Greifswalder Str.4 10405 Berlin Phone: +49 (0)30 4445622 Fax: +49 (0)30 4445623 Email: telegraph@ostbuero.de URL: www.telegraph.ostbuero.de

Synapse, Zeitung des Mietshaeuser Syndikats in Freiburg

Das Syndikat ist ein Zusammenschluss von selbstorganisierten Hausprojekten, Einzelpersonen und Gruppen. Sie haben nun folgende Möglichkeiten:

- Ich hole mir selbst ein Exemplar als PDF-Datei unter www.syndikat.org ab.
- Ich möchte gerne ein Exemplar als PDF-Datei per email erhalten.
- Bitte senden Sie mir ein Exemplar per Post an meine Adresse.

Jochen Schmidt

info@syndikat.org

ERNST FRIEDRICH HÄNGT

An einem nieseligen feldgrauen 2. Mai 2002 hat der Staat Ernst Friedrich endlich wo er ihn immer haben wollte: an der Wand. Seine FreundInnen und BewundererInnen haben kräftig mitgeholfen, dass er endlich hängt. Gleich neben dem zur Vodaphone-Reklame umfunktionierten Alten Stadthaus, hinter dem Roten Rathaus Berlins, liegt der Stumpf der Parochialstrasse. Hier stand bis 1936 das Haus dès von Ernst Friedrich 1925 gegründeten, weltweit ersten »Anti-Kriegs-museum«s. Nun wird die Wand des von Naziarchitekten errichteten Verwaltungsbaus in dieser Strasse just an der Stelle von einer eher unauffälligen Bronzetafel geschmückt, wo einst das erste »Anti-Kriegsmuseum« der Welt stand. Der markante Titel von Friedrichs international verbreiteten Antikriegsbüchern, KRIEG DEM KRIEGE, ist auf ihr ebenso zu finden wie das Symbol des Hauses, das die Naziverbrecher nach dessen Okkupation als SA-Kaserne gleich wegmeisselten: die Hände, die ein zerbrochenes Gewehr in die Luft recken, das Symbol der PazifistInnen der Welt. In der etwas zu salbungsvollen Feierstunde zur Enthüllung jener Tafel für die die Rechtsnachfolger des »Dritten Reiches« nicht einmal die notwendigen 3.000 EURO übrig hatten (die müssen von Spenden aufgebracht werden), wurde abseits des tosenden Verkehrs des Alex das eine oder andere zum »bösen Fried(e)rich« und seinem Anti-Kriegsmuseum erzählt. Ein paar ganz Alte leben noch, die es ebenso beeindruckt hat wie den berühmtesten Schüler Ernst Friedrichs, Robert Junck. Aber keinem kam das »böse Wort« von den Lippen, das, das allen Uninformierten die Haare zu Berge stehen lässt, wenn sie es hören: Anarchist. Dass ein Anarchist das erste Museeum der Gewaltverachtung und der Friedensliebe gegründet hat, das war wohl noch immer zu starker Tobak, als dass mensch das irgendjemand zumuten wollte. »Chaos und Anarchie« ... überall wo Krieg ist, bläut uns die Journaille ein – was für ein Quatsch! Von ausgerechnet der »Roten Fahne« war zwar im Zusammenhang mit Antimilitarismus die Rede, aber die anarchistische Zeitung »Schwarze Fahne«, die Ernst Friedrich in der Prochialstrasse selbst voller Leidenschaft druckte, musste im Dunkeln bleiben. Sie weht unsichtbar an diesem Platz an dem von nun an Friedrichs und seines entschiedenen friedlichen Kampfes gedacht werden soll. Was hätte der wortgewaltige Redner Friedrich wohl zu der Grussbotschaft eines Bundespräsidenten und eines Bundestagspräsidenten einer Republik gesagt, die heute mit Flottenverbänden, Fluggeschwadern und Elitesoldaten einen Krieg fernab Deutschlands führen lässt? Nein die Tafel ist – wohl mit Rücksicht auf die älteren Herrschaften – nicht von der Wand gefallen. Gefallen wird wieder woanders. Ein zages Violinkonzert zu Ehren eines, der eher die starken Töne liebte und zu Zeiten »die grössten Sääle« mit der puren Ankündigung seiner Reden füllte: »Ernst Friedrich spricht!« Nach seiner Teilnahme an der Resistance, der GeStaPo tollkühn entkommen, den Sohn aber in ihren Krallen wissend, wollte ihn auch die neue BRD nicht mehr, ihn und sein verrücktes Ansinnen einer Neugründung des Anti- Kriegsmuseeums in der Bundesrepublik Deutschland, die gerader mit Hilfe der alten Nazi-Militaristen wiederaufzurüsten begann. Da war kein Geld über für einen linken Friedensspinner. Da musste Front gemacht werden gegen den Osten. Frankreich nahm Friedrich besser auf und liess ihm auf seiner »Ile de la Paix« in der Seine nahe Paris seinen Frieden. Hier machte Ernst Friedrich bis zu seinem Lebensende vor genau 35 Jahren, das auch das vorläufige Ende seines Lebenswerks sein sollte, Friedensarbeit mit Jugendlichen aus aller Welt. Er liebte die Jugend und sie liebte ihn. Jetzt ist er wieder zu Hause. Da hängt er in Bronze aus der früher Kanonen gegossen wurden. Wie friedlich ist dem gegenüber eine versteckte Gedenktafel und sind ein paar milde Worte. [Fast genauso versteckt wie das von seinem Enkel 1985 wiedergegründete »Anti-Kriegs-Museeum« in der Brüsseler Strasse 21 im berliner Wedding (geöffnet täglich von 16-20 Uhr).] Ein Ärgernis den Oberen, ein Stein des Anstosses, ein Anstoss für junge Menschen sind aber seine Worte noch immer: da gibts nichts zu deuteln. Die Gedenktafel wurde von Jugendlichen der Ernst-Friedrich-Oberschule enthüllt. Sie werden sich für den da interessieren, der ihrer Schule den Namen gab und ihn entdecken, den Revolutionär für den Frieden, für eine gewaltlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Rassenhass, den Lehrer einer Freien Jugend, die hoffentlich diesmal zu gut und zu verständig ist, sich wiederum in den Kriegen der Herrschenden verheizen zu lassen, wohlfeiles Kanonen- und Bombenfutter mit dem Segen der Pfaffen und Konzernherren. Ernst Friedrich hängt. Aber: »... er hängt an keinem Baume, er hängt an keinem Strick, sondern an dem Glauben der freien Republik!« Lassen wir ihn nicht hängen! »Keinen Mann, keinen Cent, keinen Hammerschlag für den Militarismus!« Der alte Spruch der niederländischen AnarchistInnen gilt heute wieder mehr denn je. Ja: Krieg dem Kriege! Machen wir erst damit. »WEIGERT DEN DIENST!« »Wir Kriegsdienstgegener müssen endlich allen Glorienschein und allen Hokuspokus, mitsamt dem glänzend-bunten Flitterkram der Sodateska niederreissen, und das aussprechen, was dann noch übrig bleibt: ***ein vom Staat bezahlter Berufsmörder, der in staatlich konzessionierten Mörderschulen (genannt Kasernen) ausgebildet wird, in Ausübung des schrecklichsten Verbrechens: des Menschen-Mordes !!***« (...) »Sprecht nach der Worte drei: Ich will nicht!« (...) »Denn was will alles Kapital der ganzen Welt, was wollen alle Könige und Präsidenten machen, wenn das Volk in allen Ländern aufsteht mit dem Ruf: WIR WOLLEN NICHT !« Ernst Friedrich, Ende Juli 1924

Ralf Landmesser, 2./3. Mai 2002

Qualitätssprung!

Die Informations-Plattform zum Thema »Menschenrechte und die Schweiz« http://www.humanrights.ch hat einen Qualitätssprung hinter sich!

* benutzerfreundliche Menuführung durch mehr als 100 Webseiten
* übersichtliches und präzises Basiswissen zu den internationalen Menschenrechten
* Ausbau der auf die Schweiz bezogenen Informationen
* verbesserte Funktionalität der Fachpersonen-Datenbank
* elegantes nüchternes Design
* Neue Rubriken: Menschenrechte für Einsteiger/innen / Gesetzgebung und Parlament / Gegen Rassismus

Machen Sie einen Probelauf und überzeugen Sie sich selbst!
Danke für Ihre Rückmeldungen!

Alex Sutter, Menschenrechte Schweiz MERS

Eratum

Im letzten Heft (Nr. 74) wurde versäumt, darauf hinzuweisen, dass der Artikel »Schneller, höher, stärker – Metropolenkonzepte für die Rhein-Main-Region« von Rolf Engelke aus dem im Mai erschienenen Buch »Turbulenzen« entnommen wurde: »Turbulenzen – Widerstand gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens: Geschichte, Fakten,Facetten.« Herausgegeben von der Redaktionsgruppe Schwarzspecht Mit Photos von Klaus Malorny u.a.

144 Seiten,18 Euro, Trotzdem - Verlagsgenossenschaft, ISBN 3-931786-21-8

»Kapitalismus und Widerstand im Osten«

Neue Broschüre erschienen:
Die Osteuropa-AG der FAU-IAA hat soeben eine Broschüre mit dem Titel »Kapitalismus und Widerstand im Osten« herausgegeben. Diese hat 68 Seiten und enthält vier Texte aus Regionen der ehemaligen Sowjetunion:

★ »Der russische Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung« von der Konföderation der revolutionären AnarchosyndikalistInnen (KRAS-IAA) in Moskau.

★ »Russische RätekommunistInnen im Interview« (Gespräch mit einer inzwischen entlassenen Betriebsgruppe in Rostow-am-Don).

★ »Der bescheidene Charme der Sibirischen Konföderation der Arbeit« (ebenfalls Interview).

★ »Anarchosyndikalismus auf fruchtbarem Boden«, ein Interview mit AktivistInnen der Revolutionären Konföderation der AnarchosyndikalistInnen »Nestor Machno« in der Ukraine.

Die Texte zeichnen ein schonungsloses Bild der bestehenden Verhältnisse und liefern zugleich einige Hinweise für die Stärkung einer unabhängigen und kämpferischen ArbeiterInnenbewegung, die die Überwindung dieser Verhältnisse auf ihre Fahnen geschrieben hat.
Preis: 2,80 Euro / Rezensionsexemplare: faub1@fau.org (WiederverkäuferInnen bekommen 30% Rabatt. Bei Abnahme von mehr als 10 Broschüren 35%.)
Bestelladresse: FAU-MAT Thadenstr. 118 (Kellereingang vorn) 22767 Hamburg fauhh4@fau.org

Brigada Flores Magon: Anges Gardiens (10")

Nach ihrem sehr ansprechendem unbetiteltem Debütalbum, das leider in Deutschland nicht vertrieben wird, ist eine neue 10" (ne Schrumpf-LP) der französischen Streetpunkband erschienen. Brigada Flores Magon spielen klassischen Streetpunk der 80er Jahre – beeinflusst von Bands wie The Angelic Upstarts und The Opressed – und verbinden diesen mit politischen und klassenkämpferischen Themen. Als Namensgeber haben sie nicht umsonst den mexikanischen Anarch@- Revolutionär Ricardo Flores Magon gewählt, der mit Zapata verbündet war. Die Themen Kolonialismus und Antiimperalismus sind ein häufig wiederkehrendes Element in den Texten der Band. Aber Brigada reden nicht nur, sie handeln auch. Auf ihr Engagement geht die Gründung der Pariser RASH-Sektion (Red & Anarchist SkinHeads) zurück. Im September werden sie wahrscheinlich auch beim Redskin-Meeting in Berlin auftreten. Daneben sind Brigada noch in der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT / Vingoles organisiert. Bei Mad Butcher Records gibts noch ne Splitsingle mit BFM und Opcio K 95 unter dem Titel »For international socialism«. Weitere Infos zur Band unter: www.multimania.com/brigada

DJ Chaoz (Maloka Records)

Kultursyndikat jetzt!

Im Kultur- und Medienbereich zu arbeiten, ist eine feine Sache. Nur manchmal beschleicht einen das Gefühl, daß diese Annehmlichkeit teuer erkauft ist und die Realität unangenehmer aussieht. Beschäftigte im Kultur- und Medienbereich sind unter den ersten, die erfahren, was die schöne neue Arbeitswelt verheißt: Dumpinglöhne, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, flexible Verfügbarkeit entwürdigende Behandlung und oftmals keine soziale Absicherung. Einige wenige haben die Möglichkeit abzusahnen – für den Preis der Anpassung. Dem gegenüber steht die große Masse derer, die für Einkünfte arbeiten, die im Vergleich zu anderen Branchen unter dem Durchschnitt liegen. Die Chefs praktizieren den Klassenkampf von oben, Tarifverträge und Betriebsräte brauchen sie nicht mehr. Dennoch verharrt ver.di in ihren alten Bahnen reformistischer Gewerkschaftsarbeit. Wir können auch anders: Im Kultursyndikat Berlin hat sich eine Gruppe von Menschen zusammengefunden, die im Kultur- und Medienbereich ihr Geld verdienen – vom Kartenabreißer bis zur Autorin, vom Scheinselbständigen über die Jobberin bis zum Erwerbslosen. Mit dem Ziel, eine selbstorganisierte, kämpferische gewerkschaftliche Alternative aufzubauen. Von Standortlogik, Sozialpartnerschaft und bürokratischen Funktionärsapparaten halten wir nichts, weil wir dabei immer den Kürzeren ziehen werden. Unsere Stärke sind wir selbst. Wir sind noch nicht viele, aber auch keine Manövriermasse eines Apparates. Bei uns entscheidet die Basis. Die Mittel, um unsere Interessen durchzusetzen, sind direkte Aktionen und Solidarität. Ob Streik, Besetzung, Sabotage oder Boykott – wir haben viele Möglichkeiten, Druck auszuüben. Ein sensibler Punkt der Kultur- und Medienindustrie sind die Konsumenten. An dieser Stelle kann selbst mit wenig Aufwand viel erreicht werden. Es muß nicht gleich ein Boykottaufruf sein, aus unserer Erfahrung reicht manchmal schon die Drohung durch ein Fax. Worauf es ankommt, ist ein gemeinsames, entschiedenes Vorgehen, mit dem man – unserer Erfahrung nach – mehr erreichen kann als die etablierten Gewerkschaften überhaupt wollen. Zum Beispiel: Einer Theaterkartenverkäuferin wurde der Lohn für einen Kurzzeitjob länger als ein Jahr vorenthalten. Nachdem ihr Chef einen Brief des Kultursyndikats erhielt, landete der Betrag auf ihrem Konto. Einem Übersetzer wurde von der taz das Honorar für einen übersetzten Artikel nicht gezahlt. Fünf Leute besetzten das Büro des Chefredakteurs, und er bot eine gütliche Einigung an. Dies mögen kleine Beispiele sein, aber damit fangen wir an. Und nur auf diesem Weg können wir letztlich auch im großen Maßstab etwas verändern. Grundlage dafür ist ein solidarischer Zusammenhalt. Der beginnt mit Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Hilfe (dazu gehört auch eine kostenlose Rechtsberatung), was gerade in dieser Branche wichtig ist, wo viele auf sich allein gestellt sind und die Belegschaften oftmals von ihren Chefs gegeneinander ausgespielt werden. Perspektive: Ob im alternativen Kollektiv, als Freie, als Festangestellter, Jobberin, Schwarzarbeiter oder in staatlichen Zwangsmaßnahmen, gemeinsam ist uns, daß wir im Kapitalismus niemals die Freiheit haben werden, so zu leben und zu arbeiten, wie wir es wollen und über die Inhalte unserer Arbeit zu bestimmen. Dafür bedarf es einer Gesellschaft, in der jeder und jede unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Neigung selbstbestimmt und gleichberechtigt leben kann. Und da wollen wir hin: Anarchosyndikalismus. Unser Ansatz ist nicht neu, sondern hat eine Tradition und in vielen Ländern eine lebendige Praxis. Wir sind Teil der anarchosyndikalistischen Bewegung und haben uns deshalb mit anderen Branchengruppen in der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) föderiert. Die wiederum ist mit anderen anarchosyndikalistischen Gewerkschaften weltweit – wie etwa der spanischen und französischen CNT und der italienischen USI – in der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) organisiert. So können wir auf eine Solidarität bauen, die nicht vor Branchen- und Staatsgrenzen haltmacht.
Treffen: Wir treffen uns jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat um 19.30h im Büro der FAU in der Rigaerstr. 83 (schwarz-rote Klingel). Am zweiten Donnerstag jeden Monats haben wir einen Stammtisch an wechselnden Orten (bitte nachfragen).
Kultursyndikat der FAU Berlin, Schreinerstr. 47, 10247 Berlin fon: +49-30-420 897 38, fax: +49-30-420 897 38 mail: ksy-b@fau.org web: www.fau.org/og/berlin

FAU Berlin 2

Goteborg-Broschure zu bestellen !

Liebe Leute,

demnächst erscheint von uns eine umfangreiche Broschüre über die Repression gegen GlobalisierungskritikerInnen in Schweden, nach den Protesten gegendas Gipfeltreffen in Göteborg. Fast ein Jahr nach den Auseinandersetzungen in Göteborg sitzen noch immer zahlreiche Globalisierungskritiker in schwedischer Haft. Doch sie befinden sich kaum noch im Bewusstsein der sog. Anti-Globalisierungs-Bewegung. Auch hat bisher kaum eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Ergnisse in Göteborg und deren Folgen stattgefunden. Eine solche Auseinandersetzung wollen wir anstossen. Die Broschüre enthält u.a.:

- Chronologie der Ereignisse in Göteborg
- Einen Text über die Erfahrungen der Solidaritätsarbeit nach Repression (Tipps und Trix)
- Interviews mit Inhaftierten aus Schweden
- ein Bericht einer schwedischen Solidaritäts-Gruppe
- Bericht eines Prozessbeobachters
- Zusammenfassung aller Prozesse gegen GlobalisierungkritikerInnen in Gbg.
- ein Interview mit Rolf Gössner über die Repression in Göteborg (u.a.)
- eine Einschätzung zur Anti-Globalisierungs-Bewegung von Ilka Schröder
- diverse andere Texte und Einschätzungen zum Thema

Dank der Unterstützung von Netzwerk aus Berlin können wir die Broschüre kostenlos anbieten. Ihr müsst sie nur noch bei uns bestellen (Porto wäre nett).

Solikomitee für die Gefangenen in Göteborg
c/o Nico Roth
Postfach 770344
13003 Berlin
solikomitee@uni.de

Gewohnheit, Passivität und Geld

Ein Pamphlet zum Theorie- Praxis Verhältnis

Von Jan Jacob Hofmann

Seit mehr als fünfzig Jahren galt eine einfache Regel: Strom kauft man bei demjenigen, an dessen Leitung man hängt. Eine Handvoll Konzerne und eine Vielzahl kleiner Regionalgesellschaften und Stadtwerke teilten sich den Markt. Jeder Anbieter hatte in seinem Gebiet das absolute Monopol. Die Preise wurden von Aufsichtsbehörden, den Wirtschaftsministerien der Länder, kontrolliert. Die Preise lagen in Deutschland besonders für Industriekunden, aber auch für Privatkunden, über den Strompreisen anderer Industrienationen. Die großen Firmen der Branche kauften sich aus den Gewinnen ganze Konzerne zusammen. Sie dominieren heute auch die Müllwirtschaft und mischen im Ölgeschäft mit. Eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von Greenpeace vom April 1998, noch vor der Verabschiedung des neuen Energiewirtschaftsgesetzes, hatte ein großes Interesse der Befragten für die Nutzung erneuerbarer Energien ergeben. 88,1 Prozent seien demnach bereit, sich von einem Versorgungsunternehmen beliefern zu lassen, das seinen Strom überwiegend aus regenerativen Quellen bezieht. Von diesen würden wiederum 70,7 Prozent sogar einen höheren Preis für alternative Stromarten zahlen. Was ist aus diesen hochfliegenden Träumen der Atomgegner geworden, deren Verwirklichung ein schnelles Ende der Atomwirtschaft bedeutet hätte? Nicht viel! Die Stromwechsel - Zahlen, gerade auch unter uns politisch Interessierten und Aktiven, sehen mager aus. Ähnlich hoch dürfte die Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und tatsächlichem Verhalten sein.

Da kommt es zu dem folgendem paradoxen Verhalten: Du bist ein politisch denkender Mensch. Du bist kritisch, informiert. Deine Überzeugungen unterscheiden sich deutlich von denen der von dir sogenannten Bürgerlichen. Gleichzeitig hast Du dich freiwillig und bewusst entschieden, dass Dein Strom bitte mit Atomkraft hergestellt werden soll. Du nutzt jetzt gerade diesen Strom, Dein Kühlschrank läuft, dein Licht brennt und in diesem Moment wird für Dich Kernmaterial gespalten, in Kürze ist neuer Atommüll entstanden. Unter welchen Bedingungen das Uran gewonnen wurde, weißt Du vielleicht noch nicht einmal, aber die Endlagerungsproblematik ist dir bewusst. Nach Arhaus oder Gorleben soll der Atommüll natürlich nicht. Deswegen fährst Du demnächst auch wieder den Castor blockieren, wie schon häufig. Leider wollen »die Anderen« einfach nicht vom Atomstrom lassen. Die Politik nicht, die skrupellose Atomwirtschaft und die unaufgeklärte und unpolitische Bevölkerung. »Ja, wenn die Menschen doch nur aufgeklärter wären«, seufzt Du, und würdest noch am liebsten die Journalisten mit auf den Mond schießen, »weil der gleichgeschaltete Mainstream- Unterhaltungsapparat... die müssten doch sehen, dass...« Nein müssten sie nicht! Bzw.: Sie sehen es doch schon! Nur – wer sollte denn etwas ändern, wenn nicht mal Du als bestens Informierter es schaffst, deine politischen Überzeugungen in Taten, Handlungen und Lebensweisen umzusetzen? Wer soll es denn dann? Wie gesagt, Du bist ein politisch denkender Mensch. Du bist kritisch, eigenwillig. Einer der wenigen. Wenigen? Vielleicht sind es doch mehr als geahnt – man merkt halt nur leider nichts davon.

Bleiben wir beim Umsetzten von Überzeugung in die Praxis. Ich denke schon, dass dies früher oder später erfolgen sollte. Erst die Information. Dann die Meinungsbildung. Und dann? Hauptsache Informiert? Hauptsache präzise, ja sogar ganz, ganz präzise positioniert? Jawohl, da werden sogar eventuell wahlweise französische Philosophen und anarchistische Klassiker bemüht – »soll mir keiner nachweisen, dass meine Meinung nicht gerechtfertigt und wohl fundiert ist, gell?« Ist sie, beruhige Dich – sie ist hervorragend. Nur – was nützt es? Was kann sie bewegen außer den Verstand deines Gegenübers? Wir gehen demonstrieren, zeigen also unsere Meinung, versuchen sie vielleicht auch zu verbreiten, was möglicherweise sogar gelingt. Aber es bleibt Meinung. Und was haben wir dann? Eine Masse von Leuten die ja »eigentlich« dagegen sind (ca 60 % in der BRD), sich das jedenfalls sagen, aber nichts dagegen machen. »Man kann ja nichts machen. Es sind einfach zu wenig, die Zeiten sind ja so unpolitisch und früher...« Das ist genau der Zustand, wie ich ihn momentan wahrnehme: Es wird viel geredet und sich je nach Mentalität ge-

Seit Sommer 1998 ist das Gebietsmonopol gefallen. Bundeswirtschaftsminister a.D. Rexrodt hat eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht (Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998) umsetzen müssen. Jeder kann sich seinen Lieferanten frei aussuchen. Zusätzlich verabschiedete im Februar 2000 die Bundesregierung das Gesetz für erneuerbare Energien. Danach mussten die Betreiber der Stromnetze zukünftig Strom aus erneuerbaren Energien abnehmen und zu einem Mindestpreis vergüten.

Fotos: Jan Jacob Hofmann

wundert oder beklagt, dass sich zu wenig ändert. Theorie sollte die Grundlage der Praxis sein, aber nicht ihr Ersatz.

»Die Anderen. Die Regierung. Das System...« Aber wozu die Information? Wozu die Meinungsbildung? Warum Debatten, Diskussionen und Demonstrationen? Wenn das Ergebnis der Handlungen in bestimmten Bereichen nach diesen langwierigen Prozessen allen Ernstes genau so aussieht, wie es aussehen würde, wenn diese Prozesse nicht stattgefunden hätten, muß man sich schon mal fragen, ob man sich das Ganze nicht sparen könnte! Wozu also diese politische Kultur? Die Atomlobby nimmt auch gerne das Geld eines intelligenten, kritischen Nonkonformisten. Der darf auch gerne »Schwarzen Faden« lesen! Hat sie keine Probleme mit! Denn sie ist pragmatisch: Auch dieses Geld hilft ihr zu existieren, zu florieren!

Die Gewohnheit

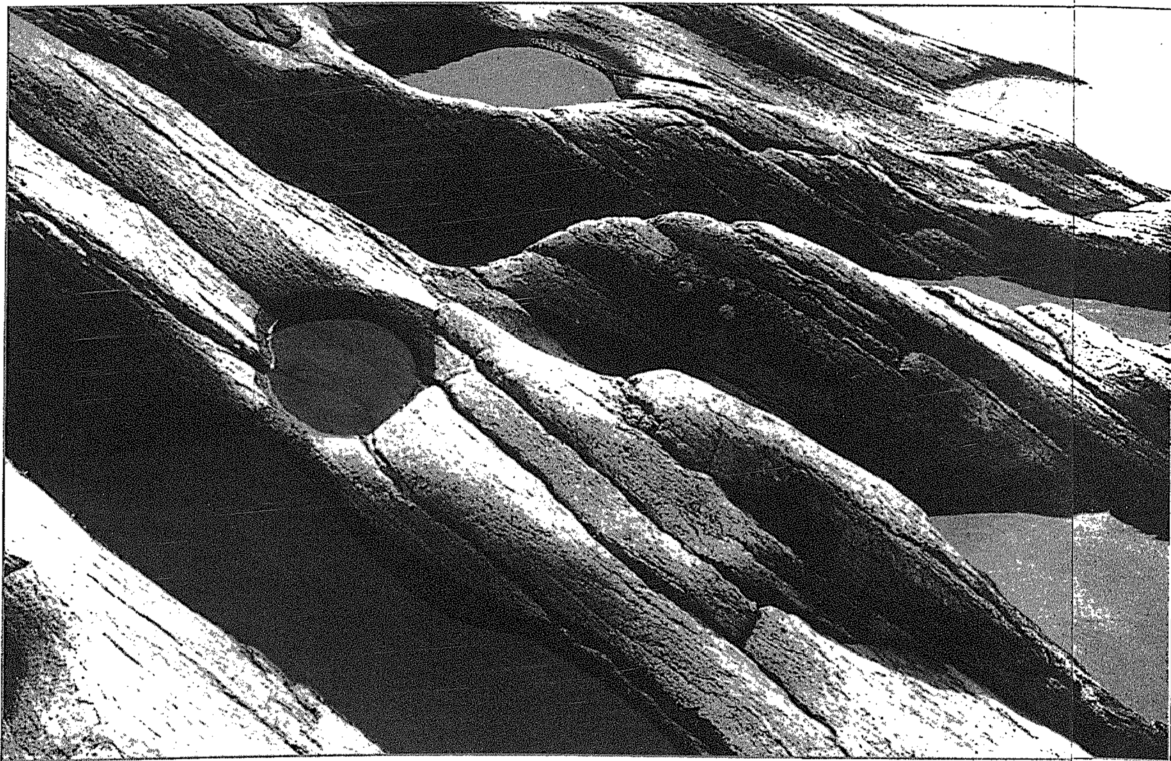
Aber: Im Zweifel für den Angeklagten. Nehmen wir also an, der Grund für mangelnden Stromwechsel bzw. gestörtes Theorie - Praxis Verhältnis in der Linken ist einfach die Gewohnheit. Nicht Ignoranz oder Egoismus oder Lust am eigenen Untergang, nicht Unfähigkeit oder Richtungslosigkeit, nein, einfach Gewohnheit.

Wir gehen aus Gewohnheit demonstrieren in Gorleben und behalten aus Gewohnheit unseren alten Stromvertrag. An die Bedrohung durch den GAU haben wir uns auch schon lange gewöhnt. »Vertragswechsel bedeutet sicher viel Papierkram, man muß sich informieren, und vielleicht ist dann irgendwann der grüne Strom alle und der Computer stürzt ab, wer weiß? Bisher ging es doch auch prima, warum also etwas ändern...« Tja, also – das mit dem Informieren stimmt schon, der Rest sollte vielleicht noch mal dringend auf den Prüfstand! Letztendlich ist das mit der Gewohnheit als Grund für das fortbestehen der Atomenergie vielleicht gar nicht so lustig, wie es hier klingt...

Sehr wirkungsvoll ist übrigens auch der kleine Bruder der Gewohnheit, das Aufschieben. Möchte nicht wissen wieviele AKW's laufen, weil manche sagen, »Stimmt – ich wechsele!« Und dann damit warten und warten und warten.

Die Unbewusstheit

Was ich Eingangs absichtlich provokativ dahingestellt habe, das mit der bewussten Entscheidung für den Atomstrom, ist vielleicht auch nicht unbedingt so gegeben. Der Durchschnittsnutzer sagt wohl eher nicht »Ich möchte ganz bewusst meinen Strom aus Uran erzeugt wissen, weil...« Eines hätte er vielen anderen dann aber Voraus: Sein Handeln stünde wenigstens im Einklang mit seinem Denken! Dies ist ein Zustand, den man nur jedem Menschen wünschen kann. Andererseits frage ich mich häufig, ob Atomkraftgegner ihre Entscheidung für den Atomstrom denn wirklich bewusst getroffen haben bzw. sich die



Tragweite dieser Entscheidung auch nur einmal vor Augen geführt haben. Eigentlich sollte man das von den meisten der sich als aufgeklärter wahrnehmenden Teilen der Bevölkerung erwarten dürfen. Nur – ist es denn so? Wurde diese Entscheidung bewusst getroffen, und das heißt, z.B. auch nach hinreichender Zuhilfenahme von Information über den Stromversorger? Ich habe da meine Zweifel. Gerade in diesem Bereich sollte diese Entscheidung aber zumindest bewusst getroffen werden, Uran und Plutonium sind eben kein Spaß.

Die Passivität

Erwarten wir nicht doch mehr von der Politik, als es einem autonomen oder anarchistischen Selbstverständnis verträglich wäre? Ich rede bestimmt nicht Bestrebungen das Wort, der Politik aus der Verantwortung zu nehmen, die Kritik am laxen, halbherzigen und vor allem noch immer nicht vollzogenen sondern nur beschlossenen Atomausstieg einzustellen und die Verhältnisse passiv zu akzeptieren. Ich denke aber, eine Aktivität kann am ehesten von der eigenen Person erwartet werden. Wer soll denn über unser Geschick und Schicksal entscheiden, wir oder die Regierung? Ein Appell an die eigene Aktivität wäre nicht legitim, wären die gesetzlichen Bestimmungen noch so, wie vor zehn Jahren. Sind sie aber nicht! Ein weiter Teil der Linken beklagt sich jetzt also über die Laufzeit von 30 Jahren von AKW's obwohl genau dieser Teil der Bevölkerung den Ausstieg nicht nur wahr werden lassen könnte sondern kann. Ist diese These blauäugig oder naiv? »Stell dir vor es geht, und keiner kriegt's hin«...

Aber nein – die Initiative soll bitteschön von der »bösen« Atomwirtschaft selbst kommen, ausgerechnet denen, die nun wirklich ein Interesse daran haben, dass die Atomwirtschaft blüht. DAS nenne ich blauäugig und naiv! Man kann zwar einwenden, dass nicht die Wirtschaft, aber die Politik doch wenigstens den Ausstieg praktizieren könnte, wo sie doch unabhängig von der Wirtschaft zum Wohle der Bevölkerung... – Ah ja, soso, na dann...!

Schönau: Ein Dorf wird zum Störfall

1986, nach dem GAU von Tschernobyl, finden sich in Schönau Bürger, die tatkräftig zum Ausstieg aus der Atomenergie beitragen wollen. Sie organisieren Stromsparwettbewerbe, reaktivieren Wasserkraftwerke und finanzieren Blockheizkraftwerke. Da der regionale Energieversorger, die Kraftübertragungswerke Rheinfelden, die Aktivitäten ständig blockiert, fassen die Bürger den Entschluß, die Energieversorgung der Gemeinde zu übernehmen, um die Rahmenbedingungen ökologischer Energieversorgung selbst zu bestimmen. Nach jahrelangem politischen Kampf, zwei Bürgerentscheiden und einer beispiellosen Öffentlichkeitskampagne (Ich bin ein Störfall«), die von Umweltschutzverbänden, kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen unterstützt wird, erhalten die Bürger 1997 die Stromkonzession für die Stadt Schönau. Die Elektrizitätswerke Schönau sind das erste bürgereigene Energieversorgungsunternehmen, das direkt aus der Anti-Atom-Bewegung hervorgegangen ist, und das einzige Energieversorgungsunternehmen, das auch in seinem Versorgungsgebiet an alle seine Kunden nichts anderes verkauft als Strom aus regenerativen Energien und Kraftwärme-Kopplung: Schönau ist »atomstromfrei«. Die Bürger verwirklichen nach und nach alle ökologischen Forderungen einer nachhaltigen Energiepolitik: stromsparfördernde Tarife, keine Genehmigung von neuen Stromheizungen (vielmehr eine Prämienzahlung für den Ausbau von Stromheizungen), Förderung der Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplung durch bessere Einspeisevergütungen. Der Anteil des vor Ort umweltfreundlich erzeugten Stroms steigt ständig und 3 Jahre nach der Stromnetzübernahme wird schon 1 % des Schönauer Tarifstroms von der Sonne erzeugt!
Quelle: EWS Schönau



Wir leben vielleicht in einer abstrakten, und uneinsichtigen Struktur, aber wir haben immer noch einen Entscheidungsspielraum. Diesen gilt es zu nutzten, denn dieser wird auch wieder die Struktur verändern. Wir sind Teil der uns umgebenden Struktur, und wir sind nicht ohne Einfluss. Wie groß, sei dahingestellt, aber es gibt ihn – Näheres dazu unten. Der liberalisierte Strommarkt hat es möglich gemacht: Wir können durch unseren Stromeinkauf »Geldströme umleiten« – weg von zentralistischen, verschwenderischen, umweltzerstörenden Strukturen zu dezentralen, sparsamen und ökologischen Strukturen! Die Frage, »Wen beauftrage ich, meinen Strom für mich zu produzieren« ist dabei ganz zentral.

Das Geld

Hier sind wir bei meinem »Lieblingsargument« für Atomstrom: »Die Alternative ist einfach zu teuer«. Dies wird auch gerne behauptet, ohne vorher mal eine Gegenrechnung gemacht zu haben. Und dies wird auch von den 80% der Bevölkerung behauptet, die sich den Strom, wenn er denn teurer wäre, trotzdem noch leisten könnten. Handys, Videorecorder, cooles Outfit – alles geht. Aber mehr zahlen für Strom, und sei es auch nur soviel wie ein, zwei Päckchen Zigaretten im Monat – nein, zu viel verlangt, punktum! Nun – Prioritäten zeigen den Standpunkt. Und den sollte man dann auch zumindest mal ganz klar benennen, um der Erkenntnis willen!
Zu teuer! Klarer und liebenswerter hätte es ein Plantagenbesitzer in Südamerika, der Sozialabgaben und Mindestlöhne für seine ArbeiterInnen zahlen soll, auch nicht ausdrücken können! Eine Alternative zur Massentierhaltung? – Zu teuer! Fairer Handel? Weniger Ausbeutung in Mexiko, Umweltauflagen, Asyl? Prima, darf aber nichts kosten! Das beste System des Wirtschaftens ist natürlich das billigste! Mit welcher Bereitwilligkeit doch von gestandenen Linken kapitalistische Denkmuster das Handeln bestimmen, wenn's denn grad' mal bequem ist. Wohlgemerkt, ich spreche nicht von dem Anteil der Bevölkerung, der sich eine Mehrausgabe wirklich nicht leisten könnte. Geld als übergeordnete Macht? Geld als alles bestimmende Instanz? Ich dachte, wir kämpfen dagegen! Nein? Ach so, mal wieder was falsch verstanden... Dennoch frage ich mich, ob diese Menschen denn keine Probleme mit einer gewissen Inkonsequenz verspüren.

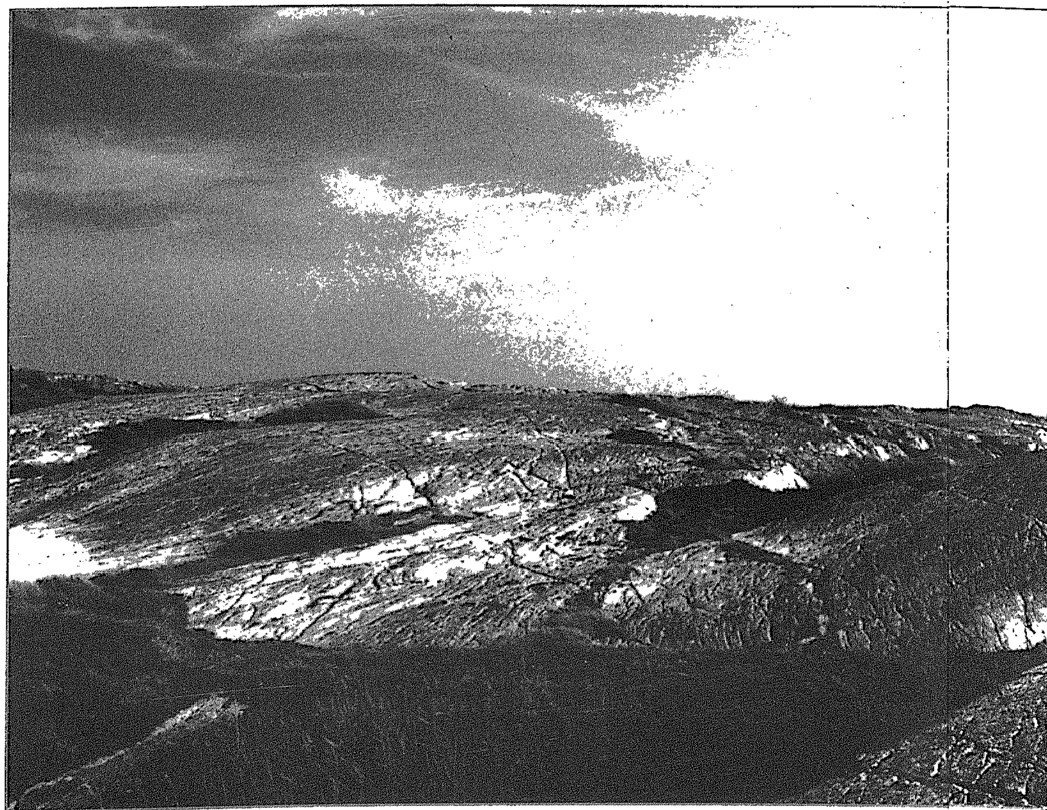
Andererseits ist es immer gut, wenig Geld auch für grünen Strom zu zahlen. An erster Stelle fällt mir natürlich ein, ein ökologisches Nutzungsverhalten zu entwickeln. Manche haben dies schon aus ethischen Gründen getan, andere merken dann an der Stromrechnung, die unangenehm hoch ausfällt, dass es an der Zeit ist, auf den Stromverbrauch zu achten. Stromverschwendung ist glücklicherweise teuer, und das gilt dann besonders für den kostbaren ökologischen Strom. Aber das mit der Stromverschwendung kann man ja auch ändern: Es geht um eine grundsätzliche Entscheidung: Will ich selbst ökologisch oder eher konventionell Leben? Konventionelles, unbedachtes Wirtschaften geht schlecht mit ökologischer Stromerzeugung zusammen, da wird es dann wirklich schnell teurer.

Ein anderer Kosteneinsparfaktor kann der Stromvertrag selbst sein: Es gibt Verträge und Anbieter mit höherer Grundgebühr und dafür weniger Strompreis pro Kilowatt und umgekehrt. Ein für den eigenen Stromverbrauch passender Modus kann gewählt werden und mag dann sogar günstiger sein als der alte, bisher (aus Gewohnheit und weil ökologischer Strom ja ach so teuer ist) beibehaltene Stromvertrag. Im Internet gibt es sogenannte Stromrechner: Einfach die durchschnittlich verbrauchte Strommenge und den Strompreis des jetzigen Anbieters eingeben und sich ökologischere Anbieter automatisch auflisten lassen. Die Differenz muß nicht einmal zum Teureren hin liegen! Zuguterletzt gibt es auch bei den ökologischen Stromanbietern Preis- und Qualitätsunterschiede (in der Art der Stromerzeugung), man wähle das, was einem am besten passt! Die Greenpeace - Seiten geben dem/der Interessierten gute Kriterien an die Hand, was einen wirklich ökologischen Stromanbieter von einem Blender unterscheidet. Wie beim telefonieren, so gilt auch hier: weder das billigste noch das teuerste Angebot ist immer das beste. Ansonsten: Wenn grüner Strom teurer ist, ist das häufig auch mit Absicht so: Mit den zusätzlichen Einnahmen versprechen die Firmen, neue regenerative Energieanlagen zu bauen.

Ein Kostenfaktor für den Strom ist auch die sogenannte »Durchleitungsgebühr« Der Preis für die Benutzung der Netze durfte von den Energieversorgungsunternehmen und dem Bundesverband der deutschen Industrie frei ausgehandelt werden. Herausgekommen war anfangs ein wirksames Mittel zur Verhinderung von Durchleitung des Stroms anderer, vielleicht gar ökologischer Anbieter. Die Netzbetreiber wurden aber gezwungen, diese Gebühren zu senken und transparent zu machen

Eigene Verantwortung

Das Herz eines jeden Anarchisten müsste angesichts der momentanen gesetzlichen und politischen Gegebenheiten jauchzen: Kann er doch endlich selbstbestimmt entscheiden, welchen Strom er nimmt! Nichts und niemand zwingt irgendwen, die Freiheit ist da, zumindest in diesem kleinen Bereich. Er braucht sie aber nicht zu ergreifen, leider. Aber: Die Verantwortung kann jetzt auch nicht mehr alleine auf die anderen oder die Politik geschoben werden! Tun wir dies, spielen wir deren Spiel »Ich würde ja gerne aber die anderen/Sachzwänge/das System...« prima mit: Verantwortung wird delegiert. Es ist eine Situation eingetreten, in der wir uns nicht »nicht« verhalten können. – egal was wir tun – es zählt, und das sogar ganz buchstäblich: Entweder läuft der Gebührenzähler für die Atomindustrie, für einen konsequent ökologischen Betrieb oder für eine verwässerte Mischform aus beiden. Wir wählen!



Subtile Mechanismen: Sich-selbst-erfüllende Prophezeiungen und die »Opfer-Haltung«

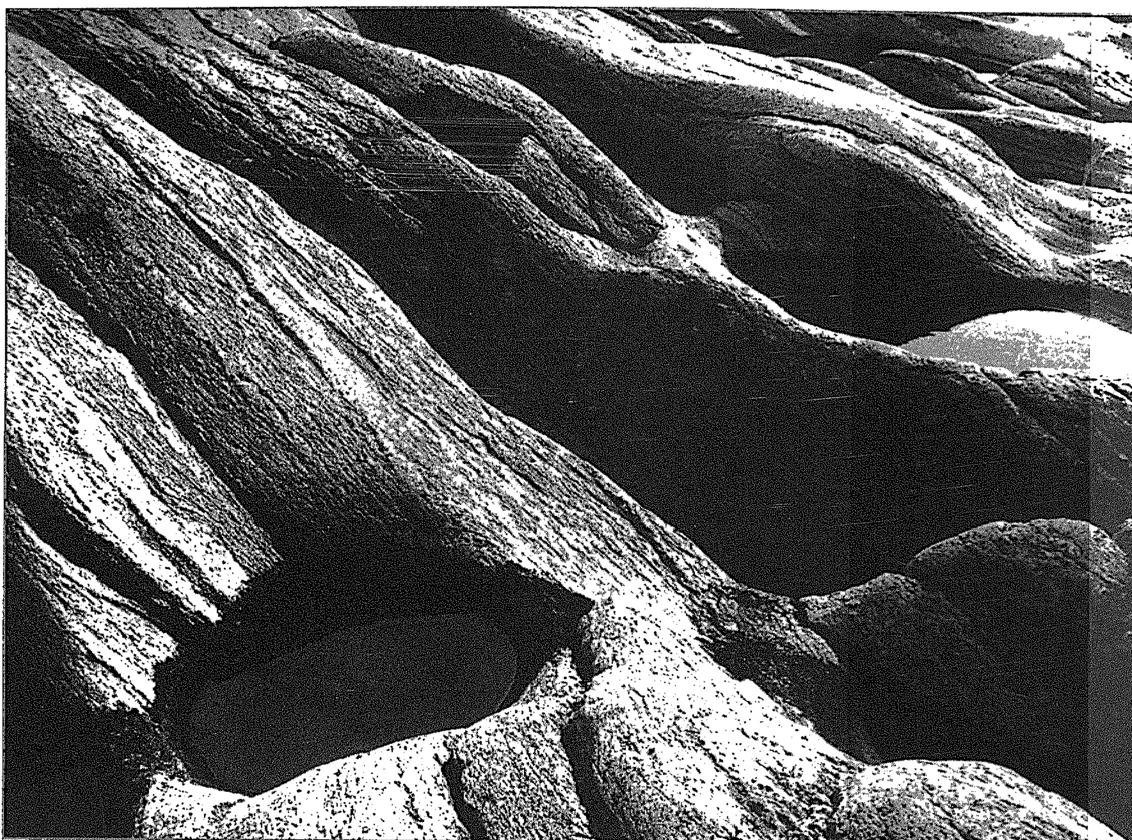
Wie kommt es aber, dass viele sich weiterhin gegen einen Stromwechsel entscheiden, obwohl sie »eigentlich« dafür sind, schon aus Gründen der Vernunft? Bei vielen höre ich eine Haltung heraus, die einen Stromwechsel als Augenwischerei abtut. »Die Konzerne sind einfach zu mächtig, ich als Einzelner kann ja nichts tun«. Und so wird nichts getan. Und so ändert sich auch nichts. Obwohl der Ausgang des Experiments völlig offen ist, wird so getan, als stünde das Ergebnis schon fest. Dies Verhalten hat Vorteile: Erstens: wir brauchen uns nicht mehr zu verhalten, da die Würfel ja schon gefallen sind! Das ist bequem. Zweitens: Uns wird die Unsicherheit über den Ausgang des Experiments genommen, das, so paradox es in diesem Falle einer Risikotechnologie ist, »beruhigt«, gibt Sicherheit. Drittens: wir nehmen uns als Opfer wahr, und Opfer sind immer die Armen, Guten, Wehrlosen. Zusätzlich zur Zufriedenheit, dass das Ergebnis unser Handlung genau unseren Taten entspricht (Die Atomindustrie prosperiert), wird sich also beklagt und der »Opfer- Bonus« gleich auch noch mitgenommen. In der Linken spielt die Solidarität mit Opfern eine besondere Rolle. So wird sich dann in politischen Zusammenhängen schließlich unter-

einander die Bestätigung gegeben. Wir solidarisieren uns in unserer »Opferrolle« der Atomindustrie gegenüber, das erzeugt dann Gemeinschaft. Opfer sein bringt Zuneigung.

zeugter Strom und weniger Atomstrom produziert wird, kann nur mit ja beantwortet werden, wenn die Nachfrage und dadurch wiederum die Produktion grünen Stroms das Maß an ökologischer Stromproduktion übersteigt, das vor der Liberalisierung gegeben war.

und empfehlen bestimmte Stromerzeuger, die diesen ökologischen Kriterien entsprechen.

Kommt der grüne Strom wirklich vom Windrad? Prima! – Langsam gehen wir jetzt zum praktischen Teil des Atomausstiegs über. Eine gewisse Skepsis ist immer



Skeptische Fragen und praktische Tipps

Nun drängen sich dem Wechselwilligen auch immer wieder bestimmte Fragen auf, die, bleiben sie unbeantwortet, garantiert einen Stromwechsel verhindern! Die häufigste Frage ist: wird vielleicht der ohnehin ökologisch erzeugte Strom jetzt nicht für teurer an die Gutwilligen verkauft, wo er vorher noch in das gesamte Netz mit eingespeist wurde? Betrachten wir Angebot und Nachfrage: Vor der Liberalisierung des Strommarktes gab es zwar ein Angebot und eine Nachfrage nach grünem Strom, sie ließ sich aber nicht fassen, da sie vom konventionellen Sektor nicht separiert werden konnte. Strom z.B. aus Wasserkraft wurde einfach in das gesamte Stromnetz gespeist und der Nutzer erhielt automatisch einen geringen Prozentsatz an diesem Wasserkraft- erzeugten Strom in seine Steckdose. Jetzt lässt sich die ökologische Energieerzeugung separat betrachten und die Frage, ob jetzt mehr ökologisch er-

Nun ist das Geschehen nicht statisch, sondern dynamisch. Die Nachfrage kann sich verringern oder ansteigen, und das Angebot wird ihr folgen. Das gilt für grünen Strom genauso wie für den eklig-gelben aus Atomkraft. Deswegen ist es eben nicht ohne Bedeutung, wie wir uns verhalten, denn wir bestimmen durch unser Geld, welcher Sektor wachsen soll und welcher nicht. Dieses Steuerungsinstrument ist erst seit der Strommarktliberalisierung vorhanden. Es ist jetzt eine völlig neue Situation gegeben, erstmals seit Beginn der Stromproduktion überhaupt. Wir haben es in der Hand: wenn sich die Nachfrage an ökologisch erzeugtem Strom erhöht, wird die Atomkraft bald am Ende sein! Dies funktioniert am besten, wenn wir uns bei der Wahl des Stromerzeugers informieren und einen wählen, der ausschließlich ökologisch erzeugten Strom produziert, keinen Atomstrom hinzukauft und auch keine Tochter eines Atomkonzerns ist. Naturschutzbünde und Greenpeace stellen entsprechende Informationen zur Verfügung

angebracht, wo wir ja auch kritische Menschen sind. Aber im Ernst: der Stromerzeuger sollte tatsächlich genauestens unter die Lupe genommen werden! Selbst die fettesten Atomkonzerne bieten »grünen« Strom für Blöde an! Wer auf Nummer Sicher gehen will, nimmt einen von Greenpeace oder einer Naturschutz-Organisation empfohlenen Erzeuger. Greenpeace hat eine vorbildliche Stromerzeugungs-Genossenschaft gegründet. Die Seiten der Naturschutzbünde listen die Namen und Adressen der infrage kommenden Stromanbieter auf. Dies tun auch die Stromrechner-Seiten, bei denen auch noch alle anderen Stromanbieter dabei sind. Wer also gerne einen ökologischen Stromanbieter möchte, kann sich auch selbst informieren: z.B. Auf den Seiten des Stromerzeugers im Internet. Ist die Herkunft des Stromes transparent, glaubwürdig und deutlich dargestellt? Wenn nicht, ist zumindest Vorsicht angebracht. Ein Anruf bei der Hotline kann kritische Fragen beantworten – oder auch nicht. Wird abgewie-

Es gibt keine Sicherheit - Leben mit komplexen Systemen

von Markus Metz

Obwohl wir ständig mit kleinen und großen Fehlern konfrontiert sind, glauben wir Wissenschaftlern oder Politikern bereitwilligst, dass sie für uns alles unter Kontrolle haben. Instinktiv wissen wir eigentlich sehr wohl, dass es nicht stimmt, aber wir wollen es nicht wahr haben. Dabei sind wir selbst, die Welt und das Universum nichts anderes als eine Reihe von Experimenten. Mit offenem Ergebnis.

Mitte der 70er Jahre prägte der amerikanische Mathematiker James Yorke den Begriff »deterministisches Chaos«. Mit fraktaler Geometrie, selbstähnlichen Apfelmännchen und Schmetterlingseffekt gab die Chaosforschung in den 80ern einen angenehm gruseligen Medienhype. Dann kam der nächste Hype: das Internet. Das Chaos verschwand aus den Medien, aber nicht aus dem Universum. Das Ganze ist mehr, als die Summe seiner Teile: seit Mitte der 80er Jahre wird die Chaosforschung von der wissenschaftlichen Gemeinde ernst genommen. Aber ein einvernehmlicher Begriff für die jüngste wissenschaftliche Revolution muss sich erst noch herauskristallisieren: die einen sprechen etwas salopp von »Chaos-Forschung«, andere abstrakter von »Nichtlinearität« oder von der »Theorie komplexer Systeme«.

Die nichtlinearen Wechselwirkungen zwischen den Elementen eines komplexen Systems zeigen sich nicht nur als katastrophale Bedrohung, sondern auch als geradezu kreatives Phänomen: in Form von dynamischen Rückkopplungen wirkt ein System auf sich selbst und entwickelt sich weiter. Es kommt eine evolutionäre Selbstorganisation in Gang. Zusammen mit natürlichen Auslese- und Optimierungsprozessen könnte eine solche Selbstorganisation der Materie in der Frühzeit der Erde zum Entstehen von Leben geführt haben. Die gleichen Wechselwirkungen, die ein System nicht berechenbar machen, sind also auch Quelle für dessen Vielfalt an Entwicklungsmöglichkeiten.

Vor gut 15 Jahren brachte der Soziologe Ulrich Beck das Lebensgefühl und die Lebensbedingungen der 80er Jahre mit dem Begriff »Risikogesellschaft« auf den Punkt. Verändert haben sich die Risikobedingungen nicht, in den 90er Jahren wollten wir aber nichts mehr wissen vom katastrophischen Potential der komplexen Systeme Technik und Mensch. Mag sein aus Überdruß, sicher spielte auch eine Rolle, dass nach dem Zusammenbruch des Sozialismus die Konkurrenz der politischen Systeme wegfiel.

Eine phänomenale Verdrängungsleistung verbannte die Risikogesellschaft aus dem Bewusstsein – trotz Gentechnik im Essen, schwindender Ozonschicht, geklonter Schafe, sogenannter »ethnischer Säuberungen« und der Aussicht auf geklonte Embryos. Das 21. Jahrhundert hat mit dem Jahr-2000-Problem und BSE gleich von Anfang an deutliche Hinweise parat gehabt, die fast jeden direkt betreffen, aber eher zur Folge haben, dass sich Resignation breitmacht. Nicht nur wer im Kino »Outbreak«, »Die Hard«, »Falling Down«, »Universal Soldier«, »Tomorrow Never Dies« oder »Speed« angeschaut hat – nein, jeder der sehenden Auges durch die Welt gegangen ist, hat gewusst, daß mit allem zu rechnen ist. Auch vor dem 11. September.

Es gibt keine absolute Sicherheit. Die Theorie der komplexen Systeme hat uns neue, unbequeme Einsichten in die Möglichkeiten und Grenzen sicherer Vorhersagen und objektiver Erkenntnisse geliefert. Hinter der weitverbreiteten Bereitwilligkeit, den Sicherheits- und Berechenbarkeitsversprechen Glauben zu schenken, steckt vielleicht eine Sehnsucht nach dem so wunderbar einfachen mechanistischen Weltbild des 19. Jahrhunderts: vorne x rein, kommt hinten das exakt vorausberechenbare y raus. Kann sein, daß der menschliche Geist der Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis etwas hinterherhinkt. Einerseits schwingt sich dieser menschliche Geist zu immer höheren Leistungen auf, andererseits fehlen ihm die Mittel, die Folgen seines Tuns zu überblicken, geschweige denn zu kontrollieren. Was aber kein Grund sein sollte, in Apathie oder Angststarre zu verfallen: die Experimente laufen – in Wissenschaft und Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Vielleicht könnte unserer überversicherten Gesellschaft ein Rückblick auf die unversicherte Urgesellschaft unserer Vorfahren nicht schaden, die sich die Risiken ihres Lebens immer wieder bewusstmachen mussten, um nicht Gefahr zu laufen, dieses postwendend auszuhauchen. »Ich weiß, daß ich nichts weiß«, erkannte vor 2500 Jahren Sokrates, dessen Lehre darauf abzielte, Wissen und Handeln in Übereinstimmung zu bringen. Je mehr wir seit Sokrates wissen, desto deutlicher wird, was wir alles nicht wissen.

gelt oder ausweichend geantwortet? Aha! – kein gutes Zeichen! Damit beim Ökostrom nicht gemogelt wird, vergeben Firmen wie das Freiburger Öko-Institut und der Verein »Grüner Strom« Zertifikate. Geprüft wird, ob der Anbieter immer genug Ökostrom produziert, und das nicht nur bei Wind oder Sonnenschein, und ob die zusätzlichen Einnahmen auch tatsächlich in Anlagen für regenerative Energien fließen. Vorsicht: der TÜV, dessen Zertifikat zum Beispiel den »Aquapower«-Strom der Bayernwerke ziert, prüft diesen wichtigen, letzten Punkt nicht!

Kommt der grüne Strom denn auch wirklich bei mir an? Nein, tut er nicht! Es geht ausschließlich darum, die Nachfrage wie oben erklärt zu steigern. Strom wird über nationale Entfernungen im Höchstspannungsnetz bereitgestellt, im Hochspannungsnetz weiträumig verteilt, in Mittelspannung bis zu Werksanschlüssen und Straßenzügen geliefert und kommt mit Niedrigspannung in die Häuser. Dabei ließe sich im nachhinein nie beweisen, aus welchem Kraftwerk der Strom gerade kommt. Physikalisch fließen die Elektronen immer den kürzest möglichen Weg. Genaugenommen wird ein Kunde also im freien Markt den Strom nie wirklich von »seinem« Lieferanten bekommen. Entscheidend ist lediglich, daß der Lieferant (möglichst gleichzeitig mit dem Verbrauch) irgendwo im Verbundnetz die entsprechende Strommenge einspeist.

Und jetzt die letzte Frage: Wird mit grünem Strom mein Licht flackern, der Computer abstürzen oder vielleicht ganz das Licht ausgehen? Antwort: Nein!, nein! nein!

Adressen

Die Stromseite – Anbieter,Strompreise, Gebührenrechner: http://www.stromseite.de/

Stromtarife + Anbieter: http://www.stromtarife.de/

Informationen über Uranförderung: http://www.nuclear-free.com/

Greenpeace Online: http://www.greenpeace.de

Stromanbieter wechseln ist einfach: man suche sich den neuen Anbieter und nehme z.B. telefonisch Kontakt auf. Man bekommt dann ein Anmeldeformular geschickt. Man füllt es aus und schickt es zurück. Alles andere, auch das Kündigen des alten Vertrages, erledigt der Anbieter für Dich. Stromwechseln kann wirklich jeder, der eine Stromrechnung bezahlt. Das können natürlich auch Leute, die zur Miete wohnen, WGs, Büros, Firmen und Betriebe machen. Kinderläden, Kneipen und Kinos. Auf geht's!

Revolution aus der Dose

von Harald Romacker

Als mir obiges »Pamphlet« eines schönen Tages in die Mailbox flatterte, dachte ich zunächst: schön, ein Artikel über Ökostrom. Etwas spät vielleicht – aber warum nicht. Ich wurde eines Besseren belehrt – hier sollen also nicht Für und Wider verschiedener Möglichkeiten des Ökostrombezugs oder gar die Hintergründe des Energiemarkts erläutert werden, sondern anhand des Beispiels Ökostrom soll das angeblich gestörte Theorie-Praxisverhältnis all derjenigen Linken angegangen werden, die sich bislang nicht entschlossen haben, ihren Stromvertrag zu ändern und wahrscheinlich auch sonst nicht ideologisch korrekt konsumieren.

Dabei arbeitet der Autor mit Unterstellungen und Annahmen, die, wie sich herausstellen wird, unzutreffend sind oder sich nicht werden halten lassen.

Die erste Annahme – der Grund, warum ausgerechnet das Ökostromthema gewählt wurde -dass nämlich die Sache unstrittig ist, weil wir uns gegen Atomkraft ja schon immer einig waren, zeigt nur, dass es mit der »Wohlfundiertheit« der oben vertretenen Position so weit her nicht sein kann. Einer wohlfundierten Position sollte zumindest nicht entgehen, dass es um das Thema innerhalb der Linken schon vor jetzt gut zwei Jahren eine entsprechende Debattei gegeben hat, wobei sich – das ist jetzt meine Überzeugung – herausgestellt hat, dass es eben nicht ausreicht, nach mehr oder minder oberflächlicher Information seinen Stromvertrag zu wechseln, um sicher sein zu können, jetzt etwas für den Ausstieg getan zu haben, sondern dass es schlimmstenfalls, wie wir sehen werden, sogar das Gegenteil bewirkt. Dieser Irrtum, so denke ich, resultiert aber schon aus einem viel grundsätzlicheren Irrtum, nämlich der Annahme, dass Konsumentenpolitik eine einfache Sache ist, sozusagen das Mindeste was man tun kann, und wer nicht seinen Stromvertrag wechselt, die kann sich nach dieser Sicht der Dinge auch nicht mehr ernst nehmen, wenn sie gegen den Castor demonstriert. Die Politik fängt aber nicht im Supermarkt an, sondern sie ist dort zu Ende, wie ich zum Schluss versuchen werde zu zeigen. Aber bleiben wir zunächst mal beim Strom.

Von Ökostrom und Binnenmarkt

Damit im »freien Europa« freie Waren – und eine solche ist auch der Strom, wenn man das so will – frei gehandelt werden können, und damit alles seine Ordnung hat, gibt es Binnenmarktrichtlinien. Die nationale Umsetzung der europäischen Binnenmarktrichtlinie Elektrizität ist das deutsche Energiewirtschaftsgesetz aus Kohl´schen Zeiten: Ziel der EU-Richtlinie ist unter anderem die »Stärkung der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft«. Wie immer, wenn ein Standort gesichert werden soll, wird ein weiterer Bereich der Gesellschaft dem Markt unterworfen. Abgeschafft wurde dadurch ein leidlich funktionierendes, bestens geschmiertes und relativ teueres System monopolisierter kommunaler Energieversorger. Durch Konkurrenz sollte Strom billiger werden.[2]

Nachdem die rot-grüne Bundesregierung am Ruder war, wurde dieses Gesetz nicht etwa geändert – schließlich war es ja auch ein Vorhaben dieser Regierung, Energie mittels Ökosteuer zu verteuern – stattdessen wurde im Zuge der Umsetzung dieses Gesetzes und wohl auch, um den sogenannten Atomkonsens ein wenig schmackhafter erscheinen zu lassen, vor nunmehr ungefähr zwei Jahren(!) eine Ökostromkampagne, u.a. in der TAZ mit extra Beilage usf. losgetreten[3].

Wer also für den Atomaustieg ist, der muß fortan auch keinen Atomstrom mehr

kaufen, sondern der bekommt auf dem sogenannten freien Markt »sauberen« Strom aus der selben Steckdose – freilich etwas teurer, aber so ist das eben, wenn man im Ökoladen einkauft. Dafür darf mensch sich mit der Stromrechnung auch ein wenig darüber hinweg trösten, dass das mit dem Atomausstieg im Konsens noch 30 Jahre dauert.

Die Möglichkeit, seinen Energieversorger angeblich frei wählen zu dürfen, ist also mitnichten ein von der Antiatombewegung erkämpftes Privileg, um die Atomindustrie angreifbar zu machen, sondern es ist ein Effekt neoliberaler Energiepolitik, deren erklärtes Ziel es ist, Energie billiger zu machen. Wie mensch sich denken kann, dürfte es aber vor allem darum gehen, den Konzernen einen direkten Zugriff auf den Markt zu verschaffen. Herausgesprungen ist dabei u.a. ein Posten als Superpressesprecherin beim Atomkonzern Eon (ehem. Veag) für Gunda Röstel, vormals Vorstandsmitglied bei den Grünen.

Der Energiemarkt, das sei hier nebenbei bemerkt, hat dabei Vorzüge, die sonst fast nur die Trinkwasserversorgung bietet: Es handelt sich um ein »natürliches Monopol«, d.h. wer die Leitung hat, der macht das Licht aus oder an (resp. den Hahn zu). Und Strom ist in einer modernen Gesellschaft praktisch unverzichtbar.

Die deutschen Atomkonzerne, befreit aus dem Korsett der alten Rechtslage – mit kommunalen Energie- und Wasserversorgern – konnten sich so, bestens vorbereitet und ausgestattet, mit den Kompetenzen der privatisierten und aufgekauften ehemaligen kommunalen Versorgungsträger dem internationalen Wasser- (RWE), Erdgas (Eon)[4] und Stromgeschäft widmen. Man kann in diesem Zusammenhang die Ökostromkampagnen durchaus als eine Art Befriedungsstrategie sehen: Weil der versprochene Atomausstieg trotz Grünen an der Regierung ausblieb, wird nunmehr jedem sein privater Ausstieg zum Kauf angeboten – für die Anti-AKW Bewegung hätte es den Abschied von der Politik bedeutet, sich darauf einzulassen.[5] Wie mensch da auf die Idee kommt, angesichts der gegenwärtigen Gesetzeslage gäbe es für Anarchisten Grund zum jauchzen, bleibt mir schleierhaft.

Einfache Rechnung

Nun, könnte man sagen, wenn es schon soweit ist, dann kann ich ja trotzdem, oder vielleicht sogar gerade deswegen auf Ökostrom umsteigen. Aber wenn man dabei nicht aufpasst, erreicht man damit das Gegenteil des erwarteten Effekts. Der bundesdeutsche Strom-Mix enthält schon seit einiger Zeit (neben dem Hauptanteil von Braunkohle und Atom) auch etwa 4 % Anteile aus alten Wasserkraftwerken, die im Eigentum der großen Stromversorger stehen, sowie einen zunehmenden Anteil (zur Zeit etwa 2 %) aus privaten Wind-, Biomasse- und Solaranlagen, die ins öffentliche Netz einspeisen. Bis zur Erfindung des Ökostroms wurde dieser Strom-Mix ohne Rücksicht auf seine Bestandteile verkauft. Dabei wurde ein Mischpreis aus den Gestehungskosten für Atomstrom, Braunkohlestrom, Wasserkraftstrom und sonstigem »Ökostrom« gebildet und in Rechnung gestellt. Ökostromkunden wird nun versprochen, sie würden zukünftig nur umweltfreundlichen Wasserkraftstrom oder anderen Ökostrom erhalten, wenn sie dafür freiwillig ein paar Pfennige Zuschlag zahlen. Der Stromverkäufer kassiert sodann von den Ökostromkunden einen höheren Strompreis als den bisherigen Mischpreis. Den übrigen Kunden (denen egal ist, wie ihr Strom erzeugt wurde), kann der Stromverkäufer zum Ausgleich einen niedrigeren Strompreis für ihren »Egalstrom« berechnen.

Erst wenn mehr Wasserkraftstrom (oder Windstrom oder Solarstrom) verlangt würde, als vorhanden ist, wäre der Stromhändler gezwungen, sich um neue Wasserkraft-, Windkraft- oder Solaranlagen ernsthaft zu bemühen. Doch in diese »Gefahr« gerät er nicht, weil nämlich der Anteil des Ökostromes an der Gesamtstromproduktion weit schneller anwächst als die Zahl der Ökostromkunden. Bis zum Jahr 2010 soll der Anteil an Ökostrom bereits auf 12% am Strommix angewachsen sein, fordert z.B. die Europäische Union. Soviel Menschen, die freiwillig mehr Geld für Ökostrom ausgeben, wird es wohl kaum geben, und so viele Unternehmen, die gegenüber den Privatkunden zwei Drittel des Stroms abnehmen, schon gar nicht.[6] Dabei ist die z.B. von Greenpeace proklamierte »Unabhängigkeit von Atom- und Kohleindustrie« ein Märchen. Um Ökostrom direkt an den Konsumenten verkaufen können, muss eine Durchleitungsgebühr, die über die Hälfte des Preises ausmachen kann, an die Netzbetreiber, und das sind meistens die alten Atomkonzerne, bezahlt werden. Darüber hinaus gehen den Ökostromproduzenten noch die Zuschüsse flöten, die sie nach dem Energieeinspeisungsgesetz bekommen würden. Denn der Strom darf nicht zweimal verkauft werden (einmal an den Netzbetreiber und einmal an den Ökostromkunden). Mit anderen Worten: Diese Art Ökostrom befreit den Netzbetreiber – und damit die allgemeinen StromkundInnen (inkl. Industrie) – von ihrem Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energie.

Natürlich ist es allerdings Unfug, anzunehmen »Marktkräfte« würden hier mehr ausrichten als die Politik, auch der gegenwärtige Boom der regenerativen Energien ist i.W. den Subventionen zu verdanken und dem Energieeinspeisungsgesetz, das die Netzbetreiber dazu verpflichtet, Strom aus ökologischer Produktion in ihr Netz einzuspeisen – auch Atomstrom wäre ohne Subventionen schließlich nie konkurrenzfähig gewesen. Will man dem nachhelfen, so macht es mit dem Ziel, eine flächendeckende Versorgung mit Strom aus regenerativen Quellen zu erreichen [7], vielleicht Sinn, solche Anbieter zu unterstützen, die mit dem Geld sonst nicht zu realisierende Projekte im Grenzbereich der Wirtschaftlichkeit realisieren – z.B. Windkraftanlagen an Standorten, an denen eigentlich nicht wirklich genug Wind ist. Aber ich denke, dass auf dem freien Markt Konzerne wie Eon, EnBw oder RWE das Sagen haben, die die innovative Kraft solcher Projekte dann bei Gelegenheit abschöpfen können.

Ökostrom von unten

Einen anderen Weg geht hier die Kampagne Ökostrom von unten. Hier wird darauf hingewiesen, das es eben nicht nur darauf ankommt, wie der Strom produziert wird, sondern auch wer ihn produziert. Das hieße, dass eine Organisierung von Stromproduzenten und Verbraucherinnen notwendig wäre, dass von der Basis aus zu kontrollierende Strukturen zur Energieversorgung erst noch geschaffen werden müssten – eine Entwicklung, die auf dem liberalisierten Strommarkt, wo die Macht der Konzerne und damit deren Kontrolle über die Strukturen zunimmt, eher in die andere Richtung verläuft.[8] Trotzdem ist das der einzig sinnvolle Weg: den Versuch zu machen den Strommultis eine Organisierung von unten entgegenzusetzen, die sich nicht darauf beschränkt, nur seinen Stromvertrag zu wechseln. Über die Kampagne kann bei der Projektwerkstatt ein Reader bestellt werden, ansonsten ist es, wie man hört, wieder ruhig darum geworden.[9]

Vom Anarchismus zum Markenbewußtsein

Angesichts der einfachen Erkenntnis, dass kein Atomunfall vor Wohnungen haltmacht, die Ökostrom beziehen und angesichts der oben geschilderten Zusammenhänge, stellt sich also eigentlich nicht die Frage, warum so wenig Leute Ökostrom beziehen, sondern warum es überhaupt kriti-

sche Linke, zumindest dem Anspruch nach wohlinformierte, gibt, die bereit sind, einen Aufpreis zu bezahlen oder die behaupten, es bestimmt bald zu tun.

Interessant ist auch, dass es eigentlich jedem, der für Ökostrom bezahlt, klar sein könnte, dass sein Beitrag zum Atomausstieg bestenfalls ein symbolischer ist, aber keineR das wissen will. Auch der Artikel meines Freundes Janja oben dichtet sich so



gegen jede Form der Kritik ab: Wer gegen Atomkraft ist, aber keinen Ökostrom bezieht, der verhalte sich paradox, ja, der entscheide sich bewußt und freiwillig dafür, dass mit seiner Zustimmung Atomstrom produziert werde usf.. Argumente werden überflüssig, denn was hier verlangt wird, ist nicht wirklich, die »bewußte Entscheidung« zu treffen, fortan sein Theorie-Praxisverhältnis in Ordnung zu bringen – es geht vielmehr darum, ein Bekenntnis abzulegen. Wer dieses Bekenntnis verweigert, etwa, weil er sein Geld lieber für andere Sachen ausgibt, dem wird Bewußtlosigkeit oder Passivität vorgehalten, der wird in die Verantwortung genommen dafür, dass die AKWs weiterlaufen. Aber dieses Bekenntnis enthält natürlich noch mehr, und das scheint dem Autor selbst entgangen sein: Es ist gleichzeitig ein Bekenntnis zum Markt, zum Liberalismus: »Ich denke aber, eine Aktivität kann am ehesten von der eigenen Person erwartet werden. Wer soll denn über unser Geschick und Schicksal entscheiden, wir oder die Regierung?«. Wer hier von »Aktivität« redet, der meint, denn darum geht es ja: Konsumverhalten auf dem liberalisierten Strommarkt, und nicht etwa die Teilnahme an einer Castorblockade. Auf dem Markt wird mensch aber nicht mehr als wie auch immer engagierter oder empörter »Bürger« aktiv, sondern als Kunde. Kundensouverenität soll in der liberalisierten Demokratie folgerichtig die Bürgerrechte ersetzen. So passt es dann ins Bild, das die FDP in ihrem Wahlprogramm die Abschaffung des Energieeinspeisungsgesetzes fordert und völlig durch den Ökostromhandel ersetzen will[10].

Den einzigen, denen dagegen Passivität auf dem Markt zugebilligt wird, das sind die Armen, »ich spreche nicht von dem Anteil der Bevölkerung, der sich eine Mehrausgabe wirklich nicht leisten könnte«, und abgesehen davon, dass auch arme Leute gerne ihr Bier in der Kneipe trinken und dazu selbstbezahlte Kippen rauchen, frage ich mich, wie weit mensch sich denn hier selbst stigmatisieren soll, um solcherart Absolution zu erhalten? Dafür entspricht dann die Rollenverteilung genau dem herrschenden Muster: aktiv sich einsetzen darf, wer es sich leisten kann, der Rest bleibt passiv oder muss sich auf Blockadeaktionen die Hände schmutzig machen. Und es ist auch gleich die richtige Perspektive gewählt, wenn als Vergleich ein »Plantagenbesitzer in Südamerika, der Sozialabgaben und Mindestlöhne für seine ArbeiterInnen zahlen soll« gewählt wird. Na, da bleibe ich doch lieber auf der anderen Seite, und wenn ich schon mal dabei bin: Die Lohnerhöhung nehmen wir gerne, aber eigentlich wollten wir doch die ganze Plantage – resp. fordern wir immer noch die Stilllegung der herrschenden Klasse.

Wie schon gesagt, KonsumentInnenpolitik ist nicht der Anfang aller Politik, sondern das Ende, weil es ihr nicht mehr um gesellschaftliches Handeln geht, sondern um individuelles. Eigentlich sollte das gerade am Beispiel des Atomausstiegs deutlich werden, gibt es doch nichts absurderes als einen privaten Atomaustieg.

[1] Ö-Punkte, Ausgabe Herbst 2000, Tazbeilage vom 29.07.00. und zahlreiche weitere in der links(liberalen)en Tagespresse. Ich beziehe mich im folgenden im Wesentlichen auf die auf der Website der Projektwerkstatt http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/index.html sowie http://www.thur.de/philo/uvu/uvu48.html dokumentierten Debatte.

[2] wohin es führen kann, wenn so ein korruptes System privatisiert wird, kann man am Beispiel der Enronpleite sehen, vergl. auch SF74

[3] Tazbeilage vom 29.07.00

[4] Wie die Konzerne das Geschäft unter sich aufteilen, kann man gegenwärtig am Eon – Ruhrgasgeschäft sehen, wo für den RWE - Konzern die »Gelsenwasser«, die der Eon Konzern verkaufen musste, quasie auf Weisung des Wirtschaftsministeriums als »Stillhalteprämie« für den RWE-Konzern herausgesprungen ist, Vergl Frankfurter Rundschau vom 6.7.02

[5] zum Zusammenhang zwischen Liberalisierung des Strommarkts und Atomkonsens vergl. Fritz Storim in anti atom aktuell Nr. 114 und weitere Beiträge im selben Heft.

[6] vergl. Wolf von Fabeck, Solar-Rundbrief 3/00

[7] «EEG«-Modell (auch Aufpreismodell)

»Der Ökostromanbieter fördert mit dem Aufpreis neue Anlagen, die über das Jahr gemittelt genauso viel Strom erzeugen und ins Netz einspeisen, wie der Kunde verbraucht« (ebd.). Die entscheidenden Vorteile sind hingegen: Es sind keine aufwendigen Verhandlungen mit Netzbetreibern notwendig und es müssen auch keine teuren Durchlei-tungsgebühren bezahlt werden. Aufwendungen für ein bis auf weiteres unnötiges Lastmanagement können gespart werden. Und das entscheidende: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kann zu 100 % in Anspruch genommen werden. D.h. aber, daß nicht nur der Zuschuß (z.B. ca. 6 Pf/ kWh bei Naturstrom AG und »Watt Ihr Volt«) für den Ausbau der EE zur Verfügung steht, sondern Zuschuß plus gesetzlich garantierte Einspeisevergütung (z.B. 17,8 Pf + 6 Pf bei Wind, 99 Pf + 6 Pf bei Photovoltaik). Im Gegensatz zum Versorgermodell fließt hier bis zum 10 fachen des Geldes in den Ausbau von EE! Nur wenn dieser Effekt nicht berücksichtigt wird, man also die »nur« initierten Aufwendungen der Allgemeinheit der StromkundInnen nicht hinzurechnet, wie dies beispielsweise die Stiftung Warentest getan hat, kommt man zu schlechten Noten für dieses Modell. Anbieter nach diesem Modell sind somit streng genommen keine Ökostromhändler,

Fotos: Jan Jacob Hofmann

sondern Ökostromförderer im Sinne eines Ausbaus von sonst nicht realisierten EE-Anlagen. Aber auch hier gilt: Mein vollständig verbrauchter Strom wird – nicht zeitgleich, aber im Jahresmittel – regenerativ erzeugt.

Anbieter sind z.B.: Naturstrom AG, Elektrizitätswerke Schönau (»Watt Ihr Volt«), Ökostrom Handels AG. Weitere gleichwertige Angebote nach dem EEG-Modell sind mir nicht bekannt. (Nach Michael Bilharz)

8 vergl. Jörg Bergstedt, »Ö-Punkte« Herbst 2000

9 Für 12 DM(schätze mal 6 Euro tuns auch) bei der Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld, info@maus-versand.de zu bestellen.

10 Wahlprogramm S.27



Wir wollen ein anderes Leben, wir wollen eine andere Welt

Rede von Fritz Storim auf der Kundgebung gegen die Jahrestagung Kerntechnik 2002, am 11. 05. 2002, in Stuttgart. Dieser Text wurde von Fritz Storim - Meßstelle für Arbeits- und UmweltSchutz, Bremen (MAUS e.V.) - auf der Kundgebung gegen die Jahrestagung Kerntechnik 2002, am Sa., 11. 05. 2002, in Stuttgart, vorgetragen. Der Text wurde für die Rede an einigen Stellen gekürzt.

» hört auf zu jammern Euch als Opfer zu fühlen und Appelle an die Mächtigen zu richten Atomkraft ist böse dagegen hilft nur Revolution alles andere ist.Quatsch »

(alte, fast in Vergessenheit geratene Weisheit der Anti-AKW-Bewegung)



Wir sind heute hier zusammengekommen, weil in der kommenden Woche das Deutsche Atomforum (DatF) und die Kerntechnische Gesellschaft (KTG) hier in Stuttgart ihre Jahrestagung Kerntechnik 2002 veranstalten wollen.Beides sind Vereinigungen mit dem Ziel, die technisch-wissenschaftliche Entwicklung der Nutzung der Atomenergie zu fördern und dafür in der Bevölkerung Konsens zu schaffen. Wir könnten das Treffen auch als IdeologieSchmiede einer kriminellen Vereinigung für Atomenergie bezeichnen. Das wird schon daran deutlich, wenn wir uns anschauen, wer an dem Deutschen Atomforum alles beteiligt ist. Da tummeln sich z.B. deutsche als auch ausländische Konzerne und Firmen aus dem Bereich Atomtechnologie, Betreibergesellschaften von Atomkraftwerken, Kraftwerksbauer, aber auch Versicherungsgesellschaften, Banken, Baugesellschaften, RechtanwältInn, Zeitungen, u.s.w.

Für die Jahrestagung selbst sind auch VertreterInnen aus der Politik angekündigt: wie der Bürgermeister der Stadt Stuttgart, Dieter Blessing, der Minister für Umwelt und Verkehr des Landes Baden-Württemberg, Ulrich Müller.

Um dieser Konferenz ein Gesicht zu geben, will ich hier einige Äußerungen aus dem Kreis der Beteiligten vorstellen:

Zu diesem Kreis gehört die RWE. RWE ist:
- größter Stromerzeuger in der BRD,
- zweitgrößter Gesamtenergiekonzern in der BRD,
- größter Stromerzeuger in England,
- europaweit im Stromgeschäft auf Platz drei hinter E.ON, und
- bei der Gesamtenergieversorgung auf Platz zwei hinter Electricite de France,
- liegt zur Zeit im weltweiten Wassergeschäft auf Platz drei, will aber demnächst auf Platz eins vorrücken.

Dr. Gert Maichel ist:
- Mitglied des Vorstandes der RWE AG,
- Vorsitzender des Vorstandes der RWE

Power AG. (zuständig für Kraftwerke, außer Braunkohle),
- außerdem Präsident des Deutschen Atomforums und er will die Tagung nächste Woche eröffnen.

Aufschlußreich, wie Herr Maichel die Atomenergie, unseren Widerstand dagegen und den Konsensvertrag kommentiert. Dazu einige Äußerungen von ihm: »[...] Rein ideologisch geprägte Auseinandersetzungen, in denen bewußt Ängste geschürt und Desinformationen gestreut wurden, haben über Jahre einen großen Schaden in unserem Land angerichtet. Sowohl gesellschaftspolitisch als auch durch die Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen in unglaublicher Höhe. Kaum ein anderer Industriezweig ist jemals derart von einer Minderheit – damit sind wohl wir gemeint – zum Symbol einer verhaßten technik- und fortschrittsorientierten Gesellschat hochstilisiert worden. [...] Die Wunden, die die Kernenergiedebatte in unserer Gesellschaft hinterläßt, sind tief. Und dennoch haben wir nun nach langer Zeit Voraussetzungen, die uns hoffen lassen, ideologisch fundamentalistische Positionen mit Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung wirkungsvoller entgegentreten zu können. [...] Wenn es uns gelingt, die Vereinbarung (gemeint ist der Konsens-Vertrag) umzusetzen, ist und bleibt die Kernenergie auf langer Sicht eine tragende Säule unserer Energieversorgung, und es entspricht meiner festen inneren Überzeugung, daß ich für die weitere Nutzung der Kernenergie bin. [...]

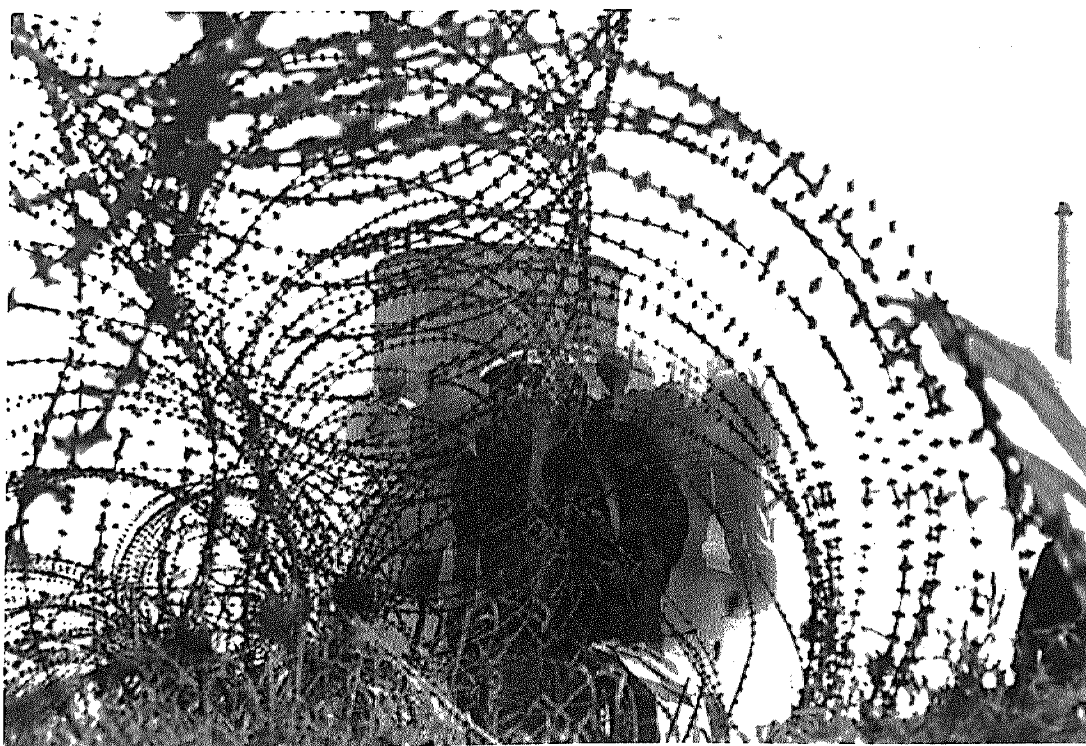
Und um jedes Mißverständnis auszuschließen, wir haben nicht den Ausstieg aus der Kernenergie vereinbart. Die Vereinbarung sichert den ungestörten Betrieb und die Entsorgung unserer Kernkraftwerke auf lange Zeit und beendet damit die unkalkulierbaren und großen wirtschaftlichen Risiken. Es gibt derzeit keine Alternative, die für unsere Kraftwerke einen vergleichbaren Schutz geboten hätte. [...]

Brennelementtransporte sind seit geraumer Zeit die Achillesverse der Kernenergiebetreiber. Das wissen auch die Gegner sehr genau. Hier manifestiert sich die protest- und krawallbereite Widerstandsbewegung. Und auch an dieser Stelle erkennen wir das ernsthafte Bemühen der Bundesregierung an, sich dieser Bewegung erstmals auch im parteiübergreifenden Konsens entgegenzustellen und im Interesse unserer Gesellschaft, (hier meint Herr Maichel wohl die RWE-Aktiengesellschaft) des betroffenen Begleitpersonals und aller an den Transporten Beteiligten für eine Deeskalation zu sorgen. Insbesondere die eindeutige Positionierung des Bundesumweltministers Trittin im Hinblick auf eine Befriedung der in der Vergangenheit chaotischen Auseinandersetzungen sei hier hervorzuheben. Eine sicher positive Folge der Veinbarung. [...]«

Und für die Zukunft prognostiziert Herr Maichel: »Mit der baureifen Entwicklung des weltweit besten Reaktorkonzepts, dem EPR, haben wir uns international aber auch in Deutschland alle Optionen offen gehalten. Und ein Blick über unsere Grenzen hinaus zeigt, daß die Kernenergie keineswegs ein Auslaufmodell ist. Bisher halten alle Länder, die heute Kernenergie nutzen, an ihr fest. [...]«

Zu dem Kreis der Beteiligten gehört auch E.ON. E.ON ist:
- führender privater Energiedienstleister Europas und
- entwickelt sich gerade zum zweitgrößten Energiedienstleister der Welt.
- Ist der größte deutsche Atomkraftkonzern (ist an 12 AKWs in der BRD beteiligt, bezieht 25% des Stromes aus eigenen Atomreaktoren).

Dr. Walter Hohlefelder ist:
- Vorstandsmitglied von E.ON.
- und Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums.



Auch er bestätigt uns in unserer Einschätzung über die Rolle des Konsensvertrages und bestätigt die Richtigkeit unserer Widerstandsstrategie, wenn er sagt: » ... Da mit der Errichtung von Standortlagern Transporte zukünftig vermieden werden können, liegen die Zwischenlager auch im Interesse der Betreiber. Transporte sind die Achillesferse der Kernkraftwerke. ...

Die bei einigen Kernkraftwerken drohende »Verstopfung« konnte rechtzeitig – wenn auch meist nur unter größten Mühen und im letzten Moment – mit Unterstüt-

zung der Bundesregierung verhindert werden. Ich bin mir nicht sicher, ob dies auch ohne die Vereinbahrung (gemeint ist der Konsensvertrag) gelungen wäre. Auch die jetzt kürzlich stattgefundenen Transporte (einerseits die Transporte der Glaskokillen von Frankreich nach Gorleben und andererseits die Wiederaufnahme der Transporte zu den Wiederaufarbeitern) wäre meiner Ansicht nach ohne die Vereinbarung vom 14.06.2000 zum jetzigen Zeitpunkt mehr als fraglich. [...]

Ich bin persönlich der Meinung, daß sich die Randbedingungen für eine Entscheidung, ob ein neues Kernkraftwerk gebaut werden soll, in 10 – 20 Jahren völlig anders darstellen werden als heute: [...]«

Zu dem Kreis der Beteiligten gehört auch EnBW (Energie Baden-Württemberg AG).

Ein Mitarbeiter, der Dipl.-Ing. H. Janisch vom AtomKraftwerk Philippsburg äußert sich zur zukünftikgen Optimierung der Wirtschaftlichkeit von AKWs: » Die Bedeutung der wirtschaftlichen Betriebsführung hat mit der Liberalisierung des Strommarktes gegenüber früher an Gewicht zugenommen. Bereits in der Vergangenheit haben die Betreiber Anstrengungen zur Senkung der Erzeugungskosten unternommen. Hierzu zählen die Optimierungen und Erhöhung der jährlichen Stromerzeugung wie z.b. der Austausch der HD/ND-Turbinen, die Erhöhung der thermischen Leistung sowie die Verfügbarkeitserhöhungen durch die Verkürzung von Revisionszeiten. [...]Der Anteil der Instandhaltung an den Stromerzeugungskosten beträgt in der EnBW-Kraftwerksgesellschaft ca. 19% . Dieser Sekundärprozess stellt das größte Element der Betriebskosten dar. [...] Da in kerntechnischen Anlagen die Sicherheit den höchsten Stellenwert hat, wurden in der Vergangenheit feste Intervalle zur Durchführung von vorbeugenden Instandhaltungsmaßnahmen gewählt. Diese waren wegen der anfänglich fehlenden Erfahrung meistens sehr konservativ – das bedeutet, sie befanden sich auf der sicheren Seite – was aus sicherheitstechnischer Sicht unbedenklich aber mit hohen Kosten verbunden ist. Der vorhandene Abnutzungsvorrat der Komponenten blieb zum großen Teil unausgeschöpft. [...] Die zustandsorientierte IH geht von dem Ansatz aus, daß die Komponenten oder das System mit Hilfe von Diagnosemitteln kontinuierlich oder diskontinuierlich überwacht wird, die Entwicklung einer Schadensbildung erkannt und verfolgt werden kann, zeitlich weit bevor es zu einem Schadenseintritt kommt. Bei optimaler Anwendung der zustandsorientierten IH ist dieses Vorgehen für den Anlagenbetrieb unbedenklich und gehört somit zu den wirtschaftlichsten Vorgehensweisen der Instandhaltung. [...]'

Durch den Einsatz von Dienstleistern wird die Kostenreduktion im Wesentlichen erreicht durch:

- geringeren Personaleinsatz
- keine Personalvorhaltung für Arbeiten die nicht kontinuierlich anfallen
- keine Vorhaltung von eigenen Spezialisten, die selten zum Einsatz kommen, deren Know How immer auf dem neusten Stand gehalten werden muß, sondern Einsatz von Spezialisten der Dienstleister, die durch ihren kontinuierlichen Einsatz in vielen Anlagen über das erforderliche Know How verfügen,
- günstigeren Stundensatz von Dienstleistungspersonal gegenüber Eigenpersonal
- technische Einrichtungen von Dienstleistern, die an verschiedenen Standorten eingesetzt werden, sind preiswerter als eigene Vorhaltung, die selten genutzt wird. [...]«

Alles Vorschläge, die zur Senkung der Erzeugerkosten dienen und die Wirtschaftlichkeit der AKWs erhöhen sollen, aber die zu Lasten der Sicherheit gehen.

Als Herr Janisch – der ja am AKW Philippsburg arbeitet – diese Vorschläge unterbreitete, war die Pannenserie und die Verschleierungen im Zusammenhang mit genau diesem AKW noch nicht bekannt.

Diese Zitate, stellvertretend für die Sichtweise und die Visionen der Mächtigen der Atomindustrie und für den Charakter des Kongresses nächste Woche hier in Stuttgart. Auch wenn uns das Ganze unglaublich oder absurd vorkommt, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als uns mit diesen Positionen ernsthaft auseinanderzusetzen – weil dahinter eine ungeheure ökonomische und damit auch politische Macht steckt, die sich in Ignoranz gegenüber unserer Kritik gegen Atomtechnologie niederschlägt.

Wie sieht zur Zeit weltweit die Atom-Wirklichkeit aus? Dazu nur einige Schlaglichter:

* Weltweit sind derzeit 437 Reaktoren mit einer Leistung von etwa 370.000 MW brutto in Betrieb. Tendenz steigend!
* In Finnland ist Ende 2000 eine grundsätzliche Genehmigung für den Bau des fünften finnischen Atomkraftwerks mit einer Leistung zwischen 1.000 und 1.600 MW beantragt worden. Am 24. Mai soll darüber im Parlament entschieden werden.
* Schwedens Ausstiegsprogramm ist vorerst auf Eis gelegt worden. Der Ausstieg wurde vor über 19 Jahren beschlossen – kein einziges AKW wurde seitdem stillgelegt.
* In Osteuropa und im asiatischen Raum (z.B.: Indien, China) sind mehrere AtomKraftwerke im Bau.
* Bulgarien will ein neues AKW bauen.
* Siemens will ein zweites AKW (Angra III) in Brasilien bauen. Für die Absicherung gegen wirtschaftliche und politische Risiken hat Siemens eine staatliche Hermesbürgschaft bei der deutschen Regierung beantragt.
* Das neue Energiekonzept der USA setzt verstärkt auf Atomkraft. Es wird dort von einer Renaissance der Atomkraft gesprochen. Es wird eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung der alten Reaktoren von um 20 Jahre – von 40 auf 60 Jahre -diskutiert. Neben dem Bau neuer Rektoren nach 20-jähriger Pause, sollen bereits stillgelegte Kraftwerksblöcke von neuen Eigentümern im liberalisierten Markt wieder in Betrieb genommen werden. Der Haushaltsentwurf Bushs sieht eine Halbierung der Förderprogramme für Sonnen und Windenergie vor. Bush hat am 15. Feb. 02 die Yucca-Berge im Bundesstaat Nevada (100 km nördlich von Las Vegas) als zentrales Endlager der Vereinigten Staaten für Atommüll ausgewählt. Die Berge liegen in einem nuklearen Testgelände, auf dem in den Jahren 1951 bis 1992 928 nukleare Detonationen ausgelöst wurden.Yucca dürfte damit zur größten atomaren Müllkippe der Welt werden.

Die USA senken die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen. Es werden als mögliche Einsatzziele neben Russland und China auch Staaten genannt, die nicht über eigene Atomwaffen verfügen, wie Nordkorea, Iran, Irak, Syrien und Libyen. Es sollen auch die Anstrengungen zur Entwicklung neuer Atomwaffen verstärkt werden und Atomtests wieder aufgenommen werden.

Das Energieministerium hat 5,9 Milliarden Dollar für AtomwaffenForschung und Entwicklung eingefordert. Unmittelbar danach, am 14. Feb. dieses Jahres, wurde ein unterirdischer subkritischer Atomwaffentest unter Mitwirkung von Großbrittanien in der Wüste von Nevada durchgeführt (TAZ 18.02.02).

* Der US-Präsident Bush hat – knapp zwei Monate nach seiner Klassifizierung Nordkorea als Bestandteil der

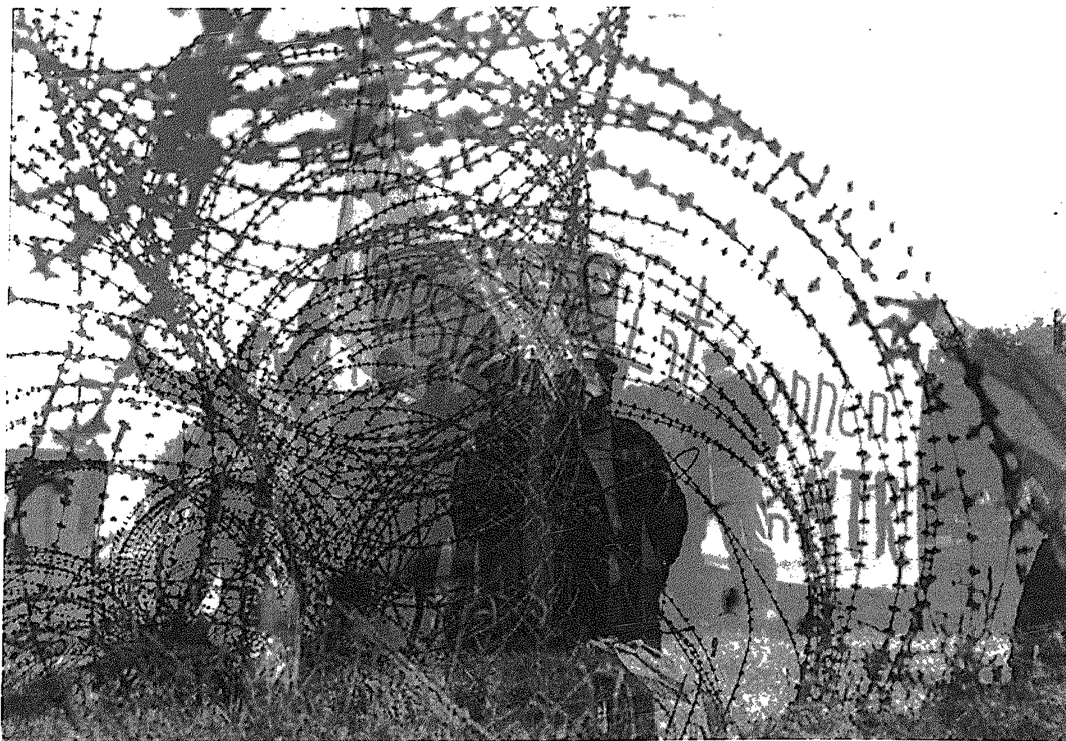
»Achse des Bösen« – eine weitere Rate von 95 Millionen Dollar für den Bau zweier Leichtwasser-Reaktoren in Nordkorea genehmigt, freilich mit einem Auftrag von 4,5 Milliarden Dollar für westliche Atomfirmen.

* Nachdem schon länger eine Verstrahlung von Boden und Pflanzen gemessen wurde, stellt das UNO-Umweltprogramm mit einem neuem Verfahren erstmals und auch heute noch Staubpartikel mit abgereichertem Uran in der Luft fest, als Folge des Einsatzes von Bomben und Raketenmunition mit abgereichertem Uran im Luftwaffenkrieg der NATO gegen Jugoslawien.

Uran-Munition wurde auch schon im Krieg gegen den Irak und wird jetzt vermutlich auch im Krieg in Afganistan eingesetzt.

* Präsident Putin unterzeichnete im Sommer 2001 ein Gesetz, daß die Einfuhr atomarer Abfälle aus aller Welt nach Rußland gestattet. Eine Rücknahmeverpflichtung ist nicht vorgesehen. So wurden bereits 40 Tonnen radioaktive Abfälle aus Bulgarien in das Lager in Krasnojarsk gelagert. Insgesamt will Russland in den nächsten 10 Jahren 20 Milliarden Dollar mit der Einfuhr von Atommüll verdienen. Weiter sind der Bau von 30 neuen AKWs – darunter das erste schwimmende AKW der Welt – vorgesehen.

* Die EU möchte den Fusionsreaktor (Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor (Iter)) im französischen Kernforschungszentrum Cadarache bauen. Neben Euratom sind an dem Projekt Kanada, Japan, Russland und Kasachstan beteiligt. Im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU (2003 – 2006) sind für die Fusionsforschung rund 750 Millionen Euro vorgesehen, davon rund 450 Millionen für Iter.



* Die BRD produziert weltweit hinter den USA, Frankreich, Japan die viertgrößte Atomstrommenge.

* Trotz angeblichem Ausstieg sind 57 % der Energie von E.ON – dem größten deutschen Atomkonzern – »grauer Strom«, dessen Herkunft nicht ausgewiesen ist. Ein guter Teil davon stammt vermutlich aus Ostreaktoren.

Weiter ist E.ON mit 9,3 % an einem der größten Regionalversorger (Lenenergo) Russlands beteiligt. Dieser bezieht 40% seines Stroms aus dem Atomreaktor Sosnowi Bor.

* Das SPD-Landeskabinett von Niedersachsen genehmigte endgültig letzten Monat Schacht Konrad (am 30.04.) als Atomendlager für schwach- und mittelaktiven Müll.

Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Was will ich damit sagen? Ich will damit auf zwei Gesichtspunkte hinweisen: 1. Atomenergie ist kein auslaufendes Modell, weder in der BRD und schon gar nicht weltweit. Es ist ein Trugschluß zu glauben – auch wenn uns das Trittin und Co. so gerne weismachen wollen- wir brauchen jetzt nur noch abzuwarten, wir könne die Hände in den Schoß legen, und die Probleme lösen sich dann von selbst. 2. Atomenergie ist schon lange kein regionales und auch kein nationales Problem mehr. Die durch die Liberalisierung, Privatisierung und kapitalistische Globalisierung ermöglichten Fusionierungen zu weltweiten Konzernen haben zu bisher nicht dagewesenen Machtkonzentrationen geführt. In der BRD gibt es noch 4 große Energieversorgungsunternehmen (RWE, E.ON, EnBW, Vattenfall/HEW), die aber auch schon europaweit und weltweit eine wichtige Rolle spielen, auch in den Bereichen Gas, Wasser, Öl, Abfall und Dienstleistung – »stell dir vor, daß RWE alle Versorgung bieten kann – alles aus einer Hand«, wie die Fernsehwerbung der RWE propagiert.

Was heißt das für unseren Widerstand? Zur Zeit wird die Welt wieder neu geordnet. Das drückt sich aus in den Begriffen wie Liberalisierung, Privatisierung, Globalisierung, und Deregulierung. Ein Projekt dieser Entwicklung ist der Krieg. Krieg ist jetzt auch in der BRD anerkanntes und scheinbar selbstverständliches Mittel zur Lösung ökonomischer und politischer Interessen und Konflikte geworden. Die BRD – jetzt »Deutschland« – ist wieder wer in dieser Welt und beteiligt sich offensiv an diesen Kriegen. Die Anschläge gegen das World Trade Center und das Pentagon am 11. Sept. 2001 – sicher ohne wenn und aber

als menschenverachtend zu verurteilen – werden funktionalisiert, um diese Kriege und auch den Ausbau von Repression und Kontrolle nach Innen – das heißt dann Innere Sicherheit – zu legitimieren und dafür Konsens zu schaffen. Es wird immer schwieriger Kritik und Widerstand an den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu äußern ohne gleich in die Terrorismus-Ecke gedrängt zu werden. Das alles entwickelt sich zur Zeit mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit.

Krieg hat immer auch mit politischer und ökonomischer Vormachtstellung in der Welt zu tun. Und der Zugriff auf Energie spielt dabei eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Im Zuge der Liberalisierung und Globalisierung des Energiemarktes werden nur einige wenige mächtige Energiekonzerne der großen Industrienationen weltweit übrigbleiben. So wurde der Konsensvertrag der BRD »notwendig«, um die Atomenergie fit zu machen für den liberalisierten Markt. Das steht nur scheinbar im Widerspruch dazu, daß auf diesem Markt zur Zeit die Atomenergie ohne Subventionen (z.B.: Verzicht auf genauere Auflagen in Sicherheitsfragen, Verzicht auf Nachweis von schadloser Entsorgung, Verzicht auf realistische Deckungsvorsorge für den Fall einer nuklearen Katastrophe, keine Besteuerung des Brennstoffs Uran und der milliardenschweren Entsorgungsrücklagen) gar nicht überlebensfähig wäre. Das alles hat mit Ausstieg aus der Atomenergie nichts zu tun – das Gerede vom Ausstieg ist erst einmal reine Propaganda! Unter dem Label »Ausstieg« wird versucht, Akzeptanz für lange Jahre Weiterbetrieb der Reaktoren zu schaffen.

Durch die Globalisierung und Liberalisierung des Energiemarktes hat der Staat sich weitgehend aus der Verantwortung für die Energiepolitik herausgezogen und die Entscheidung darüber perspektivisch an den Markt abgegeben. Praktisch heißt das, an die großen Konzerne der reichen Industrienationen. Die Aufgabe des Staates verlagert sich verstärkt in Wahrnehmung von Herrschaftsfunktionen (militärische Interventionen, Ausbau des Repressionsapparates) im Interesse des Kapitals. Damit ist die Energiepolitik jeder demokratischen Gestaltung und Kontrolle entzogen. Und z.B. Bundestagswahlen werden daran auch nichts mehr verändern. (Das findet zur Zeit auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen statt und hat zur Ökonomisierung auch des Sozialen und Privaten geführt und bestimmt unser Leben und unsere Kommunikationsformen unmittelbar.)

Das Aktienstimmrecht löst das politische Stimmrecht ab. Der Begriff »Menschenwürde« definieret sich wieder verstärkt über Besitz, Macht und ökonomischer Nützlichkeit. Vor diesem Hintergrund werden wir die Probleme, die wir mit der Atomenergie haben, nicht regional oder national lösen können. D.h. wir müssen uns verstärkt als Teil der Kritik an Neoliberalismus und kapitalistischer Globalisierung verstehen und uns dort auch einbringen, das heißt auch, uns um eine weltweite Vernetzung des Widerstandes und um eine weltweite Zusammenarbeit kümmern. Und Vernetzung sollte in erster Linie nicht Austausch von Information über Internetadressen bedeuten, sondern Berührung, Zusammenkommen, gemeinsame Auseinanderrsetzung, gemeinsame Aktion, gemeisame Entwicklung, gemeisame soziale Orte weltweit.

Am 22. Sept. sollen die Wahlen zum Bundestag stattfinden. Aber – was haben wir denn da noch zu wählen? Eine wichtige Erkenntnis aus über 25 Jahren anti-AKW-Bewegung sollte sein – und besonders auch nach den Erfahrungen mit der SPD-Grünen-Regierung aus letzter Zeit-daß wir nicht auf die Parlamente vertrauen sollten, sondern hauptsächlich auf unsere eigene Kraft. Den Ausstieg werden wir nicht durch wissenschaftliche Gutachten, durch bessere Argumente, durch Appelle, durch Wahlen oder durch parlamentarische Beteiligung erreichen, den müssen wir selbst praktisch herbeiführen: das Handeln in die eigene Hand nehmen! Wir sollten uns bei den anstehenden Wahlen keine Ilusionen machen über das sogenannte »kleinere Übel« – jetzt ist außerparlamentarische Opposition angesagt!

Blicken wir zurück zu den Anfängen der anti-AKW-Bewegung: Filbinger, der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hatte das in den Auseinandersetzungen gegen den geplanten Bau des AKW Wyhl schon vor über 25 Jahren erkannt, als er sagte: »das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Getze brachen«. Und das gilt auch heute noch, d.h. es geht um einen eigenen Begriff von Recht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand. Und es geht nicht nur um technische Fragen, wie den Schutz vor radioaktiver Strahlung, sondern besonders auch um die Machtstrukturen, die dahinter stecken.

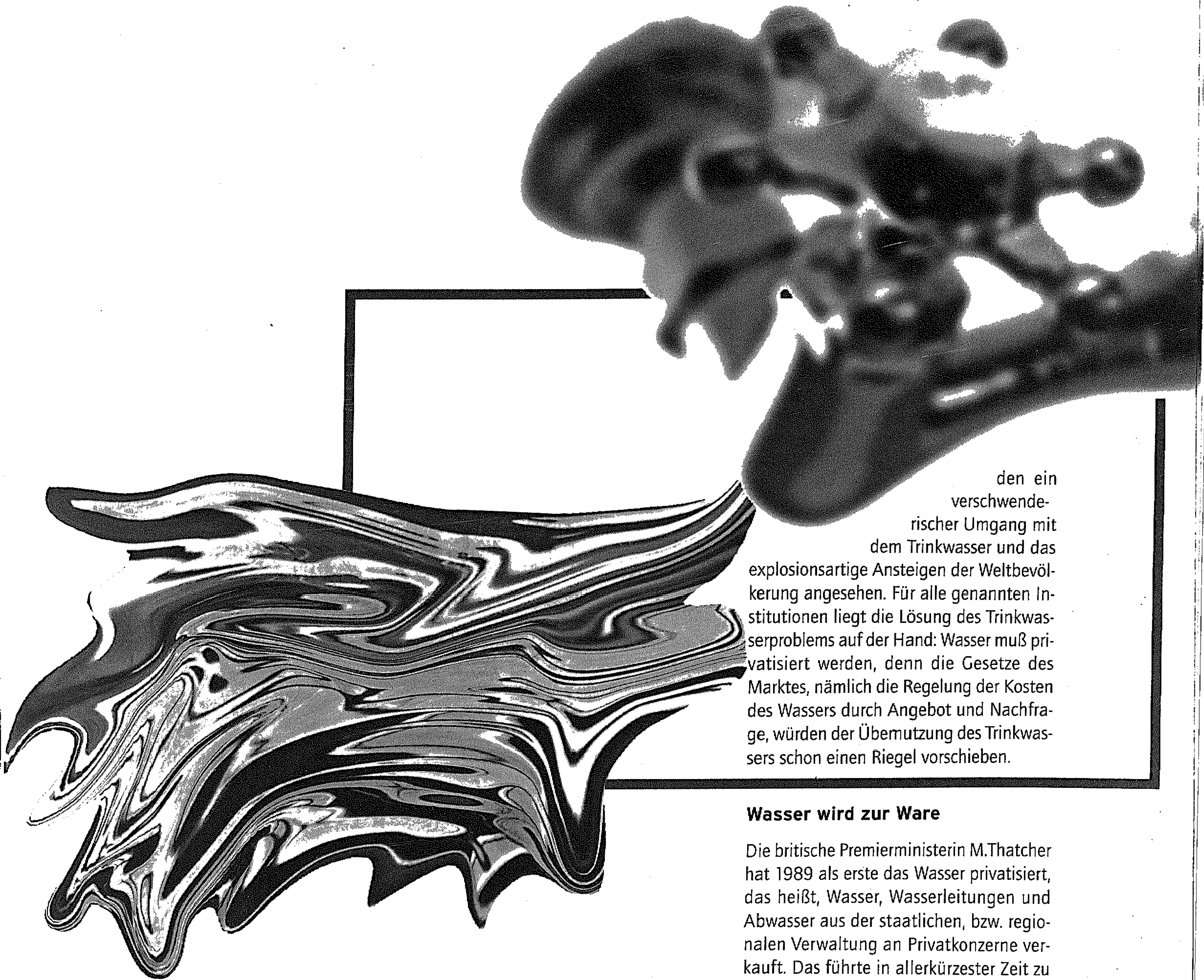
Wir spielen nicht in einem Sandkasten,es ist uns bitterer Ernst mit unserer Forderung nach dem sofortigen Ausstieg, wir haben uns die Konfrontation nicht ausgesucht und wir haben auch nicht beliebig viel Zeit. Wir wollen ein anderes Leben, wir wollen eine andere Welt!

Weshalb sollte es nicht möglich sein, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der der Mensch im Mittelpunkt von Denken und Handeln steht und nicht die ökonomische Rationalität? Eine Gesellschaft, die auf der Auseinandersetzung um Herrschaftsfreiheit, Solidarität, Kooperation, Gleichheit und Verbesserung der Lebensbedingungen für alle beruht? Auch darum geht es, wenn wir uns gegen den Gipfel in Stuttgart querstellen. Ich wünsche uns glückliche und kämpferische Tage!

Anti-AKW, MAUS



Fotos: Theo Heimann
Collagen: Jan Jacob Hofmann



Wasser®

Von Ulrike Röding

Wasser, das ist die Flüssigkeit, die wir ständig brauchen – sei es um zu trinken, sei es, um im Sommer rein zuspringen oder es uns über die Köpfe laufen zu lassen; die Flüssigkeit, mit der wir kochen und waschen, die als Regen oder Schnee vom Himmel fällt und die aus Quellen aus der Erde sprudelt. Unsere Körper und die Erdoberfläche bestehen zum größten Teil aus Wasser. Alles Leben braucht Wasser, um überhaupt existieren zu können. Wasser ist durch nichts ersetzbar. Es ist Teil dieses Planeten, seit es ihn gibt, so wie die Luft, die wir atmen. Trotzdem ist trinkbares Wasser auf der Erde heutzutage Mangelware. Viele Regionen und Menschen leiden wechselweise unter Dürren oder katastrophalen Überschwemmungen. Gleichzeitig gehen die Grundwasservorräte der Erde drastisch zurück.

Die meisten Krankheiten (80%) in den armen Regionen der Erde sind auf Wassermangel oder verschmutztes Wasser zurückzuführen (Cholera, Typhus oder Parasitenbefall der unterschiedlichsten Art zum Beispiel).

Seit vielen Jahren diskutieren supranationale Institutionen, so zum Beispiel die UNO, die Weltbank, der IWF und neuerdings auch die WTO, wie mit dem Wassermangel umzugehen ist. Als Ursachen werden ein verschwenderischer Umgang mit dem Trinkwasser und das explosionsartige Ansteigen der Weltbevölkerung angesehen. Für alle genannten Institutionen liegt die Lösung des Trinkwasserproblems auf der Hand: Wasser muß privatisiert werden, denn die Gesetze des Marktes, nämlich die Regelung der Kosten des Wassers durch Angebot und Nachfrage, würden der Übernutzung des Trinkwassers schon einen Riegel vorschieben.

Wasser wird zur Ware

Die britische Premierministerin M.Thatcher hat 1989 als erste das Wasser privatisiert, das heißt, Wasser, Wasserleitungen und Abwasser aus der staatlichen, bzw. regionalen Verwaltung an Privatkonzerne verkauft. Das führte in allerkürzester Zeit zu heftigen Konflikten, vor allem mit kleinen und mittleren Farmbetrieben in Wales. In Wales war der entsprechende Konzern nämlich der Auffassung, daß zu dem Paket, das er gekauft hatte, auch das Regenwasser gehört. Daraus folgte, daß die Farmer Abgaben für das Regenwasser zahlen mußten, das auf ihr Ackerland fiel. Das führte zu unzähligen Bankrotten. Aber nicht nur die Farmer wurden für das Regenwasser zur Kasse gebeten. Auch das Auffangen von Regenwasser an sich wurde zu Diebstahl erklärt (siehe Tony Clark, Council of the Canadians, The Blue Planet Projekt, 1999). Gerichtlich wurde festgelegt, bis zu welcher Höhe über bebautem Boden das Wasser dem Konzern gehört. Wer es fertigbringt, Regenwasser über dieser Höhe aufzufan-

gen, darf es behalten (zum Beispiel, wenn mensch mit einem Hubschrauber durch den Regen fliegt und einen Kanister raushält). Zusätzlich wurden tausende Haushalte von der Wasserversorgung abgehängt, weil sie die sprunghaft angestiegene Wasserrechnung nicht mehr zahlen konnten (allein im Jahr 1994 wurde 12500 Menschen das Wasser abgestellt).

Seit Mitte der neunziger Jahre steht die Privatisierung von Wasser auf dem Forderungskatalog der Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, deren Einhaltung die Bedingung für die Vergabe von Krediten ist. Um diese Auflage durchzusetzen, wurde der Weltweite Wasserrat von der UNO und der Weltbank gegründet. Dieser Wasserrat besteht aus VertreterInnen von Regierungen und Konzernen und tagt in Den Haag. Im Jahre 2000 beschloß dieser Wasserrat nach mehreren Diskussionsrunden, in denen auch kontroverse Auffassungen diskutiert wurden, daß Wasser kein Menschenrecht ist, sondern ein sogenanntes »Human Need«, also etwas, das Menschen brauchen, nicht etwas, das ihnen sowieso zusteht. Diese Umdefinierung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die umfassende Privatisierung der Wasservorräte der Erde. Wasser wurde zur Ware gemacht.

Anfang des Jahres 2000 erfuhren die BewohnerInnen der Region Cochabamba in Bolivien, dass der Staat das Wasser der Region an den US-amerikanischen multinationalen Baukonzern Bechtel verkaufen wollte. Verbunden war dieser Verkauf mit einer Preiserhöhung von circa 20%. Außerdem sollte auch Quellwasser, das die Kleinbauern oft kilometerweit transportieren müssen, kostenpflichtig werden. Die Menschen der Region begannen einen Aufstand, der letztendlich dazu führte, daß die Regierung den Verkauf rückgängig machen mußte.

Allerdings gab sich der Bechtelkonzern damit nicht zufrieden. Er ließ die niederländische Regierung vor dem WTO-Gericht gegen die bolivianische Regierung klagen und bekam Recht: Bolivien, das ärmste Land Lateinamerikas, muß dem Bechtelkonzern für entgangene Profite zwölf Milliarden US-Dollar zahlen. Im Mai diesen Jahres ging erneut ein Hilferuf aus Bolivien um die Welt, weil die Regierung eine zweite Offensive zur Wasserprivatisierung starten will.

Während der Antirassismuskonferenz Anfang 2001 in Durban, Südafrika, kam es zu großen Demonstrationen gegen die Privatisierung dort. In einem Flugblatt eines Netzwerkes, in dem sich verschiedene Stadtteilbasisgruppen außerhalb des ANC zusammengeschlossen hatten, wurde die Privatisierung des Wassers scharf angegriffen. Das Wasser in Durban war kurz vorher privatisiert worden. Die Folgen waren verheerend: mehreren tausend Familien wurden die Wasserleitungen gekappt, sie müssen das Wasser in Flaschen kaufen, was viele von ihnen nicht bezahlen können. Also mußten Menschen das Wasser aus den öffentlichen Toiletten trinken. 200 Fälle von Cholera und Typhus werden von dem Netzwerk direkt auf diese Tatsache zurückgeführt.

Mittlerweile ist auch das Wasser in Johannesburg privatisiert worden. Wieder wurde 1800 Familien die Wasserleitung gekappt, was zu Aufständen in den Armenvierteln führte, es wurden Straßenblockaden errichtet und angezündet.

Ein Vater von acht Kindern wurde etwas später als einer von mehreren Menschen in Johannesburg wegen Wasserdiebstahls verurteilt. Er hatte die Wasserleitungen wieder zusammengebastelt. In einer Erklärung sagte er vor Gericht: »ich habe nicht mehr mitansehen können, wie meine Kinder auf der Straße um Wasser betteln.«

Das sind nur drei Beispiele von vielen. In fast jedem Land Südamerikas, in vielen Regionen Asiens und in Afrika laufen die Menschen Sturm gegen die Privatisierung,

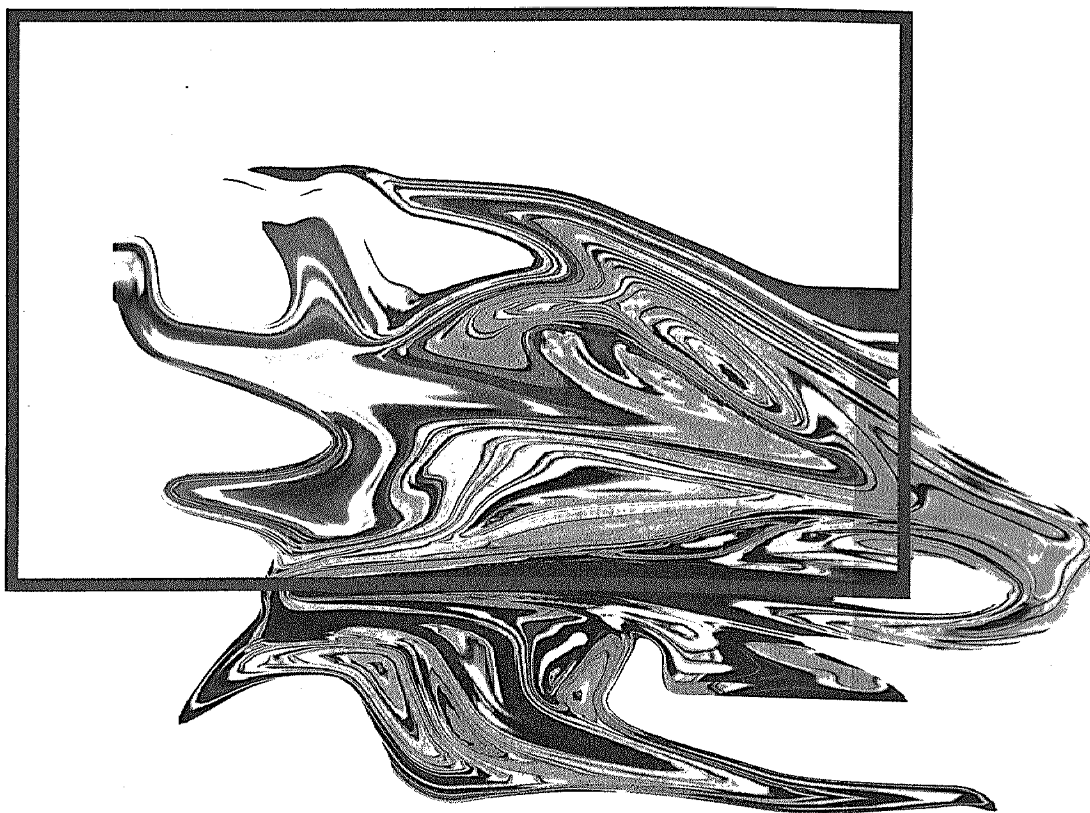
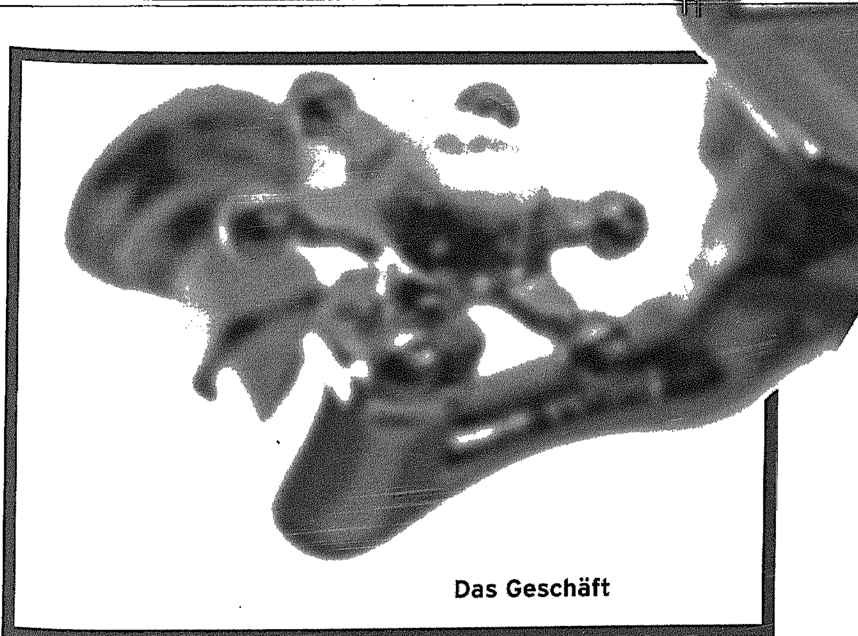


Foto: Theo Heimann



Das Geschäft

in Papua Neuguinea hat die Weltbank direkt die Regierungsgeschäfte übernommen, weil die Regierung die Privatisierung nicht gegen die Bevölkerung durchsetzen konnte. Da aber die Wasserprivatisierung eine der sogenannten Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF sind, können die Regierungen – selbst, wenn sie das wollten – nichts oder nur wenig dagegen unternehmen.

In der neuen Verhandlungsrunde der World Trade Organisation (WTO) wird ein Abkommen zur Privatisierung von Dienstleistungen verhandelt, das GATS. In diesem Abkommen soll auch die Privatisierung von Wasser festgeschrieben werden. Jeder Staat der WTO muß danach mit Sanktionen rechnen, falls er sich der Privatisierung verweigert.

Auch in dem Freihandelsabkommen für den amerikanischen Kontinent steht die Privatisierung des Wassers mit an vorderster Stelle des Forderungskataloges der transnationalen Konzerne.

Das würde zum Beispiel für Britisch-Kolumbien in Kanada, das mit den größten Wasservorkommen des Kontinents gesegnet ist, bedeuten, daß es sich dem Zugriff des kalifornischen Wasserkonzerns SunBelt nicht mehr entziehen darf. Dieser Konzern hat schon jetzt angekündigt, Wasser in Britisch Kolumbien aufkaufen zu wollen und es nach Kalifornien zu transportieren. Dort sind nämlich so gut wie alle Grundwasservorräte aufgebraucht oder kontaminiert, hauptsächlich durch den exzessiven Anbau wasserintensiver Früchte und die Mikrochipproduktion, die reinstes Wasser aus den tiefsten Grundwasserschichten braucht (und die sind tausende von Jahren alt und nicht wieder zu ersetzen).

Für die Natur in Britisch Kolumbien hätte das unvorhersehbare verheerende Auswirkungen.

»Wasser ist im wahrsten Sinne des Wortes ein knappes Gut. Und bei wachsender Weltbevölkerung ergeben sich daraus ganz zwangsläufig sehr attraktive Marktchancen.« Richerd R.Klein, Vorstandsvorsitzender der RWE Umwelt AG.

Das geschätzte Volumen des weltweiten Wassermarktes beträgt 500 Milliarden US-Dollar. Führend in der Branche ist der französische Konzern Suez Lyonaisse des Eaux, dessen Wassersparte jetzt Ondeo heißt, gefolgt von Vivendi (wobei Vivendi vor kurzem seine Wasseraktien der Deutschen Bank verpfändet hat, weil der Konzern aufgrund von Bilanzfälschungen in Schwierigkeiten geraten ist). An dritter Stelle rangiert RWE. Durch den Kauf von Thames Water kam RWE in den Besitz der Wasserversorgung von 43 Millionen Menschen in USA, China, der Türkei, Australien, Ägypten, Thailand und Singapur.

Das Geschäft mit dem Wasser macht 4% des Umsatzes von RWE aus, aber es steuerte ein Viertel des Gewinns des Gesamtunternehmens bei.

Aber auch die Gelsenwasser AG, eine Tochter von E.O.N, expandiert fleißig auf dem Weltmarkt. Bisher gehört Gelsenwasser die Versorgung in Regionen Ungarns und des Kosovo. Aquamundo, eine Tochter von Bilfinger & Berger, ABB und den Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsbetrieben ist weltweit präsent in Peru, Bolivien, Mazedonien und Montenegro.

Berlinwasser International, eine Tochter von RWE und Vivendi, expandiert vor allem nach Osteuropa.

Häufig wird bei Privatisierungen das Argument eingebracht, daß die Preise sich durch die Konkurrenz verbilligen. Das allerdings trifft auf das Wasser überhaupt nicht zu. Denn üblicherweise gibt es nur einen Käufer pro Region.

Nach den negativen Erfahrungen mit der Wasserprivatisierung in Groß-Britannien hat man sich nun ein zusätzliches Bonbon für die Konzerne ausgedacht. Zuerst werden die Wasserbetriebe entflochten, die profitablen Teile werden zum Verkauf bereit gemacht – schließlich kann man keinem Konzern zumuten, etwas Unprofitables zu kaufen – dann werden die Leitungen in Ordnung gebracht und schließlich alles in gutem Zustand verkauft. Das Ganze läuft unter dem Namen PPP (Public Private Partnership) und ist die neueste zündende Idee des WeltWasserRates.

Manchmal wird die Wasserversorgung auch geleast, wie derzeit in Tansania.

[01]Der Bock wird zum Gärtner

Nicht nur die supranationalen Institutionen konstatieren einen ständig steigenden besorgniserregenden Wassermangel. Aber anders als sie führen Umweltorganisationen und die meisten WissenschaftlerInnen diesen Mangel nicht oder nicht nur auf Verschwendung privater Haushalte oder die Überbevölkerung zurück. Seit Jahrzehnten wird ein aus heutiger Sicht unfaßbarer Raubbau mit dieser so lebenswichtigen Ressource betrieben.

Da sind einmal die ökologisch und sozial absolut nicht vertretbaren Riesenstaudammprojekte. Weltberühmt ist das größte Staudammprojekt der Erde, der Drei-Riesen-Staudamm im Jangtse in China. Ende Juli 2003 soll er in Betrieb genommen werden. In ihm werden Dutzende Städte und tausende kulturelle Schätze, die durch nichts ersetzbar sind, untergehen. Millionen Menschen haben Angst davor, daß dieser Damm brechen könnte und Millionen von Menschen flußabwärts in den Tod reißen könnte. Diese Furcht ist nicht unbegründet, wurden doch 1999 Risse im Damm entdeckt, die sich vervielfacht und verbreitert haben. Schon jetzt hat der Bau des Staudammes zu Bergrutschen geführt und dabei eine Stadt in die Tiefe gerissen, die für diejenigen Menschen, die ihre alten Häuser im Bereich des Staudammes verlassen müssen, gerade erst neu gebaut worden war. Ingenieure befürchten, dass das erst der Anfang war.

Das gleiche geschieht in Indien durch den Bau des Narmada Staudammes, in Kurdistan durch die zehn Staudämme des GAP-Projektes und in Spanien durch den Itoiz Staudamm. Das sind nur wenige von ungezählten Beispielen.

Diese Staudämme verändern irreversibel die Natur an den Ufern der Stauseen und an den Flüssen unterhalb der Dämme. Sie sind verantwortlich für die Vertreibung von Millionen von Menschen. In Indien ist das Gebiet des Narmada-Dammes das ur-

sprüngliche Siedlungsgebiet diverser indigener Völker. Sie weigern sich zu gehen und werden eher ertrinken, als sich vertreiben zu lassen. Der einzige Sinn der Dämme ist die Stromproduktion für die umliegenden Metropolen, die teilweise hunderte von Kilometern entfernt sind und der Profit, den sie für die Baufirmen und die Stromproduzenten abwerfen.

Offiziell wird immer behauptet, Staudämme seien auch dazu da, die jährlichen Überschwemmungen der Flüsse zu verhindern. Stimmt, das tun sie. Nur hat sich spätestens seit dem Bau des Assuan-Staudammes in Ägypten herausgestellt, daß diese Überschwemmungen notwendig sind für den Boden und die Menschen, die an den Ufern der Flüsse vom Ackerbau leben. Bleiben die Überschwemmungen aus, kann sich der Boden nicht erneuern, die Verwüstung ganzer Regionen nimmt zu, und Ackerbau ist nur noch mit massiver Düngung möglich. Als Folge davon versalzen die Böden und selbstverständlich auch das Grundwasser.

Außerdem haben die großen Stauseen ein völlig anderes Verdunstungsverhalten als Flüsse. Auch hier werden in der Folge die Böden versalzt, das Salz sickert ab ins Grundwasser, und Millionen Liter dringend benötigtes Grundwasser sind kontaminiert und müssten in sehr aufwendigen und teuren Prozeduren gereinigt werden. Generell läßt sich sagen, daß sämtliche Grundwasservorkommen um die großen Staudammprojekte herum versalzt und nicht mehr benutzbar sind, weder für die Brunnen der Bauern zum Wässern noch für die Bevölkerung zum Trinken.

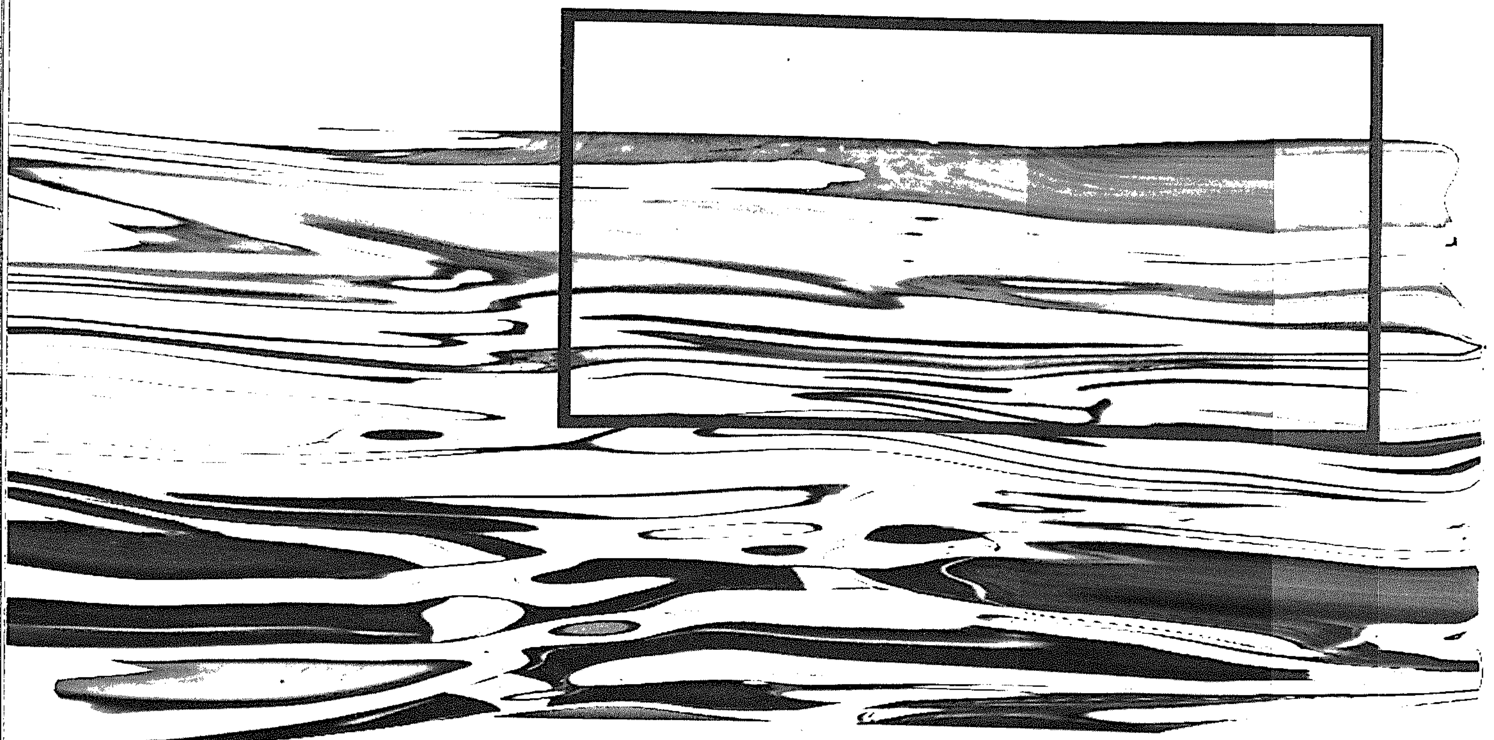
Nutznießer sind vor allem die Konzerne, die diese Projekte bauen und die Stromproduzenten[O2]. Stellvertretend für viele seien hier nur die Namen Bechtel, Siemens und RWE genannt. Und wie das Leben so spielt, finden wir Bechtel und RWE wieder bei den transnationalen Konzernen, die dabei sind, das Wasser der Erde aufzukaufen.

Eine zweite wichtige Ursache für den Mangel an sauberem Trinkwasser ist die industrielle Landwirtschaft, In vielen Regionen der Erde werden sogenannte crash crops angebaut, das heißt schnell wachsende Pflanzen, die in einem intensiven Anbau mehrmals jährlich geerntet werden können und nach ein paar Jahren den Boden versalzt und unfruchtbar hinterlassen. Das geschieht in vielen asiatischen und südamerikanischen Gegenden. Zum anderen werden in vielen heißen und wasserarmen Regionen z.B. Zitrusfrüchte angebaut, die sehr viel Wasser brauchen, und die auch mehrmals jährlich geerntet werden. In Spanien und in Israel zum Beispiel hat das zu einer kompletten Kontaminierung des Grundwassers geführt. In Israel führte die viel zu starke Grundwasserentnahme dazu, daß der Grundwasserspiegel rapide absinkt und die Grundwasserbecken mit Meerwasser zulaufen. Damit ist das dort ohnehin schon sehr rare Wasser nicht mehr als Trinkwasser zu gebrauchen. Israel hat nun Verträge mit der Türkei über den Kauf von Trinkwasser aus den Stauseen des GAP-Projektes an Euphrat und Tigris geschlossen. Insgesamt haben beide Flüsse mehr als ein Drittel weniger an Wasservolumen, was für Syrien und den Irak, die direkt davon abhängen, existenzielle Konsequenzen hat. Grundsätzlich ist der Nahe Osten eines der wasserärmsten Gebiete der Erde. Trotzdem wird mit dem Wasser zugunsten eines kurzfristigen Profites für die Landwirtschaftskonzerne äußerst verschwenderisch und verantwortungslos umgegangen.

[O3]Der spanische Staat baut im Norden einen Stausee nach dem anderen, um dem Trinkwassermangel und den kommerziellen Bedürfnissen der Agrarkonzerne Rechnung zu tragen. Der Preis dafür ist, daß die Gebirge im Norden austrocknen werden und eine weitere Verwüstung absehbar ist.

[O4]Die Weltbank hat die Direktive ausgegeben, dass bis zum Jahre 2015 die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, halbiert werden soll. Es stellt sich die Frage, wie das bei diesen Voraussetzungen möglich sein kann, außer indem schlicht die Anzahl der Menschen reduziert wird, die Wasser brauchen. Die Tendenz dahin ist schon sichtbar.

Auch in Deutschland nimmt das Tempo des Verkaufs der Wasserwerke rapide zu. Wöchentlich gehen ein bis zwei der regionalen Wasserwerke in den Besitz von Konzernen über.



Niederlagen des Friedens

Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador

Die viele Jahre in Guatemala lebende und auch aus ihrer Soli-Arbeit vor Ort zahlreiche DiskussionspartnerInnen kennende Mary Kreutzer reiste zusammen mit Thomas Schmidinger einige Monate durch die beiden Staaten Mittelamerikas. Aus den Gesprächen und Analysen entstand ein Reisebuch, das detaillierte Einblicke in politische Topographien vermittelt; »Camoch's« karikierende Figuren ergänzen den Bogen der Perspektiven. Aus den Strukturen des Erzählbandes bilden sich genaue Kenntnisse der spezifischen Situation linker Politik in postkolonialen Gesellschaften ab, selbst Zufallsbegegnungen passen in ein Mosaik ideologischer Verortung.

Auf der Ebene parteiförmiger Repräsentation wird der Zustand der URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemala), einst Zusammenschluss revolutionärer Guerillas und nunmehr Parlamentsfraktion, wiederholt Gegenstand der Auseinandersetzung. Die Frage der Transformation bewaffneter Gruppierungen, die nach einem 36 jährigen Bürgerkrieg Friedensverträge unterzeichneten, deren mangelnde Realisierung ihre KämpferInnen und SympathisantInnen enttäuscht, droht die Linke in Splittergruppen zu marginalisieren. Zugleich erscheint (der Leserin) die Kurzlebigkeit politischer Zusammenschlüsse in der Perspektive traditioneller Flügelprägungen in Massenparteien ungewöhnlich kompromisslos und allein darin ansprechend. Hintergrundinformationen zu einer Menge an erwähnten Orten, Sprachen und Organisationen bieten die an den entsprechenden Stellen platzierten, prägnanten Erläuterungen, die vom Fließtext getrennt wurden. Die AutorInnen problematisieren die einigende Funktion des Antiamerikanismus, der in seiner Imperialismuskritik bis zu offener Sympathie mit den Anschlägen des 11. September und Solidarität mit der Al-Aqsa-Intifada reicht. Eine Großdemonstration anlässlich der guatemaltekischen Oktoberrevolution, zum Jahrestag des Sturzes Jorge Ubico's, Langzeitdiktator und Hitlerbewunderer, am 20. Oktober wird so unter dem Titel Comandante Che Bin Laden gefasst.

Die Basis der Linken bestand auch in den schlimmsten Zeiten der Militärdiktaturen nicht nur aus den verschiedenen Guerillas, sondern auch aus einer Reihe von Bauern-, Verschwundenen-, Witwen-, Kinder- und Indigena Organisationen. Viele Besuche und Diskussionen mit VertreterInnen dieser Gruppierungen kreisen um einen weiteren Imperialismushorizont, der Frage von Landreform und einer Klassenkonfrontation, die aus der Eingliederung Guatemalas in das spanische Kolonialreich resultiert. Die Bedeutung der Religionen, der katholischen Befreiungstheologie – deren Opfer etwa in der Gestalt der ermordeten Erzbischofs Romero besonders in El Salvador gegenwärtig sind – Maya-Riten und der steigende Einfluss evangelikaler Kirchen, deren Jenseitsorientierung der Bekämpfung von Armut und Klassenherrschaft widersetzt, bilden einen weiteren Komplex der nähernden Betrachtungen. Zahlreiche Lynchmorde, die von Polizeieinheiten nicht verhindert werden, gelten vielen als Indiz für ein Ineinandergreifen militärischer Strukturen, gezielter Desinformation und Machterhaltungsmechanismen herrschender Eliten.

Das Vernetzungs- und auch Zerstreuungspotential heterogener linker AktivistInnen, ihre Verortung an der Universität, in Bauern- und Indigenaorganisationen unter den Bedingungen von Armut, unmittelbarer Ausbeutung und Bedrohung wird in den Erzählungen und Analysen deutlich. Ein Reisebuch, das mikropolitische Interventionen und herkömmliche Organisationsstrukturen beachtet und zu genauer Beobachtung und regem Austausch animiert.



Heide Hammer

Niederlagen des Friedens
Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador
von Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger
Illustriert mit Karikaturen von Camoch
edition wahler, September 2002
ISBN: 3-9808498-0-5, 15 Euro

Nachdem ich Georg Elser der überlieferten Bedeutungslosigkeit entrissen hatte (*»Den Hitler jag' ich in die Luft«. Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie*), blieb bei mir Unzufriedenheit zurück. Wieder einmal bekommen die Altvorderen Recht, die seit über hundert Jahren herunterleiern: In Deutschland kommen Auflehnung, Widerstand, Rebellion, Aufstand nie zum Erfolg. »Eine verspätete Nation«, so jammerte man in den Fünfzigerjahren. Und in diesem Ton wurden wir politisch erzogen. Diesem Erbe kollektiver Depression wollte ich abhelfen. Womit? Natürlich mit einem Erfolg. Wo aber kam ein Attentat zum Ziel, in der neueren Zeit und gegen einen deutschen Gewaltmenschen auf höchster Ebene? Mit Hitler – da war es ja wohl nichts. 42 Fehlschläge zählt die Historiographie, ein wenig flüchtig, wo ich jetzt schon bald ein halbes Dutzend weitere Versuche kenne. Aber die Fehlschläge will ich nicht pflegen. Meine historische Fantasie durchstreifte meine schmalen Kenntnisse. Da – ja da war doch was. Nur wo? Wo traf es einen ganz hohen Nazi? Aha. Ich teste meinen Freundes- und Bekanntenkreis. Lauter helle Köpfe, aber nur ungefähr die Hälfte kam auf Prag und Heydrich und traf so einigermaßen das Jahr 1942. Nun, das ist wie für mich geschaffen. 1942 – das Jahr meiner Geburt. Ein Jahr später blieb der großdeutsche Ausflug im russischen Winter stecken. Während in Deutschland die meisten sich besoffen über Deutschlands Macht und Ausdehnung freuten und kaum etwas taten, um die Kriegsmaschinerie zu verlangsamen, fuhr Reinhard Heydrich seelenruhig in eine Prager Haarnadelkurve. Dort standen zur rechten Zeit zwei Fallschirmjäger. Aber wie heißen denn die beiden bloß ? Bei meinen Tests kannte niemand einen Namen. Da wollte ich es genauer wissen. Erstaunlich: es gibt keine Darstellung des Attentats von einem deutscher Autor (samt der weiblichen Sprachform/In). Nur ein Buch eines englischen Professors, der vor allem die Funksprüche der tschechischen Widerstandskämpfer mit ihrem Exilgeheimdienst in London auswertete (*Callum MacDonald: Heydrich – Anatomie eines Attentats, 1990*).

Völlig anders ein tschechischer Autor, eigentlich Dvorak-Verehrer, der Vater in Mauthausen ermordet (*Miroslav Ivanov: Der Henker von Prag, 1993*). Ivanov war ein Prager Schlitzohr bester Sorte. Haha, der alte Schwejk hat sein Volk nicht umsonst Subverion gelehrt. Es lebe der alte Anarchist Jaroslav Hasek, jawohl. Wer Gespür hat für den Wind, der einen während des Ausgrabens verschütteter Geschichte wohltuend streift, der halte geschwind ein und proste dem alten, nun leider toten Ivanov zu. Hat er verdient.

Es geht weiter. 1961 begann Ivanov, noch zu den besten Zeiten des Spätstalinismus an der Moldau, verbotenerweise die alten Unterstützer der 1942 untergetauchten tschechischen Fallschirmjäger zu besuchen. Unter geradezu konspirativen Vorsichtsmaßnahmen löste er ihre gelähmten Zungen. Was er erfuhr, musste er tarnen. Bei der Veröffentlichung ließ er Namen, Orte, Adressen, nähere Umstände der da geheimnisvoll Redenden weg. Die Staatssicherheit las ja immer mit – sofern sie lesen konnte. Das Werk tarnte er nach Zusammenstößen mit der Parteizensur durch ein Klassikerzitat des Langweilers Gottwald. Ivanovs Buch kam 1965 heraus. Leider bekam der Autor vom Leben nicht mehr die Chance, nach 1990 die Verschlüsselung der Personen und mancher Sachverhalte in einer revidierten Fassung aufzulösen. So liegt heute eine rätselhafte Zeugensammlung vor, die man erst nach monatelanger Rekonstruktion des verloren gegangenen Schlüssels versteht.

Als ich die meisten Zeugen identifiziert hatte, wurde mir das Buch zu einem wahren Schatzkästchen des Prager Widerstandes. Den beiden Fallschirmjägern Jozef Gabcik und Jan Kubis – die Namen muss man sich endlich merken, verdammt nochmal – ging es wie Elser: Die DDR hat das Ereignis völlig ausgeklammert. Der »Rote Vatikan« ist immer für einen makabren Witz gut, aber der Westen war nicht viel besser. Als Hitlers Armeen zerschlagen waren, bekannte sich die neue Tschechoslowakei zu ihren Partisanen, die in der Krypta der orthodoxen Kirche St. Cyrillus und Methodius eine Erinnerungsstätte einrichten wollten. Denn dort hatten bald nach dem Attentat vom 27. Mai 1942 dann am 18. Juni sieben eingeschlossene Fallschirmjäger sieben Stunden lang 800 SS-Leuten Widerstand geleistet. Es kam alles anders.

Die KPC riss 1948 die Macht an sich, schaltete das politische Leben gleich und entfernte die Andersdenken aus allen Positionen. Nun drohte den Westemigranten das Sterbeglöckchen, den Soldaten, die nach England ausgewandert waren. Im Zuge des stalinistischen Schauprozesses gab es eine Hetzjagd auch auf die Westexilierten in der eigenen Partei. 1952 hingen an den Galgen im Innenhof des Pankrac-Gefängnisses elf exilierte Kommunisten, die meisten übrigens jüdischer Abstammung. Einst hatten die Nazis hier patriotische Tschechen gehenkt. Die letzten Fallschirmjäger taten gut daran, so rasch als möglich erneut abzuhauen. Kaum einer ist zurückgekommen. Was die Stalinisten an Überlieferung übrig ließen, interessierte im Westen nur wenige, abgesehen von dem Staatskult, der mit dem zerstörten Dorf Lidice und dem Blutbad zelebriert wurde. Auch hier wie so oft bei Staatsverehrungen ein ungutes Gefühl: Schon für das nächste ähnlich verwüstete Dorf Lezaky interessierte sich »das Weltgewissen« einen feuchten Dreck. Solche Lidices gab es in der Sowjetunion zu Dutzenden, die Namen sind untergegangen. Ähnlich in Griechenland, Jugoslawien usw. Gegen die Aufarbeitung der deutschen Terrorgeschichte an der Moldau wehren sich als dritte Strömung die Sudetendeutschen, wobei man nicht mehr weiß, wer das eigentlich ist und wer sie zum immer neuen Ritten gen Osten legitimiert hat. Aus diesem vielseitig verminten Prag wollte ich weg, in den Untergrund der kleinen Leute, der selbstlosen Unterstützer der tschechoslowakischen Fallschirmjäger. Bei allem Versteckspiel mit der Staatssicherheit spricht aus den Stimmen der Prager Unterstützer für Gabcik, Kubis und die anderen ein eigentümliches Geschichtsbewusstsein, wie man es immer wieder bei unterdrückten Völkern findet, die sich ihr Freiheitsbewusstsein nicht abkaufen lassen.

Die Familien, die die Fallschirmjäger bei sich versteckten, lebten in einem gemeinsamen alten oppositionellen, autonomen Staatsbewusstsein der Tschechen, das historische Romanautoren wie Jirasek überaus populär gemacht hatten. An die Konsequenzen dachte man nicht, man wusste ja aus der Geschichte der Hussiten, wie lange diese Volksbewegung aufs schwerste verfolgt worden war und am Ende doch gesiegt hatte. In diesem Sinne lebte beim besten Teil des Prager Untergrundes ein hussitische Tradition, die zu einem wichtigen psychischen Faktor im Widerstand wurde. Das hat selbst die Gestapo gespürt und daraus den richtigen Schluss gezogen, dass sie diese Leute doch niemals für den großgermanischen Rassismus ge-

winnen werde. Als ein zweiter roter Faden durch die Attentatsgeschichte fiel mir eine Menge von Slapsticks auf. Was da alles schief ging. Viel Schwejk, auch ein wenig ein Prager Karl Valentin. Das Ganze hätte Charlie Chaplin jauchzen lassen. Sein »Großer Diktator« Fortsetzung mit dem »Henker im verwegenen Prag« finden können. Die burlesken Zugaben des Attentatsgeschens hat man nicht sehen wollen. War das peinlich, angesichts des massenhaften Todes einfach zu lachen. Aber die Ereignisse sprechen nun mal die souveräne Sprache des Galgenhumors. Als die SS Schläuche der Prager Feuerwehr in die Krypta einführen ließ, um die Partisanen zu ersäufen, gelang es den Partisanen mehrmals, mit einer langen Leiter die Schläuche hinauszudrücken. Und es war Jozef Gabcik, der als erster ein herrliches Gelächter anstimmte. Es gehörte eine ziemliche Portion Mut dazu, bei der Gestapo sich für verhaftete Unterstützer einzusetzen. Als nach dem Attentat eine Familie im Gestapohaus einsaß, nahm nach einer Woche eine der Nachbarinnen ihren Mut zusammen. Sie betrat das ängstlich gemiedene Haus und fragte einen wachhabenden Gestapomann, wie es denn ihren Nachbarn ginge und ob die nicht etwas bräuchten. Der Schurke schrie die Frau an: Denen gehe es ausgezeichnet, warum sie sich denn darum kümmere, ob sie nicht auch hierher wolle. Die Pragerin ließ sich nicht aus dem Gleichgewicht bringen: Es gehe ihr nur darum, dass in der Küche dieser Nachbarn Nudeln seien und die Nudeln verfaulten und der Gestank ziehe durch das ganze Haus, da wolle man halt wissen, wann diese Leute wieder zurückkommen. Es wäre eine schöne Tat, vor dem einstigen Gestapogebäude in Prag ein Denkmal aufzustellen für diese tapfere Frau und die Nudeln. Slapsticks haben sich von Anfang an des Attentats bemächtigt. Als Heydrich, eingelullt durch seine Einbildung, alle Tschechen liebten, in die Haarnadelkurve einbiegt, springt ihm Jozef Gabcik entgegen, mit einer englischen Maschinenpistole. Drückt ab. – Nichts, kein Schuss löst sich. Mit den 32 Projektilen des Magazins wäre Heydrich sofort ein Fall für den Friedhof gewesen, nicht erst nach einer Woche. Heydrich, ein gänzender Säbelfechter und vorzüglicher Pistolenschütze, sieht die Chance seines Lebens gekommen, als heroischer Einzelkämpfer in die Geschichte einzugehen. Er befiehlt dem Fahrer anzuhalten, er will sich den Kerl da am Straßenrand schon kaufen. Heydrich greift in die Autotür, wo eine Pistole steckt, und springt hoch. Im gleichen Augenblick treffen ihn Autoteile, die die Spezialgranate des zweiten Attentäters Kubis losgerissen hat. Heydrich zielt – aber auch bei ihm geht kein Schuss los. Nun rennt Heydrichs Schofför raus und jagt dem davonlaufenden Gabcik hinterher und zielt mit seiner Walther-Pistole – auch dieses Ding geht nicht los. Zum Kaputtlachen: die SS-Leute verstehen nicht mal, ihre Waffen in Ordnung zu halten. Gabcik springt von Deckung zu Deckung und – ja wenigstens seine Pistole funktioniert, er schießt zurück, trifft aber niemanden. Nach langer Jagd erwartet der SS-Mann den Gabcik, wie er aus dem Versteck in einer Metzgerei herauskommt. Der Attentäter schießt dem SS-Mann, der ihn mit bloßen Händen ergreifen will, nur in die Beine, lässt ihn liegen und entkommt über die Brücke nach Prag hinüber. Inzwischen hat der andere, der eigentlich entscheidende Attentäter Kubis sein Radl geschnappt und fährt seelenruhig in den Vorort Liben. Heydrich, das Ziel des ganzen Unternehmens, liegt derweil verletzt und erschöpft auf dem Autokühler. Übrigens. eine große Mercedes Limousine. Schutzlos, die beiden Attentäter hätten ihn in aller Ruhe nach Walhalla schicken können. Aber nichts geschieht. Später, nach dem Krieg, als die Teilnahme an dieser größten Aktion des europäischen Widerstands billiger zu haben war, behauptete der Schwätzer Vanek, damals hätte rund ein Dutzend weiterer Widerstandskämpfer an der Kurve gewartet. Ein Traum mit vollem Bauch auf dem Sofa am Sonntagnachmittag. Es wäre leicht gewesen, das nur halb gelungene Attentat zu vollenden.

Ja aber, so werde ich allenthalben gefragt, so steht es auch in den gescheiten Büchern: War das Attentat überhaupt sinnvoll? Nun ja, das ist ja immer die gleiche Frage, ob durch eine Tat etwas verhindert oder ein schlimmer Zustand nicht erst recht verstärkt wird. Hier wenigstens, im Prag von 1942, lässt sich sagen, dass Heydrichs Tod der erste empfindliche Schlag gegen die Herrenrasse in Europa war. Dabei traf es noch einen Blonden mit Gardemaß, neben den vielen schwarzhaarigen Nazis ein echtes Rassemuster. Hitler, der bei jeder Gelegenheit sein Maul stundenlag aufzureißen und im Großdeutschen Rundfunk in die Seelen der braven Deutschen einzudringen pflegte – Hitler verschlug es bei der Trauerfeier in Berlin die Sprache. Am Sarg in der Reichskanzlei kam er über drei Sätze nicht hinaus. Ans Grab traute er sich schon nicht mehr. Von da an war Hitlers Begabung als Trommler in biergeschwängerten Männerversammlungen wie weggeblasen.

Ja aber die schrecklichen Repressalien nach Heydrichs Tod? Lidice? Die Terrorperiode, die die Tschechen »die Heydrichiade« nennen? Diese Bedenken stellen unter uns einen letzten Ausläufer der Nazipropaganda dar. Wie wenn ohne Widerstand auch nur ein einziger Tscheche mehr überlebt hätte. Heydrich hatte, feigerweise in zwei Geheimreden auf dem Hradschin, angekündigt, die Hälfte der Tschechen müssten »an die Wand gestellt« werden. Und die tschechischen Juden, wer hat von denen Heydrich auch nur ein Härchen gekrümmt? Dennoch fuhren jede Woche einige tausend in den Tod. Noch mehr Todestransporte waren nur deshalb nicht möglich, weil die Nazis nicht mehr Eisenbahnmaterial besaßen.

Durch das Attentat änderte sich nur die Propaganda, der Todesfeldzug war schon lange im Gange. Wer mal wieder nach Prag kommt, sollte die Haarnadelkurve suchen. Ein Kunststück mit einem guten Stadtplan. Zeit sollte man sich lassen für einen Besuch in der Todeskrypta, mit einer anschaulichen Ausstellung über das Attentat und die letzte Schlacht in der Kirche. Oben eine geschmackvolle orthodoxe Kirche, die selbst für einen Freidenker etwas Versöhnliches hat, wenn man an einem Sonntagmorgen stehend den Gottesdienst verfolgt. Eine ästhetisch ansprechende Performance, mit angenehmen Zutaten für den Geruchsinn, einer schönen Bilderwand, viel Licht im Raum, zwei große Diakone, die mit gelben Gewändern wie Erzengel aus der Ikonostase herauskommen. Und diese Kirche steht ungeschmälert zu den Freiheitskämpfern, die hier starben. Der Geist des in Deutschland, in Konstanz verbrannten Jan Hus erweist sich auch hier noch als eine Geschichtsmacht.

von Hellmut G. Haasis

Impressum:
Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Einzelpreis:	4,- €
ABO (4 Nrn.):	15,- €

Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb:
Trotzdem-Verlag, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Kleister, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Anette und Michael Schiffmann.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis, als rtf-Datei oder als e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	15,- €
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	80,- €
ganze Spalte (5,4x27 cm):	150,- €
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	150,- €
1/2-A-4-Seite:	250,- €
1 A-4-Seite:	500,- €
Beilagen	300,- €

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Anzeigen, wenn es möglich als digitale Vorlagen. Am liebsten als EPS- (Text in Kurven konvertiert), PDF- (druckfähig!), oder TIFF-Dateien.

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied des Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V. werden.

Den Mitgliedsbeitrag über € ...... (mindestens € 24,00) überweise ich innerhalb eines Monats auf das Konto:

W. Haug / Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V.
Postscheck Stuttgart
Konto 574 63 – 703
BLZ 600 100 70

Persönliche Angaben

Name/Vorname: ....

Adresse: ....

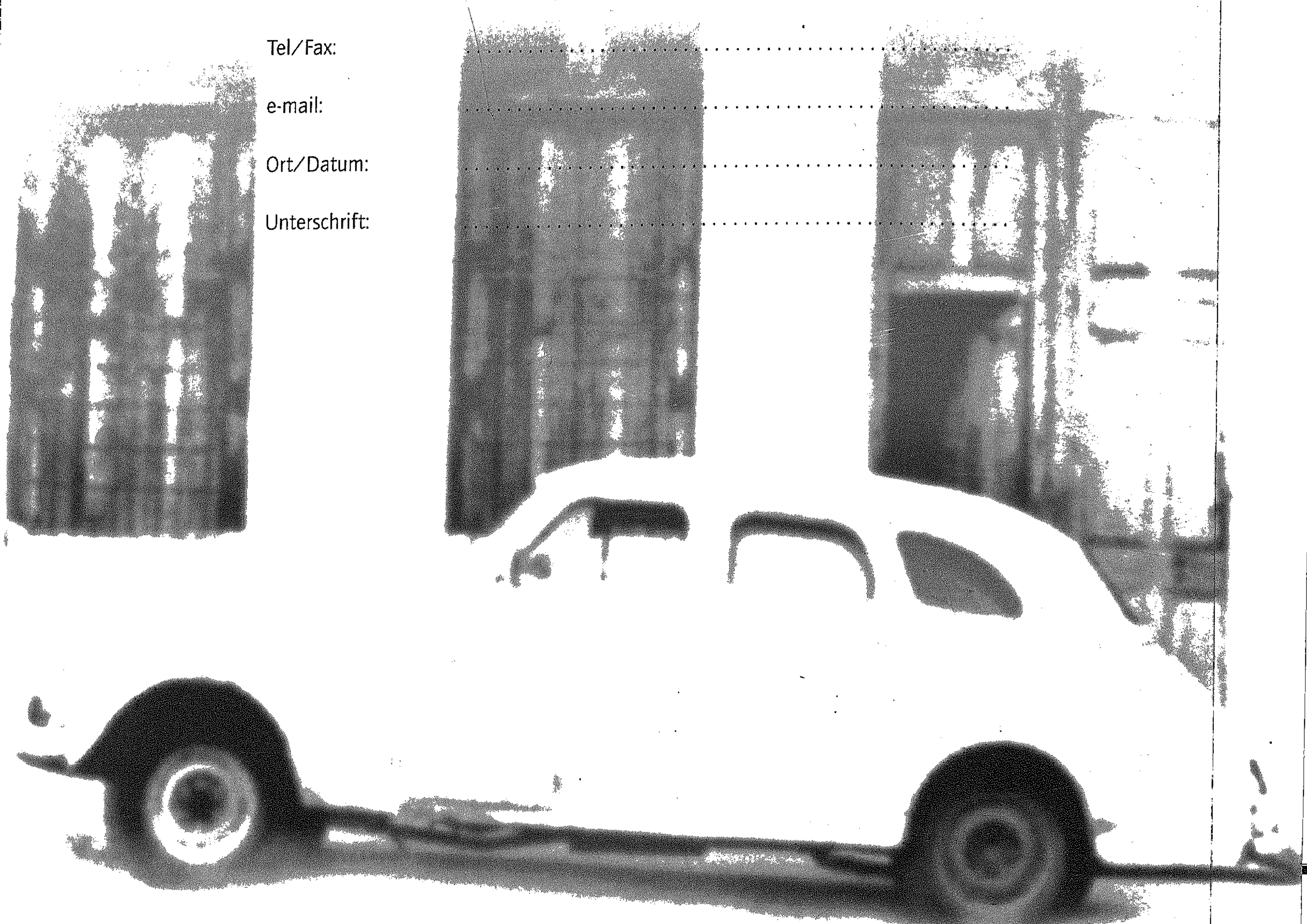
PLZ/Ort: ....

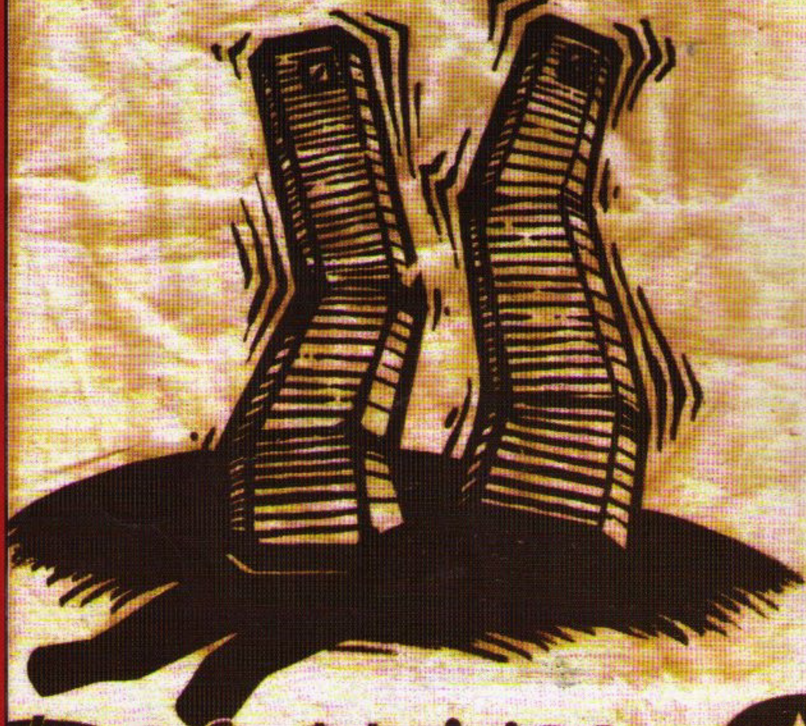
Tel/Fax: ....

e-mail: ....

Ort/Datum: ....

Unterschrift: ....





... auch nicht mehr lustig!

Postvertriebsstück *E9860* Entgelt bezahlt*
ISSN 0722-8988
Trotzdem Verlag, PF1159, 71117 Grafenau